

ELITENWECHSEL IN MITTEL- UND OSTEUROPA

VERSUCH EINER TYPOLOGISIERUNG

Thomas Winderl

Wien, Juni 1993

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG

1. Vorwort
2. Fragestellung
3. Elitentheoretischer Hintergrund
 - 3.1. Politische Elite
 - 3.2. Differenzierter institutioneller Ansatz

II. THEORETISCHE KONZEPTION

1. Konzepte zur Elite
 - 1.1. "ruling elite"
 - 1.2. "counter elite"
2. Konzepte zum Elitenwechsel
 - 2.1. "top-down view": Transitionstheorie und Elite
 - 2.2. "bottom-up view": "civil society" und Elite
 - 2.3. Stabilisierungsstrategien der neuen Elite

III. TYPOLOGISCHER TEIL

1. Determinanten
 - 1.1. Ausprägung der "counter elite"
 - 1.2. Homogenität der "ruling elite"
2. Drei Typen des Elitenwechsels
 - 2.1. Der "paktierte" Elitenwechsel
 - a.) Ungarn
 - b.) Polen
 - c.) Slowenien
 - d.) Kroatien
 - 2.2. Der "bruchartige" Elitenwechsel
 - a.) Tschechoslowakei
 - b.) Deutsche Demokratische Republik
 - 2.3. Der "eliteninterne" Wechsel
 - a.) Bulgarien
 - b.) Rumänien
 - c.) Albanien
 - d.) Serbien
3. Modell einer Typologie
 - 3.1. Elitenwechsel und "eliteninterner" Austausch
 - 3.2. "Paktierter" und "bruchartiger" Elitenwechsel
 - a.) Geschwindigkeit
 - b.) Externe Faktoren
 - c.) Massenmobilisierung
 - d.) Stabilisierungsstrategien

IV. ZUSAMMENFASSUNG

I. EINLEITUNG¹

1. Vorwort

Was mit der Machtergreifung der Bolschewiki 1917 begann, endete 1989/90 im Fiasko. Der Zusammenbruch des "äußeren Imperiums" der Sowjetunion leitete das weltweite Ende der kommunistischen Gesellschaftssysteme ein. Neben der Gewaltfreiheit der Anti-Revolutionen erstaunte jeden Beobachter die Schnelligkeit und Eigendynamik der Transition². Die Stabilität der Systeme des Sowjettyps wurde durchgehend überschätzt, ihr Zusammenbruch von den wenigsten erwartet.³

Die Tatsache, daß auch die "westliche" Wissenschaft von den Umbrüchen durchgehend überrollt wurde, läßt sich im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückführen:

Zum einen entwickelten die Regime des Sowjettyps eine erstaunliche Fähigkeit, Krisen⁴ zu bewältigen, und nach außen den Eindruck hoher Stabilität zu erwecken, was Wladimir Horsky treffend "Stabilitätsvorurteil" nannte.⁵ Obwohl es, betrachtet man die Geschichte der kommunistischen Systeme, immer Krisen, Interventionen und Umbrüche gegeben hat, ließen sich sowohl Beobachter im "Westen" als auch die Betroffenen im "Osten" von der vorgetäuschten Stabilität beeinflussen.

¹ Für Kritik und Anregungen danke ich Prof. Jozsef Bayer, Gerhard Mangott, Johannes Pollak, Martin Singer, Anne Tiberghien;

² Nach Huntington sind "transformation", "transplacement" und "replacement" Unterkategorien von "transitions" (Huntington 1991).

³ Als ein Beispiel unter zahllosen sei auf den 1984 erschienen Band "Zukunftsperspektiven der Sowjetunion" hingewiesen, in dem die Herausgeberin Barbara Dietz im Vorwort schrieb: "Heute kann man jedoch feststellen, (...) daß sich die Sowjetunion aber dennoch in einem relativ stabilen Zustand befand, als Breschnew 1982 starb. Offensichtlich konnte das sowjetische System selbst die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten - die manche Beobachter schon als krisenhafte Entwicklung einschätzten - ohne Reformen meistern." (Dietz 1984, S.7)

⁴ Ich übernehme die Auffassung Zdenek Mlynárs, der unter der Krise des sozialpolitischen Systems die "funktionelle Störung des Systems von einer solchen Bedeutung, daß das politische System aufhört, imstande zu sein, (einige) wichtige Ziele zu erreichen, die es sich selbst stellt", versteht (Mlynar 1983).

⁵ Horsky 1990, S.85;

Zum anderen lag die Stabilität des Sowjetblocks nicht zuletzt im Interesse des "Westens", der sich spätestens seit den 60er Jahren in der bipolaren Welt des Kalten Krieges gut eingerichtet hat. Die Wichtigkeit der Existenz des Sowjetblocks für die enorme ökonomische Entwicklung des "Westens" wird klar, seit der "Osten" als politischer "counterpart" nicht mehr existiert.⁶

Die Osteuropaforschung versagte völlig ob der Analyse der kommunistischen Realitäten. Die Charakterisierung der kommunistischen Regime als "mobilisation regime", als modernisierende Entwicklungsdiktaturen erwies sich als falsch. Ebenso die Stabilitätstheorien, weil sowohl die Divergenz- als auch die Konvergenztheorien durch die Realität falsifiziert wurden. Nur wenige können für sich in Anspruch nehmen, die Entwicklungen seit 1989 vorausgesehen zu haben. Einer der ersten war Andrej A. Amalrik, der vor 24 Jahren die rhetorische Frage stellte, ob die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben würde. Er antwortete damals darauf: "Ich zweifle nicht, daß dieses riesige ostslawische Imperium, das von den Germanen, den Byzantinern und den Mongolen gegründet wurde, in das letzte Jahrzehnt seiner Existenz eingetreten ist."⁷ Hélène Carrère d'Encausse wies 1978 im Buch "L'Empire éclaté" auf die Explosivität der Nationalitätenfrage hin und sagte die Auflösung der UdSSR voraus.⁸ Ein Jahrzehnt darauf beschrieb Zbigniew Brzezinski "das gescheiterte Experiment" des Kommunismus, den "Untergang des kommunistischen Systems", so der prophetische Untertitel des Buches, mit dem er der Weltgeschichte immerhin noch ein Jahr voraus war.⁹

Aufgrund des völligen Versagens der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften verwundert es um so mehr, daß seit 1989 eine Vielzahl an Literatur erscheint, in der aus allen wissenschaftlichen Blickwinkeln nachgewiesen wird, daß diese Entwicklung unausweichlich war, daß der Zusammenbruch eine logische, voraussehbare Konsequenz war.

Diese Arbeit will nicht den Fehler begehen, die Ereignisse vor und nach dem Systemwechsel aus der wissenden Perspektive des post eventum Schreibenden als voraussehbar zu betrachten. Als Voraussetzung für wissenschaftliches Arbeiten auf

⁶ So spricht z.B. Ludger Kühnhardt vom Beginn einer europäischen Revolution, die auch die Westhälfte des Kontinents erfassen wird (Kühnhardt 1993).

⁷ Amalrik 1970, S.79f.;

⁸ Carrère d'Encausse 1978;

⁹ Brzezinski 1989;

diesem Gebiet muß anerkannt werden, daß die Indizien, die auf einen Zusammenbruch hindeuteten, nicht gesehen wurden, vielleicht nicht gesehen werden konnten.

Dennoch kommt die Sozialwissenschaft nicht darum herum, ihr Versagen im nachhinein dazu zu nützen, künftig besser gegen solche Überraschungen gefeit zu sein. Deshalb ist eine intensive Beschäftigung mit dem Sowjetsystem, den Entwicklungen, die schließlich zum Umbruch geführt haben, und den Problemen, die sich aus diesem Transitionsprozeß ergeben, notwendig.

2. Fragestellung

Eine Möglichkeit, sich der Problematik des Systemwechsels zu nähern, ist der Versuch einer Typologisierung der Transition. In der Fülle an Literatur, die sich seit 1989 mit den Ländern Mittel- und Osteuropas beschäftigt, dominieren zwei Arten von Typologisierungen:

- Die Differenzierung in "Revolution von oben" und "Revolution von unten" stellt die wahrscheinlich häufigste Unterscheidungsart dar.¹⁰
- Eine andere, ebenfalls häufig anzutreffende Differenzierung bietet der "regional approach". Die Osteuropa-Forschung kennt die Einteilung in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Nordosteuropa.¹¹ Attila Ágh teilt die Staaten des früheren Sowjetblocks ein in die Staaten Ostmitteleuropas (East-Central Europa) mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien und Slowenien bzw. die Staaten Osteuropas mit Rumänien, Albanien, Bulgarien und den östlichen Staaten Ex-Jugoslawiens.¹² Aleksandar Smolar und Erhard Crome¹³ verwenden ähnliche "regional approaches" und konstatieren einen qualitativen Unterschied in der Fortgeschrittenheit des Systemswechsels. Diese Regionalisierung wird dem Ansatz der "comparative communism" - Forschung entgegengesetzt, die zu Generalisierungen neigte und damit die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten des Sowjetblocks übersah.

¹⁰ siehe dazu z.B. Heinrich 1990, Przeworski 1990;

¹¹ siehe: Zernack 1977;

¹² Ágh 1991;

¹³ Smolar 1990; Crome 1992;

In dieser Arbeit soll versucht werden, einen anderen Ansatz zu skizzieren, der dort ansetzt, wo sich die größten Unterschiede beim Systemwechsel gezeigt haben, nämlich bei der Rolle der politischen Eliten. In Ungarn etwa entmachteten sie sich selbst, in der DDR und in der CSSR hatten sie sich soweit von der Realität entfernt, daß sie in kürzester Zeit hinweggefegt wurden. Es erscheint sinnvoll, eine Typologisierung des Umbruchs danach vorzunehmen, ob und wie ein Wechsel der politischen Eliten stattfand, und ob und wie er typologisiert werden kann.

Um eine Antwort auf diese Fragen zu finden, soll versucht werden, die folgenden Subfragen zu beantworten:

- Im theoretischen Teil soll der Frage nachgegangen werden, wie die Elitenstruktur in den Ländern des Sowjetblocks aussah, und mit welchen theoretischen Konzepten sie erfaßt werden kann.
- Als ebenfalls theoretische Vorarbeit muß geklärt werden, welche Konzepte des Elitenwechsels zur Beantwortung der Hauptfrage relevant sein könnten.
- Auf der Grundlage der Ergebnisse der Fragestellung im theoretischen Teil und anhand der Anwendung einer geeigneten theoretischen Konzeption wird anschließend gefragt, ob und wie der Wechsel der Eliten in den verschiedenen Staaten typologisiert werden kann.

Geographisch bezieht sich die Arbeit auf die ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, auf das "externe" Imperium der Sowjetunion. Die ehemalige DDR wird trotz des Aufgehens in der Bundesrepublik Deutschland ebenso behandelt wie Jugoslawien und Albanien, weil sie in ihrer Gesellschaftsstruktur den Staaten des Sowjetblocks ähnelten. Für die jugoslawischen Republiken werden Slowenien, Kroatien und Serbien analysiert, weil nur für diese Staaten relevante Informationen zugänglich sind. Die CSSR/CSFR wird bis zu ihrer Auflösung Anfang 1993 untersucht.

Methodisch möchte ich nicht im engen Rahmen der modernen Elitentheorien bleiben. Diese gehen davon aus, daß eine Transition nur dann eingeleitet werden kann, wenn

die "ruling elite"¹⁴ nicht völlig homogen ist. Mit Peter Rutland gesagt bedeutet das, "the elite cohesion is the vital precondition for political stability, and that in times of change the success of the process hinges upon the forging of a consensus within the political elite at an early stage"¹⁵. Offensichtlich richtet die moderne Elitentheorie bzw. die Transitionsliteratur in Bezug auf die Staaten des Sowjetblocks zuwenig Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit der begrenzten Entwicklung einer "civil society". Ich werde - um diesen Fehler zu vermeiden - die in der Osteuropa-Forschung "klassische" top-down-Sicht der Elitentheorien durch ein Konzept der "civil society" ergänzen, ein Ansatz, der im 20.Jahrhundert vor allem von den Intellektuellen in Mittel- und Osteuropa vertreten wurde.

Versucht man, die Ursachen für den plötzlichen Zusammenbruch der Staaten des Sowjetblocks und das Verhalten ihrer Eliten in diesem Prozeß zu analysieren, so genügt es nicht, den Umbruch allein zu bewerten. Wie Gerd Simon lapidar konstatiert, verabschiedet sich "eine Weltmacht und ein politisches System (...) nicht lautlos und über Nacht aus der Geschichte. Der rasche Zusammenbruch des sozialistischen Systems hat weit in die Vergangenheit zurückreichende Ursachen"¹⁶. Grundsätzlich gehe ich davon aus, daß der Zusammenbruch der Staaten des Sowjetblocks vor allem ein politischer war. Die wirtschaftliche Misere, die geringe Effizienz der staatssozialistischen Planwirtschaft war zwar einer der Gründe, aber nicht der Auslöser des Bankrotts.¹⁷ Bei einer Analyse des Elitenwechsels muß folglich eine zeitgeschichtliche Perspektive angewandt werden, muß die politische Kultur eines Landes und die Entwicklung seit der kommunistischen Machtübernahme in Betracht gezogen werden.

In der Arbeit gehe ich methodisch von einer relativen Kontinuität der Entwicklung der Eliten aus. Wenn dabei von "alten" und "neuen" Eliten gesprochen wird, so soll damit keinesfalls eine völlig andere Gruppe von Personen gemeint sein, denn vor

¹⁴ Im folgenden verwende ich die in der Literatur gebrauchten Begriffe "ruling elite" und "elite in power" bzw. "counter elite" und "elite not yet in power" als Synonyme. Ich bleibe bei den englischen Ausdrücken, da 1.) fast die gesamte relevante Literatur auf Englisch verfaßt ist und 2.) die teilweise Verwendung von deutschen Begriffen, die sich mit den englischen nicht immer decken, zu inhaltlichen Überschneidungen führen muß.

¹⁵ Rutland 1991, S.25;

¹⁶ Simon 1992, S.692;

¹⁷ Eine völlig andere Sicht vertrat z.B. Richard G. Hill von der Universität Essex auf der Jahreskonferenz der Britischen Soziologischen Assoziation, wo er die Transitionsprozesse in den Staaten des Sowjetblocks in Verbindung bringt mit dem Ausmaß ihrer Verflechtung mit kapitalistischen Ökonomien (in: Wielgohs 1992, S.69).

allen Ländern wie Ungarn oder Rumänien zeichnen sich durch eine starke personelle Kontinuität der Machtelite aus. Eine Trennung in eine Phase vor und nach dem Systemwechsel halte ich bezüglich der Fragestellung nicht für sinnvoll. Es geht weder darum, nur das Versagen der alten kommunistischen Eliten darzustellen, noch geht es lediglich um eine Einschätzung, ob die neuen demokratischen Eliten identisch mit den alten sind.

Faßt man die Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft auf, so hat sie dann eine Daseinsberechtigung, wenn sie versucht, Realitäten theoretisch zu erschließen, um dann Wissen für die Zukunft bereitstellen zu können. Welches Erkenntnisinteresse steckt nun hinter einer Untersuchung über den Elitenwechsel in den Staaten des ehemaligen Sowjetblocks? Weil der Umbruch erst einige Jahre zurückliegt, weil in vielen Ländern ein signifikanter Elitenwechsel noch gar nicht stattgefunden hat, vielleicht nicht stattfinden wird, gibt es noch wenig gesichertes Wissen über diesen Themenkomplex. Das Erkenntnisinteresse bei der Fragestellung fällt eher in den ersten Bereich, Realität theoretisch zu erschließen.

Die verschiedenen Arten des Elitenwechsels werden das politische System der einzelnen Staaten noch lange determinieren. Auch aus diesem Grund ist es für das Verständnis der postkommunistischen Gesellschaften notwendig, die unterschiedlichen Abläufe innerhalb der Machteliten zu erkennen. Mit dieser Fragestellung soll aber auch ein Beitrag dazu geleistet werden, Einblick in die generellen Ablaufmuster - falls es solche gibt - des Elitenwechsels bei Transitionen erhalten zu können. Erkenntnisse darüber könnten im Vergleich mit Transitionen in anderen Staaten - wie sie in der Transitionsliteratur beschrieben werden - gewonnen werden.

3. Elitentheoretischer Hintergrund

3.1. Politische Elite

Die Theorie der Eliten in den kommunistischen Regimen ist ein Themengebiet, das weder vor dem Systemwechsel ausreichend behandelt noch nach dem Umbruch intensiv bearbeitet wurde. Untersucht man den Elitenwechsel in Mittel- und

Osteuropa, so stellt sich die Frage, mit welchem elitentheoretischen Hintergrund vorgegangen werden soll. Die Wahl dieses Hintergrunds ist deshalb nicht ganz leicht, denn - wie Gerd Meyer konstatiert - "bisher gibt es (...) keine umfassende Theorie der Eliten oder ein kohärentes Modell der Elitenrekrutierung für sozialistische Gesellschaften"¹⁸.

Im folgenden ist, wenn von Elite gesprochen wird, ausschließlich die politische Elite oder Machtelite gemeint. Beide Begriffe werden deskriptiv, nicht wertend, verstanden. Dadurch unterscheidet sich der Begriff Machtelite etwa von der Verwendung durch C. Wright Mills, der ihn auf ein relativ undurchsichtiges Konglomerat von Mächtigen anwandte, oder vom Begriff der politischen Klasse¹⁹. Einen Vorteil dieser Vorgangsweise ist die Möglichkeit, die Mitglieder dieser politischen Elite bestimmen zu können. Eine Ausweitung auf andere Arten von Eliten, z.B. der Wirtschaftselite, würde über den Rahmen dieser Arbeit weit hinausgehen. Diese Unterscheidung soll aber nicht zur Annahme führen, daß in kommunistischen Regimen andere als die politischen Eliten - etwa Funktionseliten - autonom in ihrem Bereich die Steuerung ihres Sektors innehatten. In Sowjetsystemen besaß die Politik das Primat über alle anderen Sektoren, die Steuerung erfolgte hauptsächlich über die Politik.

Bei der Konzentration auf die politische Elite sind zwei Nachteile zu beachten, die sich aus einer solchen Vorgangsweise ergeben:

- Zum einen ist die Trennung von politischen und anderen Eliten nicht immer offensichtlich, weil die Trennlinien nicht klar gezogen werden können. Vor allem das in den kommunistischen Ländern vorherrschende Nomenklatura-System könnte dazu verleiten, sehr viele der Posten in der oberen und mittleren Hierarchie als Posten der politischen Elite zu sehen.

¹⁸ Meyer 1991, S.17;

Zum derzeitigen Stand der Forschung sei auf Gerd Meyer verwiesen, der im Buch "Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker" einen ausgezeichneten Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Bereich Theorien und Forschungsansätze über Eliten in kommunistischen Regimen liefert.

¹⁹ Klaus von Beyme kommt im Aufsatz "Der Begriff der politischen Klasse - Eine neue Dimension der Elitenforschung" zum Schluß, daß der Begriff der politischen Klasse "von den Medien hochgespielt (wurde), um zunehmende Ablösungstendenzen der Eliten zu beschreiben. (...) Es hat sich gleichwohl nicht durchgesetzt, den Elitenansatz auf die Frage zu beschränken, was ist die politische Klasse, und den Begriff der politischen Klasse im engen Sinne zur Erklärung der Frage einzusetzen: was tut die politische Klasse ?" (Beyme 1992, S.27).

So etwa kann ein Direktor eines Theaters durch das Nomenklatura-System zu seiner Stelle gekommen sein und muß sich demnach auch politisch konform verhalten haben. Obwohl er aufgrund von politischen Handlungen zu seiner Stellung gekommen ist, ist er dennoch kein Mitglied der politischen Elite. Daß in diesem Rahmen die durch die Nomenklatura vergebenen Posten nicht automatisch zu den politischen Eliten gerechnet werden, dient dazu, den Begriff der politischen Eliten auf den Kern der Entscheidungsträger einzuschränken und damit übersichtlicher gemacht zu haben. Allerdings spielt das Nomenklatura-System eine wichtige Rolle, denn nur unter Benutzung dieses 'Mobilitätsmechanismus' konnten die obersten Posten, die Stellen in der politischen Elite, erreicht werden.

- Die Einschränkung auf den politischen Teil der Elite zur Analyse der postkommunistischen Zeit kann problematisch sein. Bekanntlich wechselten gar nicht wenige der früheren "ruling elites", als klar war, daß sie im politischen Leben auf lange Zeit diskreditiert sein würden, in die Wirtschaft. Vor allem in der DDR ist es offensichtlich, daß viele der ehemals in der Politik oder Administration Tätigen zwar nicht mehr politisch einflußreich, dafür aber - auf legale oder illegale Weise - wirtschaftlich mächtig geblieben sind²⁰.

3.2. Differenzierter institutioneller Ansatz

Untersucht man die Eliten in Zeiten eines Systemwechsels, so stößt man auf das Problem, daß sich nicht nur personelle Veränderungen in den obersten Führungsstrukturen ergaben, sondern daß die Strukturen selbst sich gewandelt haben. War etwa das Amt eines Parlamentsmitglieds in der kommunistischen Ära von untergeordneter Bedeutung, weil die Partei alles kontrollierte, so stieg nach dem Systemwechsel dieser Posten in der Elitenhierarchie weit nach oben auf.

²⁰ So beschreibt etwa Ferdinand Kroh die Machterhaltungsstrategien ehemaliger ostdeutscher Machteliten so: "Alte kommunistische Machteliten bemächtigten sich der "ökonomischen Basis", soweit sie können, indem sie sich profitable Unternehmen aneignen und die verbleibende Masse der Betriebe dem Steuerzahler überantworten. Zugleich sorgen Gesinnungsgenossen auf der Ebene des "geistigen Überbaus" dafür, daß nicht allein kein öffentliches Aufheben von diesen Machenschaften gemacht wird, sondern auch die mit einem ungeheuer großen Mittelaufwand vorgenommenen Sanierungsbemühungen des neuen demokratischen Staates und der freien westorientierten Wirtschaftskräfte als ein perfides, gegen das Volk gerichtetes Vorgehen erscheint." (Kroh 1992, S.152)

Die Beobachtung der Eliten über den Systemwechsel hinweg erschwert die Verwendung eines institutionellen oder positionsmethodischen Elitenbegriffs²¹, wie ihn die Osteuropa-Forschung weitgehend angewandt hat²². Eine Konzentration auf in Institutionen organisierte Minderheiten, wie sie etwa bei Weber, Pareto oder Michels auftauchen, wäre für die Analyse postkommunistischer Eliten brauchbar. Mit der Ausweitung auf die Eliten der kommunistischen Regime würde aber eine solche Verengung auf gleiche institutionelle Kriterien völlig unbrauchbar. Denn würde mit einem Ansatz, der die politische Klasse auf Regierung und Parlament verkürzt, die kommunistische politische Landschaft analysiert, so würde das zu einem gänzlich falschen Bild über die Machtverteilung führen. Trotz dieser Einschränkungen gehe ich in Ermangelung einer alternativen Methode von einem sehr stark auf Institutionen bezogenen, also positionsmethodischen Elitenbegriff aus, wenn auch notwendigerweise in differenzierter Form.

Die Verwendung eines institutionellen Ansatzes schließt bei der Analyse des Elitenwechsels die Schwierigkeit mit ein, daß die relevanten Institutionen, auf die er sich bezieht, vor und nach dem Systemwandel andere sind oder zumindest eine andere Wertigkeit erhalten haben. Definiert man zwei Gruppen von hierarchisch gestuften Institutionen, jeweils eine Gruppe vor und eine nach dem Systemwechsel, so wird der institutionelle Elitenansatz auch für den Elitenwechsel in den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks verwendbar.

Eine Schwierigkeit stellt der Zeitpunkt des Übergangs von der ersten Hierarchie von Institutionen auf die andere dar. Da der Systemwechsel in manchen Ländern, wie etwa in Ungarn und Polen, sehr langsam vor sich ging, ist es unmöglich, einen genauen Zeitpunkt anzugeben. Auf die Eliten bezogen, heißt das, daß nicht nur alte und neue parallel Eliten existieren, sondern daß in diesen Übergangsphasen auch "holdover elites", wie Rudolf L. Tökés sie bezeichnete²³, eine große Rolle spielen. Darunter sind einerseits Personen der kommunistischen Partei aus dem Lager der

²¹ Ich verwende die Positionsmethode im Sinne von Gerd Meyer, der darunter die Annahme versteht, "daß alle Personen, die Positionen mit hohen legalen Einflußmöglichkeiten und formalen Kompetenzen in meist hierarchisch aufgebauten, herrschaftsrelevanten Organisationen einnehmen, ein entsprechend hohes Maß an politischer Macht ausüben" (Meyer 1991, S.69). Meyer legt auch dar, warum die Positionsmethode der Reputations- und der Entscheidungsmethode in Hinblick auf kommunistische Regime vorzuziehen ist.

²² Als Beispiel dafür sei auf den Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien über "Die sowjetische politische Elite" verwiesen (Schneider 1981).

²³ Tökés 1991, S.227;

Reformer zu verstehen, die das Risiko auf sich nehmen, das alte Herrschaftssystem zugrunde zu richten. Auf der anderen Seite spielten viele Intellektuelle eine gewichtige Rolle im "bargaining"-Prozeß an den Runden Tischen, wurden dann aber, bei den ersten freien Wahlen, nicht gewählt. Ein gutes Beispiel dafür sind die Intellektuellen der DDR mit der "Mutter der Revolution", Bärbel Bohley, an der Spitze, die sich nach kurzem Intermezzo an der Macht wieder enttäuscht aus der Politik zurückzogen.

II. THEORETISCHE KONZEPTION

1. Konzepte zu den Eliten in kommunistischen Staaten

Es existierte und existiert keine umfassende Theorie der Eliten für die Staaten des Sowjetsblocks. Im folgenden wird in Ermangelung einer Theorie deskriptiv vorgegangen. Es geht zunächst darum, darzustellen, wie - soweit man die durchaus unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zusammenfassen kann - die Eliten in den Staaten Mittel- und Osteuropas strukturiert waren, wie ihre Funktionsweise dargestellt werden kann bzw. wie die Elitenrekrutierung und Reproduzierung organisiert war. Dieser Darstellung der "ruling elite" soll eine Beschreibung der "counter elite" gegenübergestellt werden, deren Ausformung in den Staaten Mittel- und Osteuropas weitaus größere Unterschiede aufwies.

1.1. "ruling elite"

Bevor wir uns der "ruling elite" zuwenden, muß zuerst skizziert werden, auf welchen Grundlagen die Systeme sowjetischer Bauart basierten. Einen prägnanten Überblick über das stalinistische System gibt Zdenek Mlynar. Das ist deshalb relevant, weil für alle Staaten das stalinistische Modell Ausgangspunkt für eine mögliche Liberalisierung war. Mlynar stellt fest, daß das Sowjetsystem, so wie es Stalin seit Ende der 30er Jahre leitete, durch acht Punkte charakterisiert werden kann:

1. völlige Verquickung der politischen und ökonomischen Macht;
2. außerordentliche Abhängigkeit der sozialen Position gesellschaftlicher Gruppen und des einzelnen von der politischen Macht;
3. Konzentration der Macht beim Apparat der kommunistischen Partei und Zentralisierung der Entscheidungsprozesse;
4. das institutionalisierte politische System stellt die wichtigen Rückkoppelungen zwischen der Gesellschaft und der politischen Macht nicht sicher;
5. politisch-polizeilicher Massenterror;
6. Informationsisolierung der Gesellschaft;

7. die politische Macht schreibt eine verpflichtende Art zu denken vor;
8. das sowjetische sozialpolitische System hielt sich anderen Systemen gegenüber für überlegen;²⁴

Eine etwas andere Antwort auf die Frage, was das Gesellschaftssystem des Sowjettyps ausmachte, gibt Jens Reich. Zum einen bietet er als Erklärung das Konzept eines "Staatskapitalismus" an, denn "die Konzentration alles produktiven Vermögens, des 'Kapitals', sei in der Verfügungsgewalt des Staates, so daß die Träger der politischen Macht auch die wirtschaftliche Macht innehätten".²⁵ Als zweiten relevanten Ansatz nimmt er Bezug auf Michael Voslensky und dem von ihm etablierten Begriff der Nomenklatura. Reich gesteht Voslensky zu, eine eigene Theorie entwickelt zu haben, die Nomenklatura-Theorie, nach der die "sog. sozialistische Gesellschaft die Diktatur einer kleinen Herrschaftsgruppe, die über die Rekrutierung von Gehilfen, insbesondere die Masse der Parteimitglieder, und Söldnern ihre politische Position absicherte und alle wesentlichen Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft monopolisierte"²⁶.

Die von Mlynar erwähnte Konzentration der Macht beim Parteiapparat oder die Nomenklatura-Theorie Voslenskys haben für die Struktur der politischen Elite entscheidende Bedeutung. Zwar gibt es eine formelle, in der Verfassung festgelegte Struktur der Staatsorgane, aber parallel dazu existierte die Organisation der Partei, die die gesamte Macht auf sich vereint. "In these systems, the party effectively monopolized power, access to power was through the party organization, and the party legitimated its rule through ideology", faßt Samuel P. Huntington prägnant zusammen. Es ist ein Charakteristikum der kommunistischen Regime, daß die Staatspartei keiner anderen Kontrolle unterworfen ist als ihrer eigenen, daß sie nur an die Spielregeln ihrer hierarchischen Struktur gebunden ist.

Diese selbst auferlegten Mechanismen innerhalb der Partei entwickelten sich in der Sowjetunion aus der Tradition der kommunistischen Machtergreifung heraus. Schon Lenin hatte Grundsätze, wie er seine Mitarbeiter auswählte. Erster und wichtigster Faktor dabei war ihre Zuverlässigkeit, es folgten die politische Einstellung und Fachkenntnisse. "Lenin betrachtet die Partei als organisierten Trupp, dessen Mitglied man nicht dadurch wird, daß man sich selber zur Partei zählt, sondern dessen

²⁴ Mlynar 1983, S.10ff.;

²⁵ Reich 1992, S.315f.;

²⁶ Reich 1992, S.315f.;

Mitglied von einer der Parteiorganisationen in die Partei aufgenommen wird"²⁷, wird in der vom ZK der KPdSU gebilligten deutschsprachigen Ausgabe der "Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion" geschrieben. Im Buch "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" vom Mai 1904 führte Lenin die Rolle der Partei genauer aus: "Die Partei ist nicht einfach ein organisierter Trupp, sondern unter allen anderen Organisationen der Arbeiterklasse 'die höchste Form der Organisation', die berufen ist, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten."²⁸ Lenin gelang es schließlich als Führer der Bolschewiki seit 1903 und ab 1918 durch den Aufbau der Kommunistischen Partei, diese zum absoluten Zentrum im Staat zu machen. Damit prägte er das politische System aller anderen, später entstandenen kommunistischen Regime, deren Charakteristikum die Unterordnung aller Gruppen unter das Machtmonopol der Kommunistischen Partei darstellt. Damit waren schon unter Lenin die Grundstrukturen, auf denen das Nomenklatura-Prinzip aufbaute, vorgezeichnet.

Iossif Wissarionowitsch Stalin war der eigentliche "Erfinder" des Nomenklatura-Prinzips, indem er Lenins Ideen übernahm und ausbaute. Er war es, der die noch aus der Zeit des illegalen Kampfes übriggebliebenen Aufnahme-rituale - wie etwa die mündliche Bürgschaft - der neuen sowjetischen Administration übertrug. Eine andere Vorstellung Lenins übernahm Stalin allerdings nicht, verkehrte sie vielmehr in ihr Gegenteil: Stalin organisierte das Ausleseverfahren zwar planmäßig und systematisch, aber nicht offen, wie es Lenin vorschwebte. Dadurch entstand der Regelungsmechanismus der Nomenklatura, der zwar für die Sowjetunion erfunden wurde, mit einigen Änderungen aber allen Staaten des Sowjetblocks übergestülpt wurde.

Es stellt sich die Frage, wie groß die Unterschiede bezüglich der Nomenklatura-Systeme in den verschiedenen sowjetisierten Staaten waren. Michael Voslensky gab 1984 auf einem Symposium in München darauf folgende Antwort:

"In jedem Land des Realsozialismus findet man die gleiche Gesellschaftsstruktur. Die Elite besteht aus zwei Klassen: der herrschenden und hochprivilegierten Politbürokratie - der Nomenklatura, und der nicht herrschenden und weniger privilegierten Intelligenz. Darüber hinaus gibt es eine Vorzeigelite: sorgfältig ausgewählte

²⁷ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1938, S.51;

²⁸ ebenda, S.59;

hochdekorierte Arbeiter und Kolchosbauern, die den "Volks"charakter des Nomenklaturstaates demonstrieren sollen."²⁹

Nach Michael Voslensky existierten - vereinfacht dargestellt - drei Arten von Eliten, aber nur eine, die die Macht hat, die "ruling elite" oder "elite in power". Die Intelligenz dagegen ist prinzipiell eine oppositionelle Kraft, die der Nomenklatura kaum Sympathie entgegenbringt, sich aber dennoch in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihr befindet. Die Vorzeigelite schließlich ist keine wirkliche Elite, sondern eine Pseudoelite, die nur als Feigenblatt gebraucht wird, um den Mythos der Herrschaft der Arbeiter und Bauern aufrecht zu erhalten.³⁰ Die generelle Anwendung dieses "ruling elite"/"counter elite" - Schemas darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Unterschiede im Nomenklatura-System in den einzelnen Staaten allein schon aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Traditionen vorhanden waren. Doch für das weitere konzeptionelle Vorgehen stellt Voslenskys Differenzierung des Elitenbegriffs die Grundlage dar.

In seinem zu den Klassikern der "Sowjetologie" zu zählenden Buch über die Nomenklatura stellte sich Michael Voslensky die Frage, wer die "Verwaltenden" in der Sowjetunion seien. Wenn wir erkennen wollen, was die "ruling elite" ist, so müssen wir uns dieselbe Frage stellen. Voslensky gibt selbst die Antwort darauf. Er geht von einem stark klassen- bzw. elitenkonzentrierten Geschichtsbild aus, wenn er behauptet, daß "der Verlauf der Geschichte zeigt, daß die Herrschaft jeder Klasse immer in der Weise ausgeübt wurde, daß die Macht in den Händen einer kleinen Minderheit lag, die die überwältigende Mehrheit beherrscht."³¹ Voslensky übernimmt Milovan Djilas' Idee der "neuen Klasse"³² und setzt dafür die "Nomenklatura" ein. Zur Herrschaft einer Minorität gehören als Stabilisationsmittel notwendigerweise Gewaltanwendung, wirtschaftlicher Druck, ideologische Beeinflussung, und vor allem die Tarnung ihrer eigentlichen Macht. Aus diesem Grund ist es so schwierig, exakte Informationen darüber zu erhalten. Auch Voslensky beschränkt sich etwa bei den

²⁹ Voslensky 1984, S.135;

³⁰ Nomenklaturisten behielten oft auch nach ihrem sozialen Aufstieg die Berufsbezeichnung "Arbeiter" bei.

³¹ Voslensky 1980, S.156;

³² Djilas 1957;

Zahlenangaben immer wieder auf Schätzungen, wobei er schließlich auf eine Zahl von 3 Millionen Mitgliedern, das sind rund 1,5 % der Gesamtbevölkerung, kommt.³³

Der Begriff Nomenklatura³⁴ hat, wie oben gezeigt wurde, zumindest drei Bedeutungen, wobei die erste in der Reihenfolge auch die ursprüngliche ist:

- Zuerst war die Nomenklatura ein Verzeichnis von Führungsstellen, die ausschließlich von übergeordneten Organen besetzt wurden. Dieses Heftchen - in der Sowjetunion "spisok rukowodjaschtschich rabotnikow" (Liste der leitenden Arbeiter) genannt - zählte die obersten Funktionärsränge auf, vom Zentralkomitee bis zu wichtigen Stellen in der Industrie.
- Diese ursprüngliche Bedeutung wurde übertragen auf die Personen, die diese Stellen einnahmen. Diese Personen bildeten nach Voslensky die herrschende Klasse der Nomenklatura.
- Die dritte, wahrscheinlich jüngste Bedeutung erhielt der Begriff Nomenklatura durch die Ausweitung auf das Vorgehen bei Ernennungen. "The nomenklatura is of course the procedure through which party committees supervise appointments to key positions in economic, governmental, and cultural institutions."³⁵

Es erscheint logisch, daß, wenn wir die politischen Eliten in den Staaten des Sowjetblocks untersuchen wollen, das Augenmerk vor allem auf die kommunistische Partei und das ihr immanente System der Nomenklatura zu lenken ist.

Durch die Staatspartei, die niemandem außer seinen eigenen Hierarchien verantwortlich war, wurde die verfassungsmäßig verankerte Ordnung untergraben, genauer noch, sie war nie existent. Zwar gehörte es zum Usus, daß alle Stellen - auch die der Nomenklatura - offiziell von den verfassungsmäßig dafür vorgesehenen

³³ Eine aktuelle, 1991 erschienene Studie über die sowjetische Elite findet sich im Aufsatz "The Search for Stability: Ideology, Discipline, and the Cohesion of the Soviet Elite" von Peter Rutland (Rutland 1991).

³⁴ Offensichtlich scheinen auch Lexika mit dem soziologischen Begriff Schwierigkeiten zu haben. So definiert z.B. Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden (Mannheim/Wien/Zürich 1987, Band 15, S.310) "Nomenklatur" als "Benennung wiss. Gegenstände und die Methode der Klassifizierung der Begriffe" bzw. als "Gesamtheit der Fachausdrücke einer Wiss. oder Kunst, auch deren systematische Ordnung". Das Wort "Nomenklatura" existiert darin überhaupt nicht.

³⁵ Rutland 1991, S.35;

staatlichen Stellen bestimmt wurden. De facto aber handelten diese Abteilungen nur auf Anweisung irgendeiner Parteistelle. "(...) The communist party is now in a position to organize its controls over the entire political system - most importantly, over the formal structures of government. The normal governmental apparatus of decision-making within a communist system is the executive arm, including the bureaucracy", konstatierte 1973 Richard C. Gripp.³⁶

Im Laufe der Zeit entwickelte sich ein ungeheuer kompliziertes Amalgam von geschriebenen und ungeschriebenen Regelungen, das "seems to have changed little since it's inauguration in the 1920s"³⁷. Eine durch seine Plastizität und Genauigkeit einzigartige Beschreibung dieses komplexen Systems liefert Voslenskys Buch "Nomenklatura, die herrschende Klasse der Sowjetunion". Er zeichnet ein anschauliches Modell der Nomenklatura, indem er die Trigonometrie zu Hilfe nimmt³⁸.

Voslensky bietet uns als geometrische Figur der Nomenklatura einen Kegel an, in den - als Achse - ein dünner Kegel eingeschrieben wird. Der dünne Kegel ist das Herzstück der Figur, er steht für die verschiedenen Komitees der KPdSU, vom Rayonskomitee bis hinauf zum Zentralkomitee. Der den dünnen Kegel umgebende äußere Kegel stellt die Nomenklatura dar, die von den Komitees eingesetzt wird. Würde man den Kegel mit Parallelschnitten unterteilen und etwa die unterste Ebene untersuchen, so erhält man keinen monolithischen Teil, sondern die Komitees mit den von ihnen ernannten Nomenklaturisten. "Das klassenbildende Herzstück der Nomenklatura ist aus einem besonderen Material gemacht, das sich von der verhältnismäßig lose zusammenhaltenden Materie an der Außenseite des Kegels unterscheidet. Der äußere Kegel hält sich an dem Herzstück im Ganzen wie an einen Stengel."³⁹

Voslensky differenziert den inneren Kegel wiederum in eine äußere und eine innere Schicht: Die äußere bilden die Parteiapparate, Büros und Sekretariate, die aufgrund der großen Zahl von Entscheidungen, die die Sekretäre treffen müssen, von diesen mit Vorentscheidungen beauftragt werden. Diese Vorarbeiten des Apparats werden

³⁶ Gripp 1973, S.47;

³⁷ Rutland 1991, S.35;

³⁸ Im folgenden beziehe ich mich auf Voslenskys Modell der Nomenklatura, wie er es im gleichnamigen Abschnitt des Buches skizzierte (Voslensky 1980, S.196ff.).

³⁹ Voslensky 1980, S.196;

meist nur noch von den Entscheidungsträgern bestätigt, die aber dennoch ihre Macht durch Kontrolle ausübten.⁴⁰

Zu diesem Modell der Nomenklatura kommen vier Stützpfiler, die dem Kegel untergeordnet werden: die Polizei, die Armee, die Propagandaorgane und der außenpolitische Dienst. Es ist nicht richtig, daß die Polizei das Nomenklatura-System nur unterstützt hat und nicht darin involviert wurde. Natürlich gehörte z.B. der gesamte KGB zur Nomenklatura. Aber die Polizei ist nicht als Ganzes ein Teil der Nomenklatura, ebensowenig die Armee und die Rüstungsindustrie. Die Armee stellte für die Nomenklaturisten immer eine Bedrohung dar, denn sie verfügte sowohl über finanzielle Mittel als auch über die Möglichkeit der Gewaltanwendung, wenn auch ein militärisches Eingreifen in die Politik etwa in Form eines coup d'état nicht den Traditionen der russischen politischen Kultur entsprechen würde. Als Sicherheit vor einer militärischen Einmischung wurden zudem starke Truppenteile dem KGB sowie dem MWD (Ministerstwo Wnutrenich Del - Innenministerium) direkt unterstellt. Den Armee-Nomenklaturisten wurden zusätzlich starke materielle Anreize geboten, um sie zufriedenzustellen bzw. davon abzuhalten, in die Politik einzugreifen. Zur Armee und Polizei kamen zwei weitere, weniger wichtige Stützen hinzu: die Propagandaorgane und der außenpolitische Dienst.

Um das plastische Modell der Nomenklatura zu vollenden, umgibt Voslensky die Kegel mit der Masse der Parteimitglieder:

"Diese Masse versucht, sich über das gewöhnliche Volk zu erheben und träumt im geheimen davon, Zugang zur Nomenklatura zu erhalten. Innerhalb der Masse des Parteivolkes geht eine ununterbrochene Bewegung vor sich: einige Teilchen, sowohl Einzelpersonen als auch ganze Gruppen, bemühen sich, näher an den verlockend erscheinenden Körper des Nomenklatura-Kegels heranzukommen, andere werden aus der Masse ausgestoßen, eine dritte Gruppe, die sich davor fürchtet, ausgestoßen zu werden, gibt sich mit dem Platz zufrieden, an dem sie sich befindet."⁴¹

⁴⁰ siehe dazu die Darstellung der bürokratischen Herrschaft in der DDR unter Honecker in: Meyer 1991, S.81ff.;

⁴¹ Voslensky 1980, S.204;

Unter den Parteimitgliedern gibt es ebenfalls eine obere Schicht, die sogenannte "Pränomenklatura", die der Nomenklatura als Rekrutierungsfeld dient. Zum Großteil bestand diese Gruppe aus Angestellten der Parteiorganisationen oder engen Mitarbeitern von Nomenklaturisten, die Karriere machen wollten.

Wenn wir uns mit der Rekrutierung und Reproduzierung der "ruling elites", also auch mit der sozialen Mobilität in den Sowjetsystemen beschäftigen, so stellt das Prinzip der Nomenklatura die Spielregeln für den Aufstieg der Elite dar. Daniil Granin beschreibt in seiner 1991 publizierte satirische Novelle "Unser werter Roman Awdejewitsch" den Aufstieg eines Parteisekretärs bis in die obersten Sphären der sowjetischen Macht. Das Buch enthält eine typische, wenn auch satirisch gehaltene Beschreibung der Rekrutierungsmechanismen der Nomenklatura. Der mögliche Aufstieg führt ausschließlich über die Partei. Ohne Parteibuch ist eine Beförderung, gemäß den oben erwähnten, durch Lenin und Stalin festgelegten Richtlinien ausgeschlossen. Von dieser Regel werden nur ganz wenige Ausnahmen gemacht, vor allem wenn die Partei aus irgendeinem Grund ein parteiloses Aushängeschild braucht. Eine andere treffende Beschreibung der Mechanismen der sozialen Aufwärtsmobilität findet sich in Wladimir Woinowitschs Roman "Moskwa 2042", in dem er seinen Protagonisten Ljoschka Bukaschew über die "partei-sexuelle Linie" philosophieren läßt, die in der Sowjetunion zum sozialen Aufstieg verfolgt werden müsse.

Auch Michael Voslensky beschreibt die Rekrutierungsmechanismen in die Nomenklatura ähnlich. Schon in der Jugend beginnt der Prozeß der Auslese. "Die meisten Jugendlichen glauben, daß man Wissenschaftler, Schriftsteller, Schauspieler oder hoher Offizier werden muß, um gut zu leben. Nur die besonders Schlaunen unter den Jugendlichen begreifen, daß dies nicht stimmt, und daß der wirkliche Weg nach oben über den Parteiapparat führt"⁴².

Auch Andrej A. Amalrik konstatierte 1969, daß sich "die Regeneration der bürokratischen Elite auf dem bürokratischen Weg der Auswahl von besonders willfährigen und vollzugsfreudigen Elementen vollzog", was er "negative Selektion" nannte.⁴³ Der Weg in die Partei, den etwa 10 Prozent aller Sowjetbürger gingen, stellte gleichzeitig eine gewisse Absicherung am Arbeitsplatz dar. Wenn man keine

⁴² Voslensky 1984, S.136;

⁴³ Amalry 1970, S.26;

allzu gravierenden Fehler begang, konnte man mit dem Verbleiben am Arbeitsplatz rechnen.

Die mit der Aufnahme in die Partei verbundene Prüfung machte deutlich, wie paradox die Situation war. Nur wenige glaubten an das, was sie lernen mußten. Wichtig war nur, daß sich die Bewerber vollkommen der Hierarchie unterordneten, und daß sie bereit waren, ihrem Aufwärtsstreben oberste Priorität einzuräumen.

Die Ernennungen in die Nomenklatura wurden durch ein System von gegenseitigen Rückversicherungen geregelt. Damit konnte sich derjenige schützen, der andere zur Beförderung vorschlug, indem er die Verantwortung für die Ernennung auf mehrere Personen verteilte.

Um in der Hierarchie der Nomenklatura aufzusteigen, war es notwendig, sich eine Seilschaft aufzubauen. Für Einzelgänger ohne eigene Hausmacht war es fast unmöglich, nach oben zu kommen. Einmal in die Nomenklatura aufgenommen, war man vor einem Ausschluß relativ sicher und stieg kontinuierlich auf, wenn die Nomenklatura-Regeln nicht verletzt wurden. Die Mitgliedschaft in der Nomenklatura war gleichsam unveräußerlich, sie endete auch nicht mit der Pensionierung.

Daß sich das System der Nomenklatura bis zuletzt nicht grundsätzlich änderte, zeigt der typische, weil zuerst ausschließlich parteiinterne Aufstieg von Michail Sergejewitsch Gorbatschow.⁴⁴ Sein Aufstieg gleicht demjenigen des erfundenen Iwan Iwanowitsch Iwan, anhand dessen Voslensky den Ablauf der Nomenklatura-Rekrutierung erklärt:

- 1952 Parteibeitritt zur KPdSU mit 21 Jahren
- 1956 Sekretär des KOMSOMOL von Stawropol
- 1962 Parteiorganisator für Landwirtschaft in Stawropol
- 1966 1. Parteisekretär von Stawropol,
- 1970 Wahl in den Obersten Sowjet,
- 1978 Sekretär des ZK der KPdSU,

⁴⁴ vergleiche dazu die ausgezeichnete, immer noch lesenswerte Gorbatschow-Biographie des "Die Zeit"-Korrespondenten in Moskau, Christian Schmidt-Häuer (Michail Gorbatschow 1985);

1980 Politbüromitglied,
1985 Generalsekretär der KPdSU.

Um das Verhältnis zwischen "ruling elite" und "counter elite" - und dabei vor allem das Verhältnis zur Intelligenz - verstehen zu können, werde ich im folgenden auf Legitimationsprobleme der Eliten eingehen. Die Legitimation in den Staaten des Sowjetblocks stellte zwar ein spezielles Problem dar, ähnelte aber den generellen Schwierigkeiten autoritärer/totalitärer Regime. Noch während der Zwischenkriegszeit war es möglich, durch Formen des Korporatismus und der Mobilisierung durch den Faschismus eine autoritäre Lösung des Problems der politischen Ordnung zu kreieren. Seit 1945 aber stellt das Legitimationsproblem die Achillesferse von autoritären/totalitären Regimen dar. Autoritäre Regime "(...) are regimes that practice dictatorship and repression in the present while promising democracy and freedom in the future. Thus, they can justify themselves in political terms only as transitional powers, while attempting to shift attention to their immediate substantive accomplishments - typically, the achievement of 'social peace' or economic development"⁴⁵.

Im Rahmen des Leninschen Systems legitimisierte sich die politische Elite nicht aufgrund des Willens irgendeines Volkes oder auf einer funktionierenden Ökonomie, wie es in den Staaten des "Westens" geschah. Eine gewisse Ausnahme bildete dabei Ungarn unter Janos Kádár, der durch begrenzte wirtschaftliche Erfolge bzw. durch partielle Befriedigung der Konsumhaltung der Bevölkerung zumindest teilweise von den leninschen Legitimationsprinzipien abging. Diese beruhten auf dem Marxismus-Leninismus, der für sich in Anspruch nahm, den Verlauf der Geschichte zu kennen und ihn deshalb zu exekutieren. Die Bolschewiki bzw. die nachfolgenden politischen Eliten zogen aus dieser Einsicht den Schluß, daß ihr Handeln keiner weiteren Legitimation bedarf.

Das änderte sich allerdings durch die sehr bald einsetzende und in der Perestroika vollendete Erosion der Sowjetideologie. "Die Zahl derjenigen, die an die Ideale der lichten kommunistischen Zukunft glaubten und vor allem daran, daß die Sowjetunion sich auf dem Wege dahin befinde, schrumpfte immer mehr. Die Selbstzweifel

⁴⁵ O'Donnell/Schmitter 1986, S.15.;

Fast schon als "Klassiker" - weil am ausführlichsten - hat sich das fünfbändige Werk "Transition from Authoritarian Rule" mit den Herausgebern O'Donnell, Schmitter und Whitehead etabliert (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986).

erreichten auch die Führungselite. Keine Gesellschaft kann überleben, wenn der Grundkonsens sogar in den Kerngruppen nur noch durch Zynismus und Karrieredenken aufrechterhalten wird."⁴⁶ Das Problem der politischen Eliten - und damit überhaupt das Dilemma des Sowjetsystems - bestand darin, daß sich im Rahmen des Leninschen Systems keine andere Legitimationsgrundlage außer der ideologischen schaffen ließ. Deshalb mußte die Ideologie aufgrund mangelnder Alternativen Hauptpfeiler der Legitimation der politischen Eliten bleiben, trotz völliger Realitätsentfremdung und der Tatsache, daß niemand mehr wirklich an sie glaubte.

Aus diesem Grund ist das Verhältnis der "ruling elite" zu den Intellektuellen in den Staaten des Sowjetblocks entscheidend: "The persistent tendency to control 'intellectual capital' and intellectual activity in Eastern Europe is not a symptom of irrational stubbornness; it is very rational from the point of view of preserving the political power of the rulers"⁴⁷. Denn durch eine liberalisierte Politik, die auch kulturelle Freiräume eröffnet, hätten die Intellektuellen die letzten Reste ideologischer Legitimation der "ruling elites" zerstört. Den besten Beweis dafür liefert die Entwicklung in der Sowjetunion nach 1986, als Glasnost, die eigentlich dazu gedacht war, der politischen Führung im Rahmen der Sowjetideologie neue Legitimität zu verschaffen, das jahrzehntelang aufgebaute Selbstbild des Sowjetsystem als Trugbild entlarvte und zu demontieren begann.⁴⁸

1.2. "counter elite"

Wenn im letzten Kapitel der Eindruck entstanden ist, daß die "counter elite" mit den Intellektuellen identisch ist, so muß das an dieser Stelle korrigiert werden. Wenn Voslensky für die Sowjetunion konstatierte, daß die Elite aus zwei Gruppen - der Nomenklatura und der Intelligenz - besteht, so greift diese Auffassung für die Staaten des Sowjetblocks zu kurz. Der Verlauf der Transition zeigt, daß etwa Personen aus der Arbeiterschicht - das herausragendste Beispiel stellt Lech Walesa dar - in der "counter elite" eine wesentliche Rolle spielen konnten. Auch Voslenskys Auffassung, daß die Intelligenz grundsätzlich eine oppositionelle Kraft darstellt, kann so nicht übernommen werden. Die Intelligenz kann im besten Fall als "latent

⁴⁶ Simon 1993, S.22;

⁴⁷ Frentzel-Zagórska/Zagórski 1989, S.100;

⁴⁸ vergl. dazu z.B. die Artikelsammlung aus dem sowjetischen Magazin "Ogonjok" (Kretzschmar/Leetz 1991);

oppositionell" bezeichnet werden. Doch es wäre falsch, die Intelligenz als soziale Schicht mit der "counter elite" gleichzusetzen.

Während man die Nomenklatura als einzig relevante Gruppe der "ruling elite" bzw. als exklusives System sozialer Aufwärtsmobilität betrachten kann, so stehen wir bei der "counter elite" vor der Frage, aus welchen Gruppen sie sich zusammensetzt. Die Intellektuellen oder die Intelligenz stellen eine bedeutende, wenn auch nicht die einzige dissente Gruppierung dar.

Wenn wir uns der Intelligenz als wichtigster Subgruppierung des Dissens zuwenden, geht es zunächst um eine Begriffsklärung, denn Intelligenz, Intelligenzija und Intellektuelle sind Begriffe, die mit unterschiedlichsten Konnotationen verwendet werden, und doch wieder als Synonyme gebraucht werden. In vielen Arbeiten ist vor allem die Verwendung der Begriffe "Intelligenz" und "Intellektuelle" ungenau.⁴⁹ Es erscheint unmöglich, eine exakte Abtrennung der beiden Gruppen vorzunehmen, weil sie ineinander übergehen. Generell kann man sagen, daß "Intelligenz" eine typische historische Erscheinung Mittel- und Osteuropas ist und im Sinne einer Gruppe von "akademisch Ausgebildeten" das "Wissenskapital" betont, während der Begriff "Intellektuelle" die "kreativ-reflexive Funktion"⁵⁰ in den Mittelpunkt rückt. Zielführend scheint es, die "Intelligenz" bzw. "Intelligenzija" auf den ursprünglichen, historischen Sinn der Wörter zurückzuführen: Der aus dem Russischen kommende Terminus "Intelligenz" bezeichnete ursprünglich eine soziale Schicht im zaristischen Rußland, die durch ihre gute Ausbildung gekennzeichnet war. Im Gegensatz dazu existierte im "Westen" nie eine homogene Schicht der Intelligenz, sondern eher verschiedene Gruppen von Funktionseleiten.

Begonnen hatte die eigenartige Beziehung zwischen der Intelligenz und der kommunistischen Macht nach der Oktoberrevolution 1917, als Lenin klar wurde, daß er auf die bürgerliche Intelligenz nicht ganz verzichten konnte, denn eine kommunistische Intelligenz existierte noch nicht. Damit war schon Lenin gezwungen, die alte Intelligenz zumindest teilweise in das neue System zu integrieren. Dennoch

⁴⁹ siehe z.B für die UdSSR: Voslensky 1984; Schlögel 1984; Levin 1988; für Polen: Zagajewski 1981; für Südosteuropa: Sterbling 1993; allgemein: Reich 1992; Stammen 1993;

⁵⁰ Sterbling 1993, S.45;

Anton Sterbling versucht in seinem Aufsatz "Überlegungen zur Schlüsselbedeutung der Intelligenz in Südosteuropa" eine Differenzierung in eine "funktionalistische" und eine das "Wissenskapital" betonende Vorgangsweise

wurde die zaristische Intelligenz durch Revolution, Bürgerkrieg und Säuberungen fast vollständig vernichtet. Später versuchte man, sie durch eine kommunistische Intelligenz zu ersetzen, was trotz großer Anstrengungen nie ganz gelang. Die Versuche der Heranzüchtung einer Intelligenz durch das Nomenklatura-Verfahren brachten kaum Erfolge. Aus diesem Grund mußte die "ruling elite" bis zuletzt einen modus vivendi finden und mit den Resten der bürgerlichen Intelligenz im Sowjetsystem koexistieren. Es wurde nach 1917 eine eigenartige Zwangskoalition gebildet, bei der beide Gruppen einander benötigten, und eine Konstellation geschaffen, die in ihren Grundzügen bis zum Zusammenbruch der Systeme bestehen blieb. Moshe Levin bezeichnete das als "Pragmatismus": "Das System konnte ohne Spezialisten nicht funktionieren. Die Elite der politischen Verwaltung, die Gruppen auf den höheren Regierungsrängen bildeten schließlich eine seltsame Mischung aus ehemals revolutionären Fachkräften, die oft schlecht ausgebildete, aber politisch zuverlässige Kader aus der Arbeiter- oder Bauerschicht waren, und einem wichtigen Zusatz von Spezialisten, die 'Bourgeois' genannt wurden, weil sie im alten Regime ausgebildet worden waren und Privilegien hatten."⁵¹

Andrej A. Amalrik sah schon 1969 in der Sowjetunion eine neue "Klasse der Spezialisten" entstehen, eine neue, gut situierte Mittelschicht, die begann, "sich ihrer Zusammengehörigkeit bewußt zu werden und sich zu artikulieren".⁵² Großes Aufsehen erregte das in den siebziger Jahren erschienene Buch "Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht" von Ivan Szelenyi und György Konrád⁵³. Darin stellten die beiden ungarischen Soziologen fest, daß sich die Klasse der Intelligenz mit der Parteiintelligenz an der Spitze zur herrschenden Schicht entwickelt hat.

Beide Bücher behandelten ein komplexes Thema: das Verhältnis der Intelligenz zur Macht. Der Molekularbiologe und Mitgründer des "Neuen Forums" Jens Reich resümiert im Buch "Abschied von den Lebenslügen" dieses Verhältnis so:

"Für die Intelligenz des Ostens ergab sich dabei die besondere Spannung, daß sie - auch da, wo sie außerhalb der Politik 'nur ihre Pflicht tat' oder sogar sich innerlich ablehnend verhielt - zum Funktionieren des

⁵¹ Levin 1988, S.56f.;

⁵² Amalrik 1969, S.21;

⁵³ Konrád/Szelenyi 1979;

zur Kritik dieses Buches siehe: "East European Intellectuals on the Road of Dissent: The Old Prophecy of a New Class Re-examined" (Frentzel-Zagórska/Zagórski 1989);

sozialistischen Systems wesentlich beigetragen hatte. Die Herrschaft selbst war zwar von der Parteibürokratie als Hegemonialschicht ausgeübt worden, aber die Intelligenz insgesamt war (...) als grundsätzlich privilegierter Stand gegenüber der übrigen Bevölkerung herausgehoben und (...) mit dem herrschenden System verbunden."⁵⁴

Es stimmt zwar, wenn Voslensky behauptet, daß die Intellektuellen sich in allen kommunistischen Systemen in Abhängigkeit von der Nomenklatura befanden, aber umgekehrt existierte in beschränktem Maß ebenfalls ein Abhängigkeitsverhältnis, das auf Legitimationsproblemen der kommunistischen "ruling elite" gründet. Für die Transition von Gesellschaftssystemen spielen die Intellektuellen insofern eine herausragende Rolle, weil sie eine solche wenn schon nicht einleiten, so doch zumindest vorbereiten können. "Usually, artists and intellectuals are the first to manifest public opposition to authoritarian rule, often before the transition has been launched". Ihr Talent und ihr Mut "poke holes in the regime's pretense of incarnating supreme 'national values' and virtues".⁵⁵

Dissens mit der "ruling elite" ist keineswegs Monopol der Intelligenz oder der Intellektuellen, obwohl diese Gruppe durch die im Sowjetsystem vorherrschenden Regulierungen am meisten getroffen wurde. Andrej Sacharow konstatierte, daß "die Freiheit der Information und der schöpferischen Arbeit (...) für die Intelligenzschicht dem Wesen ihrer Tätigkeit sowie ihrer sozialen Funktion nach unerläßlich (ist)"⁵⁶. Dennoch existierte - wie der Konstanzer Historiker Karl Schlögl für die Sowjetunion feststellte - auch in anderen Gruppen Dissens mit dem Regime:⁵⁷

- Dissens aus religiösen Gründen
- Dissens aus nationalen Gründen
- Dissens der Arbeiterschaft

Für die Transition und den Elitewechsel bedeutet das, daß die "counter elite" nicht nur von Intellektuellen gebildet wird, sondern daß sich auch andere dissente Gruppierungen als eine mögliche "counter elite" anbieten. Meist verbinden sich diese

⁵⁴ Reich 1992, S.319;

⁵⁵ O'Donnell/Schmitter 1986, S.49;

⁵⁶ zitiert nach: Schlögel 1984, S.125;

⁵⁷ Schlögel 1984;

Gruppen aber in irgendeiner Form mit den Intellektuellen und bilden eine breite Front gegen die "elite in power", wie es in der polnischen Solidarnosc geschah.

2. Der Elitenwechsel

Auch für den Elitenwechsel existieren - wie für die Elitenstruktur in Sowjetsystemen - keine umfassenden Theorien. Ideengeschichtlich gesehen hat sich damit vor allem Pareto beschäftigt, der Revolutionen - stark vereinfacht - mit der geistigen Dekandenz der Oberschicht erklärte. Marie Kolabinska, eine Schülerin Paretos, entwickelte diese Idee in ihren Zirkulationsmodellen weiter. Sonst wurde die Elitenforschung aber vor allem statisch betrieben, sie war darauf ausgerichtet, Eliten - nicht den Wechsel der Eliten - zu erklären.

Die drei Ansätze, die im folgenden skizziert werden, stellen eigentlich gar nicht den Anspruch, den Wechsel von Eliten erklären zu wollen. Dennoch eignen sie sich begrenzt als Instrumente zur Analyse des Elitenwechsels.

- Die Transitionsliteratur beschäftigt sich mit dem Übergang von autoritären Regimen und betont dabei die entscheidende Rolle der Eliten.
- Da die moderne Elitentheorie das Verhalten der "Masse" in Betracht ziehen muß, soll diesem "top-down view" der Transitionsliteratur ein "bottom-up view" zur Ergänzung an die Seite gestellt werden. Die Übernahme des Konzept der "civil society" verfolgt zudem den Zweck, einen auch in Mittel- und Osteuropa vertretenen Erklärungsansatz zu berücksichtigen und damit den Fehler zu vermeiden, mit rein "westlichen" Instrumenten den "Osten" analysieren zu wollen.
- Da beide Ansätze eher auf den Niedergang der alten Elite bzw. auf den Elitenwechsel selbst konzentriert sind, muß zuletzt nach den möglichen STABILISIERUNGSSTRATEGIEN der neuen "ruling elites" gefragt werden.

2.1. "top-down view": Transitionsliteratur und Elite

Aufgrund des Versagens der Sozialwissenschaften bei der Prognose des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa und des Fehlens von Theorien zur Analyse der Ereignisse im Nachhinein wurden Ansätze herangezogen, die bis dahin kaum Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Welt erregt hatten. Die Transitionsforschung als interdisziplinäre Forschungsrichtung wurde in größerem Ausmaß seit Mitte der 70er Jahre betrieben. Das ausführlichste und immer noch beste Werk stellt die fünfbändige Ausgabe von "Transitions from Authoritarian Rule" von O'Donnell, Schmitter und Whitehead aus dem Jahre 1986 dar.⁵⁸ Inhaltlich beschäftigte sich dieses Forschungsprojekt mit dem Übergang von autoritären Regimen vor allem in Lateinamerika und Südeuropa. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems machten sich viele Forscher auf die Suche nach möglichen Erklärungen und verhalfen dadurch der Transitionsforschung zu einem unglaublichen Boom. Im Augenblick stellt sie wahrscheinlich den "modischsten" Forschungsrichtung innerhalb der Politikwissenschaften dar. Der ungarische Soziologe András Bozóki stellte dazu fest, daß die Transitionsforschung "has almost become a separate discipline located where sociology, history and political science march on each other. It is sometimes ironically called TDology (TD standing for Transition to Democracy)"⁵⁹.

Es hat sich gezeigt, daß mit dem Instrumentarium der Transitionsforschung eine Untersuchung des Zusammenbruchs in Osteuropa sinnvoll ist.⁶⁰ Dennoch gibt es beträchtliche Einwände ob der Unterschiede zwischen den herkömmlichen Objekten der Transitionsforschung und den ehemals kommunistischen Staaten.

Phillipe C. Schmitter führte in einem Referat über "Similarities and Differences in 'Southern and Eastern' Transitions to Democracy"⁶¹ vier Punkte an, die zu berücksichtigen sind: der Unterschied zwischen autoritären Militärdiktaturen und dem totalitären leninistischen System, das Fehlen gesellschaftlicher Differenzierung in

⁵⁸ O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986;

⁵⁹ Bozóki 1992, S.135;

Die Namensgebung des 1991 begonnenen Projekts "Transit" des Wiener "Instituts für die Wissenschaft vom Menschen" ist ein weiteres Beispiel für diesen Boom.

⁶⁰ Ein gutes Beispiel stellt Samuel P. Huntington's gelungenes Buch "The Third Wave" da, wobei er die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa gemeinsam mit den Transitionen in Lateinamerika und Südeuropa als dritte weltweite Welle der Demokratisierung analysiert.

⁶¹ Gastvorlesung von Phillippe C. Schmitter am Institut für Höhere Studien Wien, 23.06.1993;

Mittel- und Osteuropa, die wichtige Rolle der externen Faktoren und die Unterschiede im Ablauf der Transition.

Im brillianten Aufsatz Claus Offes über "Das Dilemma der Gleichzeitigkeit"⁶² behauptet er, daß eine Analyse der Realitäten in mittel- und osteuropäischen Staaten mit dem Instrumentarium der Transitionsforschung deshalb untauglich und irreführend sei, weil die Revolutionen in zweifacher Hinsicht "gründlicher" seien: Zum einen blieb in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas die territoriale Integrität nicht erhalten, zum anderen handelt es sich nach dem Umbruch vor allem auch um eine Reform der Wirtschaftsverfassung, nicht nur des politisch-konstitutionellen Rahmens.

Trotz dieser Unterschiede sind die Transitionen in Mittel- und Osteuropa eine Subkategorie von Transitionen im allgemeinen. Ich halte es für zielführend, der Rolle der Eliten und dem Elitenwechsel in der Transitionsforschung Aufmerksamkeit zu widmen, auch deshalb, weil es an einem anderen Instrumentarium zur Analyse der "Anti-Revolutionen" zumindest derzeit noch fehlt.

Bei den Transitionsprozessen in den Staaten des Sowjetblocks spielten diverse Interessensgruppen mit unterschiedlichem Einfluß auf den Ablauf eine Rolle. "The third wave transitions were complex political processes involving a variety of groups struggling for power and for and against democracy and other goals"⁶³, stellt Samuel P. Huntington fest. Im folgenden muß es zuerst darum gehen, diese verschiedenen Gruppen und ihre diversen Interessen zu analysieren und zu kategorisieren, um zu möglichen Modellen der Transitionen zu finden.

Es ist eine grundlegende Erkenntnis der Transitionsliteratur, daß ein autoritäres Regime vor der Transition nicht vollständig homogen sein kann: "(...) There is no transition whose beginning is not the consequence - direct or indirect - of important divisions within the authoritarian regime itself, principally along the fluctuation cleavage between hard-liners and soft-liners."⁶⁴

⁶² Offe 1991;

⁶³ Huntington 1991, S.121;

⁶⁴ O'Donnell/Schmitter 1986, S.19;

Die erste Gruppe, die "hard liners" innerhalb der "elite in power", zeichnen sich vor den "soft liners" und der "counter elite" dadurch aus, daß sie "believe that the perpetuation of authoritarian rule is possible and desirable"⁶⁵, und daß sie einer Demokratisierung⁶⁶ eindeutig negativ gegenüberstehen. Sie findet man vor allem "in den repressiven Kernen des autoritären Blocks: bei der Polizei, der Rechtsbürokratie, der Zensur, bei Journalisten des ancien regime".⁶⁷

Innerhalb dieser Gruppierung existieren wiederum zwei mögliche Einstellungen:

- Der Kern der "hard-liners" besteht aus Personen, die "reject viscerally the "cancers" and "disorders" of democracy and who believe they have a mission to eliminate all traces of such pathologies from political life"⁶⁸. Diese Gruppe kann am besten mit dem von Huntington verwendeten Begriff der "standpatters" charakterisiert werden, von außen werden sie meist als "Stalinisten" oder "Breschnewisten" gesehen. Diese Gruppe der ideologisch fixierten "hard liners" ist am schwierigsten von einer Transition der autoritären Ordnung zu überzeugen, weil für sie ein materielles "by-out" aufgrund ihrer ideologischen Überzeugtheit unmöglich erscheint. Ihre Einstellung zur Demokratie ist eine negative, was sie mit der radikalen Gruppe der "counter elite" verbindet.
- Die zweite Gruppe gesellt sich der Gruppe der "hard liners" aus Opportunismus bei, sie haben keine langfristige politische Konzeption, sondern sind auf ihren eigenen Vorteil bedacht. Würde die Gruppe der "hard liners" nur aus solchen Personen bestehen, würde die Transition von autoritären/totalitären Regimen nur eine Frage des "by-outs" dieser Gruppe sein.

Die zweite Gruppierung innerhalb der "ruling elite" stellen die sogenannten "soft liners" dar, die anfangs von der ersten Gruppe nicht unterschieden werden können. Was sie schließlich zu "soft liners" macht, und wodurch sie die Homogenität der Elite aufbrechen, ist die zunehmende Einsicht, daß das Regime nicht mehr ohne eine

⁶⁵ O'Donnell/Schmitter 1986, S.16;

⁶⁶ Wenn im folgenden von Demokratisierung gesprochen wird, verstehe ich darunter ein "procedural minimum" mit "secret balloting, universal adult suffrage, regular elections, partizan competition, associational recognition and access, and executive accountability" (O'Donnell/Schmitter 1986, S.8).

⁶⁷ Przeworski 1990, S.196;

⁶⁸ O'Donnell/Schmitter 1986, S.16;

zumindest beschränkte demokratische Legitimation auskommt. Sie rekrutieren sich aus dem Staatsapparat und der Partei, aber auch aus Wirtschaftsmanagern des anciens régime. Meist können sich die "soft liners" mit ihrer Vorstellung einer kontrollierten Liberalisierung bzw. Demokratisierung am Anfang nicht durchsetzen. Der günstigste Zeitpunkt für Reformen eines autoritären Regimes ist - aus der Sicht der autoritär eingestellten Elite - die Zeit wirtschaftlicher Erfolge. Es ist ein Paradoxon der Transitionen, daß die autoritären "ruling elites" zu einem solchen Schritt meist nicht bereit sind. Das hat möglicherweise damit zu tun, daß die "soft liners" wie die "hard liners" fraktioniert sind, was ihre Durchsetzungskraft schwächt:

- "Some have gotten what they wanted from authoritarian rule and are prepared to withdraw to the enjoyment of private satisfactions.
- Others wish to see the transition stop at a limited liberalization which protects their tenure in office or their privileged access to authority.
- Still others aspire to elected positions in the emergent regime and are prepared to undertake the risk of leading down the trail to political democracy."⁶⁹

Eine ähnliche, bipolare Konstellation kennzeichnet die "counter elite". Sie unterscheidet sich von der "ruling elite" dadurch, daß diese die Macht im Staat innehat, während die "counter elite" diese erst erringen muß.

Die "counter elite" gliedert sich in die "democratic opposition" und die "revolutionary extremists". Die "democratic opposition" tritt, wie ihr Name schon sagt, prinzipiell für die Etablierung einer demokratischen Ordnung ein, während die "revolutionary extremists" einen revolutionären Umsturz befürworten, der nicht in eine Demokratie mündet. Beide Gruppen setzen sich das gemeinsame Ziel, die derzeitige Macht zu stürzen, während sie für die Zeit danach keine gemeinsamen Vorstellungen haben.

Die "democratic opposition" kann in zwei Gruppen aufgegliedert werden, die "radicals" und die "moderates". Beide unterscheiden sich kaum von ihren inhaltlichen Vorstellungen, beide Gruppen streben die Etablierung einer demokratischen Ordnung an. Was sie unterscheidet, ist die Wahl des Weges, ist die Entscheidung, wieviel Risiko die "counter elite" im Ringen mit der "elite in power" auf sich nehmen kann und soll.

⁶⁹ O'Donnell/Schmitter 1986, S.17;

Wichtig für den Transitionsprozeß ist das Verhältnis der diversen Gruppen zueinander, was ein vielschichtiges Geflecht von Interessen ergibt und einige Regeln erkennen läßt, die für den Prozeß der Transition gelten:

Die "soft liners" innerhalb der "ruling elite" und die "democratic opposition" der "counter elite" vereint das prinzipielle Streben nach einer postautoritären demokratischen Ordnung. Allerdings sind diese Gruppen meist uneins über den modus agendi der Transition.

Sowohl für die "hard liners" als auch für die "revolutionary extremists" ist eine demokratische Ordnung kein Ziel. Es vereint beide Gruppen, daß sie die demokratisch gesinnten Kräfte zurückdrängen wollen. Gelingt ihnen das, ist die Folge eine Polarisierung der Gesellschaft. Die Frage nach der Art der anti-demokratischen Ordnung entzweit sie aber mehr, als sie das gemeinsame Ziel einen könnte.

Die Voraussetzung für die Einleitung einer Transition ist die Teilung innerhalb der "elite in power". Meist erfolgt diese Störung der Homogenität des Regimes an "cleavages" zwischen den zwei beschriebenen Gruppen, den "hard liners" und den "soft liners". Erfolgt eine solche Differenzierung nicht, so kann es nach dem Transitionsmodell zu keinem Wechsel der Eliten kommen.

Das Transitionsmodell ist nicht statisch angelegt, vielmehr hängt der Verlauf der Transition von der Stärke der einzelnen Subgruppierungen zu bestimmten Zeiten ab.

Weitere Voraussetzungen für die Ablösung des "ancien regime" bzw. für eine Transition beschreibt Adam Przeworski. Es muß "1) eine Vereinbarung zwischen Reformern und Gemäßigten erreicht werden (...), Institutionen zu errichten, die den sozialen Kräften, welche sie repräsentieren, signifikante politische Präsenz erlauben; 2) (müssen) die Reformer in der Lage (sein), die Hardliner zur Zustimmung zu bewegen oder zu neutralisieren; 3) und die Gemäßigten (müssen) die Radikalen kontrollieren können."⁷⁰

⁷⁰ Przeworski 1990, S.196.;

Es muß an dieser Stelle genügen, die diversen Eliten mit ihren verschiedenen Interessen zu skizzieren. Bezüglich der Ablaufmuster der Transition (das "opening" des "ancièn regime", die "pacts", die "founding elections") verweise ich vor allem auf O'Donnell/Schmitter 1986, López-Pintor 1987, Huntington 1991, Przeworski 1991, Dahl 1991, Ágh 1991.

2.2. "bottom-up view": "civil society" und Elite

Das Konzept der "bürgerlichen Gesellschaft", der "civil society"⁷¹, besitzt bezüglich des Zusammenbruchs des kommunistischen Systems einen gewissen Erklärungswert. Warum dieses Konzept in Bezug auf Mittel- und Osteuropa von großer Bedeutung ist, erklärt George Schöplin so: "Civil society could reasonably be regarded as public enemy number one by a system that required social atomization as a necessary condition for its survival and reproduction (...)"⁷² Im folgenden wird dieses Konzept in Bezug auf Mittel-Osteuropa skizziert und auf seinen Gebrauchswert bezüglich des Elitenwechsels untersucht.

Krzysztof Michalski wies im Vorwort zum Band "Europa und die Civil Society" am Beispiel eines Lexikonartikels darauf hin, daß diesem Begriff lange Zeit nur mehr historische Bedeutung beigemessen wurde. Er erlebt jetzt seit geraumer Zeit eine Renaissance: "Er taucht (auf) im Kampf um die Freiheit, der in den Gesellschaften der sterbenden kommunistischen Imperien geführt wird - und ebenso im Kampf der westlichen Gesellschaften um mehr Selbstbestimmung".⁷³ Mit ein Grund, warum die "civil society" als normatives Konzept für die Zukunft Mittel- und Osteuropas so attraktiv ist, scheint seine Vielfältigkeit zu sein. "Civil society" kann leicht als Vehikel für diverse Ideologien und politische Vorstellungen instrumentalisiert werden.⁷⁴

Przeworskis "Gemäßigte" würden der "democratic opposition", die "Reformer" den "soft liners" und die "Radikalen" den "revolutionary extremists" unseres Modelles entsprechen.

⁷¹ zum Begriff und zur ideengeschichtlichen Entwicklung siehe: Tayler 1991;

⁷² Schöplin 1991, S.6;

⁷³ Michalski 1991, S.7f.;

⁷⁴ So warnte Richard G. Hill davor, beim Konzept der "civil society" zu übersehen, daß Geschichte vom Sieger geschrieben wird. Er stellt fest: "Ob das Civil-Society - Paradigma als eine neue Legitimationsideologie benutzt wird oder einfach eine intellektuelle 'Siegessparade' von Selbstgratulanten darstellt, muß sich erst noch erweisen" (zitiert nach: Wielgohs 1992, S.69).

Neu "entdeckt" und als theoretische Grundlage verwendet wurde das Konzept der "civil society" im kommunistischen Mittel- und Osteuropa erstmals in Polen. Dort entwickelten Intellektuelle in den 70er Jahren das theoretische Konzept, das Anfang der 80er Jahre als politische Strategie der Selbstverteidigung und Selbstorganisation der Gesellschaft von der Gewerkschaft Solidarnosc gegen den kommunistischen Staat angewandt wurde.

Obwohl die Renaissance des Konzepts der "civil society" offensichtlich in Mittel- und Osteuropa ihre Wurzeln hatte⁷⁵, begann bald darauf die westliche Forschung in einer Reihe von Veröffentlichungen dieses Thema aufzugreifen und abzutaste, inwieweit die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa mit dem Konzept der "civil society" erklärt werden können.⁷⁶ Vor allem das Buch "Europa und die Civil Society" des Wiener Instituts für die Wissenschaft vom Menschen und der Sammelband von Zbigniew Rau⁷⁷ beschäftigen sich mit der "civil society" in Bezug auf Mittel- und Osteuropa.

Um mit diesem historisch so vielschichtigen Begriff arbeiten zu können, geht es zunächst um eine Begriffsklärung. Zbigniew Raus Definition löst dieses Problem auf eine pragmatische Weise. Er sucht nach dem "kleinsten gemeinsamen Nenner" der Begriffsbestimmungen wichtiger Autoren⁷⁸. Er versucht, die gemeinsamen Elemente herauszupräparieren und kommt auf diese Weise zu einer Definition, der seiner Meinung nach der Großteil der von ihm rezipierten Autoren zustimmen würde. Für Zbigniew Rau ist "civil society" "a historically evolved form of society that presupposes the existence of space in which individuals and their associations compete with each other in the pursuit of their values"⁷⁹. Dieser Raum, in dem die Individuen einer "civil society" existieren können, liegt zwischen Staat und Familie. Von diesen beiden Polen darf die "civil society" nicht beeinflusst werden, was sich in drei Charakteristika äußert:

⁷⁵ Eine für die Renaissance des Konzepts ebenfalls wichtige Diskussion stellen die ungarischen Auseinandersetzungen über die "civil society" Ende der 80er Jahre mit Elemér Hankiss, Attila Agh, Krisztina Mánicke-Gyöngyösi,..etc. dar.

⁷⁶ Ein aktuelles Beispiel für das wiederaufgeflamte Interesse an der "civil society" von seiten des Westens stellt der Artikel "Die Rückkehr der Bürgergesellschaft" dar (Kleger 1992).

⁷⁷ Michalski 1991; Rau 1991;

⁷⁸ Rau beruft sich u.a. auf Hobbes, Lock, Ferguson, Paine, Hegel, Tocqueville, Marx und Gramsci.

⁷⁹ Rau 1991, S.4;

- Individualität
- Markt-Orientierung
- Pluralismus

Es existieren fünf Sphären des sozialen Lebens, die für die "civil society" offen sein müssen:

- Ökonomie
- Kommunikation
- Politik
- Erziehung, Wissenschaft, Kultur
- religiöses Leben

Die Existenz einer "civil society" baut grundsätzlich auf einem normativen Konsens ihrer Mitglieder auf. Dieser Konsens umfaßt sowohl die zentralen moralischen Werte als auch die Verhaltensregeln einer Gesellschaft. Dabei sind laut Rau drei Zustände vorstellbar:

- Wenn das normative System von Staat und "civil society" dasselbe ist, so herrscht Harmonie vor, weil die Ziele dieselben sind.
- Sind normatives System von Staat und "civil society" nicht ident, wenn sie also auf zwei verschiedenen normativen Grundlagen agieren, so gewinnt eines der beiden Systeme die Überhand. Dominiert das System des Staates über das der "civil society", so ergibt sich eine "Hegelsche Konstellation".
- Dominiert aber die "civil society" über das normative System des Staates, so beschreibt John Locke diesen Idealtypus am besten (Lockesche Konstellation).⁸⁰

Die Installierung der Sowjet-Systeme in den Staaten Mittel- und Osteuropas kann als die Verwirklichung der "Hegelschen Konstellation" betrachtet werden. Der Staat ersetzt die normative Ordnung der Gesellschaft durch eine neue, vom ihm geschaffene.

⁸⁰ ebenda;

Als ersten Schritt versuchte der Staat, die für die "civil society" charakteristischen freiwilligen Assoziationen zu zerschlagen. Sämtliche Institutionen wurden entweder unter staatliche Kontrolle genommen⁸¹ oder aufgelöst. Im weiteren wurden selbst apolitische Vereinigungen dazu verwendet, die neuen normativen Grundlagen des Staates zu propagieren. Dieser erste Schritt, die Zerschlagung oder Inkorporation der Institutionen, der sichtbaren Formen der "civil society", war in den Staaten des ehemaligen Sowjetblocks durchgehend erfolgreich.

Der zweite Schritt zum Erreichen des Zieles, der Auslöschung der "civil society", war schwieriger durchzuführen. Da die "civil society" ihre Wurzeln im normativen System der Gesellschaft hat, mußte versucht werden, das Bewußtsein der Bevölkerung zu verändern. So wurden alle Menschen, die verdächtigt wurden, "vorkommunistische" Einstellungen zu haben, isoliert oder vernichtet.

Ein erhellendes Beispiel waren die mit großem Aufwand verbundenen Bemühungen der sowjetischen "ruling elite", einen neuen Menschen - den "Homo Sowjeticus" - zu kreieren. Wie wenig erfolgreich diese Versuche waren, zeigte sich deutlich nach der Implosion der Sowjetunion in den kaukasischen und mittelasiatischen Kriegen.

Diese zwei Komponenten der Auslöschung der "civil society", die Rau analysiert, die Zerschlagung ihrer Institutionen und die von oben versuchte Änderung des normativen Systems, finden sich in modifizierter Form auch bei anderen Autoren wieder. So unterscheidet Ralf Dahrendorf zwischen dem Abbau sozialer Organisationen und Institutionen und der Aufhebung der Rechte des Volkes, die im Endeffekt auf das Verbot freier Meinungsäußerung und damit indirekt auf eine versuchte Änderung des Normensystems hinausläuft⁸².

Wenn man weiterhin bei den Termini Zbigniew Raus bleibt, so stellt der Zusammenbruch der Staaten des Sowjetblocks die Wiederherstellung des von Locke beschriebenen Zustandes der Dominanz der "civil society" über den Staat dar. Es stellt sich die Frage, warum es trotz jahrzehntelang andauernder, massiver Versuche

⁸¹ Die Inkorporation der Organisationen der "civil society" geschah durch geschickte Infiltration oder erzwungene Führungswechsel.

⁸² Interessant ist sein Vergleich mit dem Ende der Weimarer Republik. Der Unterschied zu Mittel- und Osteuropa besteht für Dahrendorf darin, daß hierbei die Änderungen weitgehend von außen, von der Sowjetunion herbeigeführt wurden (Dahrendorf 1991, S. 247 ff.).

dem Staat nicht gelang, die "civil society" vollständig auszulöschen. Die Beantwortung dieser Frage könnte den Zusammenbruch des Sowjetsystems erklären.

Der Prozeß des Wiederentstehens der "civil society" begann dort, wo der Staat bei der Zerstörung nicht vollständig erfolgreich war, nämlich beim Bewußtsein. Dieses kollektive Bewußtsein mit "vorkommunistischen" Normen war so stark, daß es sich über Generationen hinweg und trotz feindlicher Umwelt in den Menschen erhalten hatte. Wie wurden diese Normen tradiert, wo es offiziell diese Werte nicht mehr geben durfte ? Rau sieht vor allem in der nationalen Geschichte und Literatur, die in der Familie mündlich weitergegeben wurden, die Hauptkanäle für das Überleben des "vorkommunistischen" Normensystems.⁸³

Darüber, daß auf das Ende des Sowjetblocks ein Rückgriff auf eine (teilweise erfundene) präkommunistische Geschichte folgte, besteht weitgehend Übereinstimmung⁸⁴. Bei Rau ist dieser Rückgriff nicht die Folge der Implosion in Mittel- und Osteuropa, sondern umgekehrt: Das Festhalten an "präkommunistischen" Normen ist ein entscheidender Auslöser für den Zusammenbruch des Sowjetblocks.

Als ersten Schritt eines Prozesses, der schließlich zum Zusammenbruch führte, wäre die Identifizierung einzelner mit den Werten einer "civil society" zu sehen, der zweite Schritt ist die Implementierung dieser Haltung in die politische Praxis. Damit traten diese Normen aus dem engen Kreis der Familien oder Freundeskreise heraus und gewannen Relevanz im öffentlichen Leben.

Die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Staat auf der einen und "civil society" auf der anderen Seite wird deutlich, wenn der geschichtliche Ablauf des kommunistischen Experiments analysiert wird.

In der Periode des Stalinismus war der Staat entschlossen, mit allen Mitteln gegen das Entstehen solcher Gruppen vorzugehen. Zum Willen kam in dieser Zeit noch die Möglichkeit, unabhängige Aktivitäten zu unterbinden. Diese Periode des Stalinismus,

⁸³ Rau 1991;

⁸⁴ Siehe dazu z.B. Transit, 1991/2, in dem sich unter dem Titel "Die Rückkehr der Geschichte" Autoren wie Jerzy Jedlicki, Marcin Krol, Miklos Szabo, Juri Afanassjew oder Steven Beller mit dem Phänomen des Rückgriffs auf eine (erfundene) präkommunistische Geschichte beschäftigen.

in der das kommunistische System in seiner eigenen Logik effektiv arbeitete, endete in der Sowjetunion und im kommunistischen Mitteleuropa mit dem Tod Stalins 1953 bzw. mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, in der Tschechoslowakei Mitte der 60er Jahre und in Albanien gar erst 1990.

Sobald aber eine der zwei notwendigen Komponenten zur Unterdrückung der "civil society" nicht mehr vorhanden war, als der Staat nicht mehr über die Mittel zur Repression verfügte oder keinen entschlossenen Willen mehr zeigte, entstanden erstmals Möglichkeiten zur Organisation außerhalb der staatlichen Kontrolle. Mit dem Ende des Stalinismus wurden die Strafen für Versuche, sich außerhalb des staatlich kontrollierten Bereichs zu organisieren und zu betätigen, milder. Nicht mehr die physische Vernichtung drohte, sondern "nur" mehr psychische Repression, Gefängnis oder Verlust des Arbeitsplatzes.

Sichtbar gemacht wurde dieser Wandel durch das Entstehen von Dissidentengruppen, erstmals in den 60er Jahren in Rußland. Sobald es durch die Lockerung der staatlichen Repression zur Entstehung von ersten, außerhalb des kontrollierten Bereichs agierenden Gruppen kam, war der Staat nicht mehr in der Lage, diese Entwicklung durch erneute Anwendung von Gewalt rückgängig zu machen. So etwa wurde in Polen im November 1982 zwar die Solidarnosc-Bewegung von der Staatsführung verboten, aber sie existierte im Untergrund weiter und spielte Ende der 80er Jahre beim Umbruch eine entscheidende Rolle. Der nach der Stalinistischen Periode entstandene, in den Staaten des Sowjetblocks unterschiedlich große Freiraum ermöglichte die Rückkehr der drei für charakteristisch gehaltenen Komponenten der "civil society", der individuellen Werte, des Marktes und des Pluralismus."(...)In the last three decades civil society in Eastern Europe has reemerged from nothingness and managed to overcome the Marxist-Leninist system"⁸⁵.

2.3. Stabilisierungsstrategien der neuen Eliten

Sobald eine neue Gruppe - vor allem, wenn sie durch radikale, rasche Veränderungen an die Macht gekommen ist - an die Spitze der Staatshierarchie vordringt, wird sie aus Gründen der Selbsterhaltung und Reproduktion ihrer

⁸⁵ Rau 1991, S.17;

Herrschaft versuchen, die errungenen Positionen abzusichern. Im folgenden wird versucht, die verschiedenen Stabilisierungsstrategien zu differenzieren und zu kategorisieren, um im typologischen Teil mit diesem Modell arbeiten zu können.

Theoretische Ansätze über die Stabilisierung von neuen "ruling elites" existieren kaum. Als einer der ersten hat sich Niccolò Machiavelli im "Il Principe" mit der Frage befaßt, wie ein Herrscher, der durch reine "virtù" an die Macht gekommen ist, seine Macht absichern kann. Auch den neuen "ruling elites" in Mittel- und Osteuropa ist die Herrschaft ohne viel Zutun in den Schoß gefallen.

Zeithistoriker beschäftigten sich mit Stabilisierungsstrategien in Bezug auf die "Entnazifizierungen". Eng damit zusammen hängt die Problematik der "Vergangenheitsbewältigung"⁸⁶ oder "Aufarbeitung der Vergangenheit". Ich werde im weiteren nur auf die von den Eliten zur Stabilisierung instrumentalisierte "Aufarbeitung" eingehen.⁸⁷

Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller nehmen eine Kategorisierung in vier Grundformen "politischer Säuberung" vor, die sich vor allem auf den Prozeß der Abrechnung mit dem Nationalsozialismus beziehen.⁸⁸ Unter "politischer Säuberung" versteht Henry Rousso zwei zusammengehörige Vorgänge: zum einen die "Aburteilung bestimmter Kader des alten Regimes für Verbrechen, von denen sie Kenntnis gehabt haben konnten oder mußten, zum anderen die Entfernung bestimmter verantwortlicher Personen von den Schaltstellen der Politik und der Wirtschaft im Interesse der Stabilisierung der neuen Regierung"⁸⁹. Nun umfassen die Strategien zur Machterhaltung der neuen Eliten aber eine größere Skala als die der "politischen Säuberungen". Für eine erste Differenzierung eignet sich diese Unterscheidung dennoch:

- Den ersten Typus stellt die "wilde" Säuberung dar. Darunter versteht man die unkontrollierte Massenhinrichtung ohne rechtsstaatliche Legitimation, wie

⁸⁶ Der Begriff "Vergangenheitsbewältigung" erscheint von seiner Bedeutung her nicht sinnvoll, daher verwende ich im folgenden den Begriff "Aufarbeitung der Vergangenheit".

zur Begriffsproblematik siehe: Maislinger 1992;

⁸⁷ zur moralischen Komponente der "Aufarbeitung der Vergangenheit" siehe z.B.: Habermas 1991; Offe 1992; Klessmann 1991; Ash 1990;

⁸⁸ Henke/Woller 1991, S.7ff;

⁸⁹ Rousso 1991(1), S.187;

sie z.B. in Frankreich nach dem Zusammenbruch des Vichy-Regimes stattfand ("epuration sauvage")⁹⁰. In den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks fand nach dem Zusammenbruch des Kommunismus keine gewalttätige Abrechnung außerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens statt⁹¹, war doch die Gewaltlosigkeit ein herausragendes Merkmal des Systemwechsels.

- Als zweiten Typus führen Henke/Woller die justizielle Säuberung an, also die "gerichtliche Ahndung auf der Grundlage des Strafrechts"⁹². In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob eine Verurteilung aufgrund von rückwirkenden Sondergesetzen, wie sie zur Aburteilung von NS-Verbrechern beschlossen wurden, wegen ihrer rechtsstaatlichen Problematik noch in diese Kategorie fällt. Bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit etwa verzichteten die Deutschen auf rückwirkende Gesetze, um Zugriff auf ehemalige kommunistische Funktionäre zu erhalten. In Deutschland half man sich damit, daß man Funktionäre aufgrund anderer Rechtsverletzungen - zum Beispiel der Veruntreuung von Geldern oder lange zurückliegender Vergehen wie im Fall Mielke - vor Gericht stellte.
- Durch die bürokratische Säuberung will sich die neue "ruling elite" von den Personen im Staats- und Wirtschaftsapparat befreien, die eine Gefahr für die neue demokratische Gesellschaftsordnung darstellen könnten. Dieser Typ trat v.a. in Deutschland und Italien auf, weil in diesen Ländern der Nationalsozialismus aus eigener Kraft die Macht übernommen hatte, was bedeutet, daß die Durchdringung der Gesellschaft mit totalitärem Gedankengut sehr hoch war. In den beiden Ländern wurden Spruchkammern außerhalb des normalen Justizapparats konstituiert und mit Sanktionsvollmachten ausgestattet. Die Situation in beiden Ländern war insofern grundlegend anders als heute in den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks, weil der Druck zur Entnazifizierung vor allem von außen, von den Besatzungsmächten kam. Der "westliche" Druck auf die Staaten Mittel- und Osteuropas zur "Entkommunisierung" ist zwar vorhanden, kann aber keineswegs gleichgesetzt werden mit dem Einfluß der Siegermächte auf die "Entnazifizierung" in Deutschland nach 1945.
- Der vierte Typus bezieht sich ausschließlich auf das Gebiet, das nach dem Zweiten Weltkrieg in den Einflußbereich der Sowjetunion kam. War die Absicht in den von Westmächten besetzten Gebieten die

⁹⁰ siehe dazu auch Rousso 1991(2), S.192 ff.;

⁹¹ Eine gewisse Ausnahme bildet dabei Rumänien.

⁹² Henke/Woller 1991, S.11 ff.;

Wiederherstellung einer demokratischen Gesellschaft, so ging es in Mittel- und Osteuropa hauptsächlich um die Etablierung von Regimen nach sowjetischem Vorbild. Deshalb nennen Henke/Woller diesen vierten Grundtypus die instrumentalisierte politische Säuberung. Unter dem Vorwand der Abrechnung wurde mehr und mehr die ursprüngliche Intention zurückgedrängt, immer mehr wurde die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus dazu instrumentalisiert, ganze gesellschaftliche Gruppen auszugrenzen und zu entmachten.

Einen anderen, wichtigen Teilbereich möglicher Strategien beschreibt Claus Offe, wenn er über "Strategien rechtlicher 'Vergangenheitsbewältigung' in nachkommunistischen Gesellschaften" nachdenkt. Offe beschreibt "Effekte 1.Ordnung", die darauf abzielen, daß "der Täter (...) seiner angemessenen Strafe zugeführt, und das Opfer (...) in seine Rechte wiedereingesetzt werden (soll)". Die "Effekte 2.Ordnung" hingegen sollen bewirken, daß "die Wiederherstellung des Vertrauens in die Rechtsordnung, die Befriedung und Zivilisierung politischer Konflikte, die Versöhnung mit der individuellen und kollektiven Vergangenheit sowie die Pflege und Ermutigung seiner demokratischen politischen Kultur" erreicht wird⁹³. Die "Effekte 2.Ordnung, die rechtlichen Strategien also, sollen mithelfen, die "Effekte 1.Ordnung" zu erreichen. Über beide Effekte führt der Weg zur von Offe angestrebten "Vergangenheitsbewältigung".

Die drei möglichen rechtlichen Strategien erhält Offe, indem er die Differenzierung Täter - Opfer mit den Möglichkeiten des Straf- und Zivilrechts kombiniert:

- Durch das Zivilrecht können den Trägern des alten Regimes begrenzt ihre bürgerlichen Rechte abgesprochen werden, was Offe DISQUALIFIZIERUNG nennt. Daraus ergibt sich das rechtliche Problem, daß sie gemäß dem Rechtsgrundsatz "nulla poena sine lege" aufgrund des früher geltenden Rechts bewertet werden müssen. Würde dieser Rechtsgrundsatz aufgehoben, so müßte - ähnlich wie bei den Nürnberger Prozessen - eine Rekursion auf das Naturrecht konstruiert werden. Problematisch dabei erscheint die notwendige kollektive Aburteilung, Einzelverfahren sind aufgrund der großen Zahl nicht möglich. Hierbei widerspricht sich Offe selbst, denn schon eine kollektive zivilrechtliche

⁹³ Offe 1992, S.146;

Strafe ist rechtlich zumindest fragwürdig, weil rückwirkend. Die Disqualifizierung teilt mit der "bürokratischen Säuberung" von Henke/Woller das Dilemma, daß ein kompletter Austausch der Administration ohne bereitstehenden Ersatz in Bezug auf das Funktionieren des Staates dysfunktional ist.

- Über das Zivilrecht kann den Opfern des alten Regimes durch ENTSCHÄDIGUNGEN geholfen werden. Offe bezieht sich vor allem auf die materielle Kompensation und Restitution, aber für die Stabilisierungsstrategien der neuen Eliten spielt auch die psychologische Wirkung von Entschädigungen eine Rolle.
- Eine strafrechtliche Verfolgung und BESTRAFUNG der Delikte im alten Regime ist die dritte mögliche Strategie.

Offes Versuch einer Systematisierung zeigt sehr deutlich die Widersprüchlichkeit dieser Strategien auf. Er glaubt, daß nur eine Kombination von allen drei Handlungsoptionen - der Disqualifizierung, der Entschädigung und der Bestrafung - zum gewünschten Resultat führen kann. Offes Kategorisierung ist ein nützlicher Versuch, hat aber die "Vergangenheitsbewältigung" zum Ziel. Diese dient zwar der Systemstabilisierung, macht sie aber nicht im Gesamten aus.

Der Versuch um Stabilisierung der neuen "ruling elites" ist zumindest ein doppelter: Er richtet sich gegen die alte Elite, nennen wir sie "elite no more in power", die noch einflußreiche Sympathisanten in der mittleren und unteren Administration haben kann. Andererseits richtet sich die Stabilisierungsstrategie gegen die in einem demokratischen System eventuell neu entstandene Opposition, gegen eine neue "elite not yet in power".

Zwei Instrumente stehen der an die Macht gekommenen "elite in power" gegen die "elite no more in power" zur Verfügung:

1. AUSTAUSCH DER ADMINISTRATION

Aus der Sicht der neuen "ruling elite" muß verhindert werden, daß die "elite no more in power" versucht, erneut an die Macht zu kommen. Das kann geschehen, wenn die nach dem revolutionären Umbruch entstandenen Legitimation der neuen "ruling elite" nachläßt. Auch gravierende wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Transitionsphase

können die Stellung der neuen Elite erschüttern. In Mittel- und Osteuropa gelang es erst der ehemaligen KP Litauens, auf demokratischen Weg zurück an die Macht zu kommen, weshalb vom "Litauen-Effekt" gesprochen wird. Das zu verhindern, ist vor allem durch einen breit angelegten Austausch der mittleren und unteren Administration in Politik, Verwaltung, Medien, Erziehung,...etc. möglich. Das hat den zusätzlichen Vorteil, daß die Macht gegen eine eventuell neu entstandene "counter elite" abgesichert wird. Dieses Mittel entspricht Offes "Diskriminierung" bzw. der "bürokratischen Säuberung" nach Henke/Woller mit dem Unterschied, daß dabei keine außerhalb des Justizapparats gestellten Spruchkammern etabliert werden, sondern sich die "ruling elite" an das geltende Recht hält.

2. STIGMATISIERUNG

Eine mögliche Begleitmaßnahme für den Austausch der mittleren und unteren Administration ist die politisch motivierte Stigmatisierung der alten "ruling elite". Das geschah, indem die begangenen Verbrechen im Sowjetsystem ausführlich dargestellt oder Symbolfiguren der alten Elite vor Gericht gestellt wurden. Dagegen werden die "Verdienste" der Reformkommunisten bei der Transition - etwa in Ungarn - möglichst nicht erwähnt. Dadurch wird bewirkt, daß die "elite no more in power" politisch stigmatisiert wird und nicht nach einiger Zeit ein "comeback" auf die politische Bühne versucht, wie es in Litauen gelungen ist.

Der Austausch der Administration und die politische Stigmatisierung als Stabilisierungsstrategie erfüllen gegenüber der alten Elite drei Funktionen:

1. SICHERHEITSFUNKTION

Es wird für die alte "ruling elite" schwieriger, auf demokratische oder undemokratische Weise erneut an die Macht zu kommen. Damit erhöht sich für die neue Elite die Sicherheit, an der Macht zu bleiben.

2. FUNKTION DES SOZIALEN REGULATIVS

In Zeiten der Transition treten soziale Spannungen auf, die das neue Regime in seiner Existenz bedrohen. Diese Spannungen gilt es aufzufangen und zu kanalisieren. Eine zweite für die "elite in power" wünschenswerte Funktion ist das Unterbinden von privaten

Rachefeldzügen von Leuten, die entweder dem Staat eine effiziente Bestrafung nicht zutrauen oder die damit nicht warten wollen. So kam es in Frankreich 1944/45 zu den "epuration sauvage", denen Tausende von Menschen zum Opfer fielen.

3. STEIGERUNG DER POLITISCHEN LEGITIMATION

Die Steigerung der politischer Legitimation der neuen "ruling elite" stellt die dritte stabilisierende Funktion dar. Durch die richtige Vorgangsweise und richtige "Härte" beim Austausch der Administration und der Stigmatisierung der "elite no more in power"⁹⁴ kann die neue Elite seine Legitimation bei der Bevölkerung ausbauen. Das ist wichtig, weil nach Revolutionen oder Systemwechseln für kurze Zeit die Legitimation des neuen Regimes hoch ist, nach kurzer Zeit aber rapide sinkt, wenn sich nicht schnell Erfolge zeigen. Zur Legitimationssteigerung trägt zudem bei, wenn den im "Ancièn regime" Unterdrückten und Verfolgten das Gefühl gegeben wird, richtig gehandelt zu haben und jetzt dafür "belohnt" zu werden.⁹⁵

Die Mittel, die der neuen "elite in power" gegen die neue "elite not yet in power" zur Verfügung stehen, sind - falls im politische System schon demokratische Spielregeln etabliert sind - grundsätzlich die der parlamentarischen Demokratie. Zusätzlich steht, vor allem in der Phase der Transition und kurz danach, der "elite in power" ein zusätzliches Instrumentarium zur Verfügung:

1. DURCHSETZUNG DER ADMINISTRATION

Die Durchsetzung der Administration mit "eigenen" Leuten zur Machtstabilisierung steht in direktem Zusammenhang mit dem Austausch der Administration als Instrument gegenüber der "elite no more in power". Tauscht man die mittlere und untere Administration aus, um der alten

⁹⁴ Was die richtige Vorgangsweise ist, unterscheidet sich von Staat zu Staat. Was für die ehemalige DDR richtig war, kann z.B. für Rumänien völlig falsch sein.

⁹⁵ Timothy Gordon Ash hält es für eine "Frage der sozialen Gerechtigkeit": "Ist es gerecht, so fragen sich viele, daß diejenigen, die unter den Kommunisten bequeme Büroposten innehatten, diese auch heute noch behalten, während der kleine Mann seinen Gürtel immer enger schnallen muß ? Ist es gerecht, daß die Angehörigen der Nomenklatura die unklaren gesetzlichen Bestimmungen zur Privatisierung dazu ausnützen, als Kapitalisten die Betriebe zu übernehmen, die sie zuvor als Kommunisten kommandiert haben ?" Doch auch Ash räumt ein, daß "andererseits (...) die Erfordernisse der Gerechtigkeit denen der Effizienz entgegenstehen" (Ash 1990, S.11).

Elite die letzte Machtbasis zu entziehen, so setzt die neue Elite Leute auf diese Posten, die sie für "auf ihrer Seite stehend" hält. Eine wichtige Rolle spielt neben der politischen und wirtschaftlichen Administrative die Kontrolle über die Massenmedien.

2. FINANZIELLE VORSORGE

Ein anderes Mittel stellt die finanzielle Absicherung der "elite in power" für mögliche Zeiten der Opposition dar. Neue "ruling elites" in Transitionsprozessen laufen Gefahr, aufgrund der schwierigen Bedingungen nach Etablierung einer parlamentarischen Demokratie abgewählt zu werden. Für sie ist es wichtig, durch legale oder illegale Maßnahmen in ihrer Regierungszeit finanzielle Vorsorge für später zu treffen.

Die daraus resultierenden Funktionen sind einerseits ein auf längere Frist gesicherter Machterhalt der "elite in power" durch eine starke Basis, andererseits kann die neue Elite "ihre" Anhänger mit attraktiven Arbeitsplätzen versehen, sie damit zufriedenstellen und sie damit an sich binden.

III. TYPOLOGISCHER TEIL

1. Determinanten des Elitenwechsels

1.1. Ausprägung der "counter elite"

Die erste Determinante für eine Typologie des Elitenwechsels liefert der Ansatz der "civil society". Ein Elitewechsel kann nur stattfinden, wenn eine "counter elite" vorhanden war, die die alte Elite an der Macht ablöst. Das hängt mit den Freiräumen zusammen, die das Regime Andersdenkenden einräumte. War der unkontrollierte Raum groß genug, so konnte sich eine "counter elite" bilden. Nach dem Umbruch war diese neue Elite imstande, die alte "ruling elite" in relativ kurzer Zeit abzulösen. War das Regime so beschränkend, daß sich nicht einmal Ansätze einer Elitebildung außerhalb der regierenden kommunistischen Partei und ihrer Nomenklatura zeigten, so ist ein Elitenwechsel - im Sinne eines Machtwechsels von einer zur anderen Elite

im Rahmen der Transitionsmodelle - von vornherein unmöglich. In Ländern ohne "counter elite" ist nur ein signifikanter Wechsel innerhalb der "ruling elite", ein "eliteninterner" Wechsel, möglich.

Für die Analyse, welche Staaten es zuließen, daß sich eine "counter elite" entwickeln konnte, ist das Konzept der "civil society" nützlich. Wie stark eine "civil society" in einem Staat ausgeprägt war, läßt darauf schließen, ob sich eine "counter elite" etablieren konnte. Die erste Determinante für eine Typologisierung des Elitenwechsel lauten: War/ist die "civil society" so stark ausgeprägt, daß es zur Bildung einer potenten "counter elite" kommen konnte ?

Wenn von der "Stärke" der "counter elite" gesprochen wird, so ist das relativ - auf die Staaten des Sowjetblocks bezogen - zu verstehen. László Bruszt und David Stark beschreiben den Umbruch treffend als eine Situation, in der schwache Staaten schwachen Gesellschaften gegenüberstanden. "Instead of powerful party-states, this view sees cumbersome but weak bureaucracies, ineffective for achieving the goals of economic growth and social integration, headed by demoralized leaders whose belief in their own ideologies had withered apace with the exhaustion of their political and economic programs.(...) Of course, the citizenry of Eastern Europe did act in 1989. But, with the exception of Poland, these were extraordinarily weak civil societies without organizations strongly rooted in the citizenry, without leaders experienced in national politics, without elaborated economic and social programs, and without deeply engrained traditions of democratic habits and practices"⁹⁶. Dennoch existierten zwischen den Staaten des Sowjetblocks erhebliche Unterschiede bezüglich der Ausprägung ihrer "civil society", auch wenn sie nie die Stärke "westlicher" Gesellschaften erreichten. Im einem vorläufigen "ranking" nach der Stärke der "civil society" nehmen Bruszt/Stark folgende Einteilung vor:

- Polen
- Ungarn
- Deutsche Demokratische Republik
- Tschechoslowakei
- Bulgarien
- Rumänien

⁹⁶ Bruszt/Stark 1992, S.14;

- Albanien⁹⁷

Zu ähnlichen Resultaten kommt Zbigniew Brzezinski. Er konstatiert 1989 eine aktive politische Opposition in Polen, eine etwas weniger aktive in Ungarn und Jugoslawien, geringe Opposition in der DDR und in der CSSR, in Rumänien und Bulgarien fehlt eine aktive Opposition.⁹⁸

1.2. Homogenität der "ruling elite"

Das Transitionsmodell liefert die zweite Determinante der Typologie mit der Feststellung, daß eine Transition nur dann eingeleitet werden kann, wenn die "ruling elite" inhomogen ist. Im zweiten Schritt ist es somit nötig, die Frage zu beantworten, ob sich in der Zeit der kommunistischen Herrschaft innerhalb der "ruling elite" eine längerfristige Spaltung ausgebildet hat. War die regierende Elite homogen oder war sie in verschiedene Gruppen aufgesplittert? Wichtig im Sinne der Transitionstheorien ist dabei die Frage, ob innerhalb der "ruling elite" eine Differenzierung in "hard liner" und "soft liner" festzustellen war. Meistens bildet sich vor Transitionen eine Spaltung an diesen "cleavages".

Diese Frage erscheint nur sinnvoll für Staaten, in denen sich eine "elite not yet in power" entwickeln konnte. Denn wenn keine Gegenelite vorhanden ist, stehen die einflußreichen Interessensgruppen einer Gesellschaft innerhalb der "ruling elite", die damit von vornherein inhomogen ist.

2. Typologie

Im folgenden soll untersucht werden, wie der Elitenwechsel in den einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas vor sich ging. Als Analyseinstrument werden die Konzepte der Transition und der "civil society" verwendet. Ziel der Einzelbeschreibung wird es sein, die Staaten aufgrund ihrer Charakteristika in Gruppen einzuteilen. Das erfolgt, indem

⁹⁷ Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien) werden in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

⁹⁸ Brzezinski 1989, S.267;

die oben beschriebenen Fragen über Stärke der "counter elite" und Homogenität der "ruling elite" beantwortet werden.

2.1. Der paktierte Elitenwechsel

In die Gruppe mit paktiertem⁹⁹ Elitenwechsel fallen jene Staaten, in denen vor der Transition die "civil society" Raum und Zeit genug hatte, sich auszubilden, und deren alte "ruling elite" sichtbar inhomogen war. Ein Charakteristikum des "paktierten" Elitenwechsels sind lange und folgenreiche Verhandlungen zwischen Teilen der alten und neuen "ruling elite". Dieser Prozeß des "bargaining" fand in den meisten Staaten seinen Ausdruck in der Etablierung und nachhaltigen Wirkung von "Runden Tischen".

a.) Ungarn

Ungarns politische Elite war, wie in allen Ländern des Sowjetblocks, determiniert durch das Prinzip der Nomenklatura, der politischen Vergabe von Führungspositionen.¹⁰⁰ Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) war von der Struktur her ähnlich aufgebaut wie ihr sowjetisches Vorbild, die KPdSU. Das Zentralkomitee, das Politbüro und das Sekretariat der MSZMP waren die Gruppen, die als oberste in der Hierarchie das System der ungarischen Nomenklatura steuerten. Die Abhängigkeit von Moskau verstärkte der Umstand, daß von 1945 bis zum Volksaufstand 1956 durchgehend Mátyás Rákosi an der Spitze der MSZMP stand. Rákosi und die ihn umgebende Gruppe waren hauptsächlich Moskau verpflichtete Berufsrevolutionäre. Die "Nationalkommunisten", die auf Ungarn orientierten Kommunisten, fielen den von Moskau aus gesteuerten Schauprozessen zum Opfer.¹⁰¹

Zusammen mit weiteren, untergeordneten Parteiorganisationen kontrollierten das Zentralkomitee, das Politbüro und das Sekretariat etwa 460.000 Posten, 1/9 der Gesamtarbeitsplätze Ungarns. Die meisten dieser Arbeitsplätze wurden jedoch von

⁹⁹ "paktieren, e. Vertrag schließen, gemeinsame Sache machen" (Kienle, R.v.: Fremdwörterlexikon, Hamburg 1982);

¹⁰⁰ zur allgemeinen Geschichte Ungarns siehe: Lendvai 1986, Hanák 1988;

¹⁰¹ So wurde 1949 der kommunistische Innen- bzw. Außenminister László Rajk mit anderen führenden Politikern als "titoistisch-imperialistischer Agent" gebrandmarkt und hingerichtet (siehe: Lendvai 1986, S.56).

lokalen oder Parteiorganisationen der mittleren Ebene, vielfach auch an Nicht-Parteimitglieder vergeben. Etwa 5.000 Posten hatte das Parteizentrum, die 200 wichtigsten das Zentralkomitee selbst unter direkter Kontrolle.

Der Volksaufstand 1956 und seine Niederschlagung hatte entscheidende Folgen für die ungarischen Eliten. Damit kam den kommunistischen Führern die ideologische Treibkraft abhanden, oder wie György Dalos es ausdrückte: "Anders als in manchen osteuropäischen kommunistischen Parteien, wo ein bestimmter Fanatismus vorhanden war, hegte die ungarische Parteiführung nach 1956 kaum noch eine Illusion über die Gesellschaft, die sie zu führen hatte."¹⁰² Das bedeutet in der Terminologie des Transitionsmodells, daß die Gruppe der "standpatters" nach 1956 in Ungarn kaum mehr Einfluß hatte bzw. gar nicht mehr vorhanden war. Kaum jemand innerhalb der "ruling elite" glaubte mehr daran, daß eine Prolongierung des autoritären Systems anstrebenswert ist. Warum aber kam es in dieser Situation in Ungarn nicht früher zu einer Transition ? Die Gruppe der "standpatters" war zwar in Ungarn nicht mehr vorhanden, dafür ersetzte die Moskauer Parteiführung diese Gruppierung im Transitionsmodell. Es kam zu einer "Auslagerung" der "hard liners" nach Moskau oder zu einer beschränkten externen Kontrolle der "ruling elite", wodurch verhindert wurde, daß die dominanten "soft liners" die Demokratisierung einleiteten. Spätestens nach dem Einmarsch der Armeen des Warschauer Pakts in Prag 1968 war klar, daß eine Demokratisierung in Ungarn ebenfalls eine sowjetische Intervention zur Folge haben würde.

Mit Janos Kádár¹⁰³ kam ein Mann an die Spitze der MSZMP, der erstens nicht so sehr an Moskau gebunden war und zweitens versuchte, trotz anfänglicher Gewaltanwendung äußerst langsam auf einen Weg der gemäßigten Liberalisierung, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, einzuschwenken. Für die politischen Eliten Ungarns bedeutete diese Entwicklung einen ständigen Balanceakt zwischen dem nach 1956 noch stärker werdenden Druck der Sowjetunion und den Anforderungen der eigenen Bevölkerung andererseits, ein Balanceakt, dessen Resultat mit dem Ausdruck "Gulaschkommunismus" titulierte wurde.

¹⁰² Dalos 1991, S.194;

Diese Ansicht über die desillusionierten kommunistischen Eliten teilt auch György Konrád, wenn er etwa im Buch "Antipolitik, Mitteleuropäische Meditationen" ein Kapitel mit "Nüchterne Elite" überschreibt (Konrád 1984).

¹⁰³ zur Person Kádárs und einem originellen Vergleich mit Gabriel Bethlen siehe: Oplatka 1989 ;

Aus den Erfahrungen des Volksaufstandes lernte die politische Elite, "konsensfähigere und für die breite Bevölkerung tragbarere Lösungen zu finden, ohne dabei das nicht hinterfragbare sowjetische Modell antasten zu müssen", wie József Bayer schreibt. Bayer sieht das Kádársche Ungarn als einen liberalen paternalistisch-autoritären sozialistischen Wohlfahrtsstaat. In diesem System des "Kádárismus" sei es nach seiner Interpretation zu einer "evolutionären Anhäufung von systemfremden, latent pluralistischen Elementen" gekommen, bei der die Perestroika nur mehr als auslösender Katalysator dienen brauchte.¹⁰⁴

Für die regierenden politischen Eliten bedeutete das, daß durch das faktische Aufgeben des ideologischen Monopols die Entwicklung einer Gegenelite ermöglicht wurde. Gemeinsam mit Polen war Ungarn das Land, in dem sich am ehesten eine "civil society" etablieren konnte. Die geistige Freiheit war zwar keineswegs voll gegeben, aber doch soweit, daß sich kritische Intellektuelle immer mehr in den öffentlichen Diskurs einschalten konnten. Dazu kam auf dem wirtschaftlichen Sektor die Etablierung einer überaus starken "Schattenwirtschaft"¹⁰⁵, die mithilfe, den vom Regime nicht kontrollierten Raum auszudehnen.

Der allerletzte Versuch, diese Entwicklung unter Kontrolle zu bringen, waren die Wirtschaftsreformen Kádárs Ende der 60er Jahre, war der Versuch, eine Art Staatskorporatismus zu etablieren¹⁰⁶. Als allerdings kurz darauf diese wieder zurückgenommen wurden, richtete sich die ungarische Elite ohne weitere Änderungsversuche in der Schizophrenie zwischen Machterhalt und Druck der Sowjetunion ein. Bezeichnend für die politischen Eliten unter der langen Herrschaft János Kádárs war die Tatsache, daß "sie manchmal selbst zugegeben haben, an das Ganze nicht mehr zu glauben", was sie laut György Dalos auch "erträglicher als die anderen osteuropäischen Herrscher" gemacht hatte.¹⁰⁷

Rudolf L. Tökés weist darauf hin, daß "the most puzzling aspect of Hungary's two-year (1988-1990) process of transition which culminated in free elections and the change of the system was the virtual absence of overt, or much cover, resistance by the party apparatus"¹⁰⁸. Tökés versucht eine Erklärung für dieses Phänomen zu

¹⁰⁴ Bayer 1991, S.159f.;

¹⁰⁵ siehe dazu: Petschnig 1989;

¹⁰⁶ Bei dieser Reform lizenzierte der Staat diverse Interessensgruppen mit dem Mandat zur Aushandlung von wirtschaftlich und politisch tragbaren Kompromissen.

¹⁰⁷ Dalos 1991, S.195;

¹⁰⁸ Tökés 1991, S.247;

finden, und erhält in Bezug auf Ungarn die Veränderung der Elitenzusammensetzung in der späteren Kádár-Periode für eine mögliche Erklärung. Mitte der 70er Jahre mußte die Führung der MSZMP vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor ihr Versagen eingestehen. György Dalos konstatiert rückblickend, daß "das ökonomische Endergebnis dieser Politik für die aufgeklärten Führer der Partei seit 10 oder 15 Jahren klar (war)"¹⁰⁹.

Aus dieser Einsicht heraus übergab das Politbüro de facto seine Entscheidungsgewalt an die Finanz- und Wirtschaftsexperten der Partei. Natürlich behielt die MSZMP de jure ihre Entscheidungskompetenzen bei, weil Mitte der 70er Jahre eine grundlegende Systemänderung allein schon aufgrund der Haltung der UdSSR unter Breschnew nicht vorstellbar gewesen wäre.¹¹⁰

Die Abgabe der meisten ihrer wirtschaftlichen Steuerungskompetenzen stärkte die Staatsbürokratie ungemein. Mit diesem Schritt, der einer öffentlichen Bankrotterklärung der Führung der MSZMP gleichkam, wurde das Politbüro in den 80er Jahren gleichsam zu einem "hostage to the state's financial, planning and agro-industrial bureaucracy"¹¹¹.

Um den dominierenden Einfluß der Wirtschaftstechnokraten im Parteiapparat auszugleichen, unternahm die Parteiführung, wie sich später herausstellen sollte, einen verhängnisvollen Schritt. Sie besetzte unverhältnismäßig viele Schlüsselpositionen in der MSZMP mit Personen aus der Arbeiter- und Bauernschicht. Dieser Schritt, der eigentlich ein Übergewicht der "Intellektuellen" in der Partei verhindern und die Gefahr der ideologischen Unterminierung vermindern sollte, kann im Rückblick als Beginn der Implosion des ungarischen kommunistischen Regimes gesehen werden.

Eine Folge war die klare Zweiteilung in den Nomenklatura-Positionen zwischen den Spezialisten und den hauptsächlich aus der Industrie und Landwirtschaft kommenden Arbeitern. Diese Inhomogenität in den Führungsreihen erklärt die überraschend schnell fortschreitende Desintegration der MSZMP. Im

¹⁰⁹ Dalos 1991, S.194;

¹¹⁰ Die später so genannte "Breschnew-Doktrin" erlaubte es keinem Land, das einmal kommunistisch war, aus freien Stücken ein anderes System zu wählen. Die Staaten Mittel- und Osteuropas verfügten nur über eine beschränkte Souveränität.

¹¹¹ Tökes 1991, S.248;

Transitionsmodell bedeutet das zwar noch nicht die Spaltung an den "cleavages" "hard liner"/"soft liner", aber doch eine starke Zersplitterung innerhalb der "elite in power".

Die andere und weitaus wichtigere Konsequenz war ein durchgehend niedriges Bildungsniveau in den oberen Rängen des Parteiapparates. An der Tatsache, daß bei vielen aus der Industrie und Landwirtschaft Kommenden aufgrund ihres geringen akademischen Ausbildungsniveaus ein "Bildungsdefizit" vorherrscht, konnte auch durch die Forcierung von Fortbildungslehrgängen nichts geändert werden.

Eine unveröffentlichte Studie von Ferenc Gázsó belegt, daß in den 80er Jahren das System der Nomenklatura einen im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrzehnten äußerst hohen Fluktuationsgrad aufweist. Während das Ausmaß des Wechsel in den obersten Etagen des Staates in den 70er Jahren noch 9.3 % betrug, erhöhte es sich im Laufe der 80er Jahre auf 22 % (1980-84) bzw. 53 % (1985-89)¹¹². Auch diese Zahlen weisen auf eine zunehmende Inhomogenität der "ruling elite" hin.

In der MSZMP kristallisierten sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre während einer Phase der allgemeinen Diffusion zwei Gruppierungen heraus, die - um die Terminologie der Transitionsliteratur zu verwenden - "hard liners" auf der einen und die Reformer bzw. "soft liners" auf der anderen Seite. Diese Dichotomie in der Partei steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Zweiteilung in den Führungsetagen des Parteiapparats in Spezialisten und Leuten aus Industrie und Landwirtschaft. Die Spezialisten bildeten bzw. unterstützten die Reformer in der MSZMP, während die eher "konservativen", erst vor kurzer Zeit an die Spitzen der Hierarchie aufgerückten "Arbeiter" eine möglichst langsame Änderung des Staatssystems wünschten.

Den dominierenden "soft liner" in der Partei war klar, daß in einer solchen Situation nur die Möglichkeit bestand, selbst die Initiative zu ergreifen. Damit entsprachen sie der Einstellung der "liberals" und "democratizers" des Transitionsmodells. Sie glaubten, daß zumindest eine beschränkte Demokratisierung und die damit verknüpfte Legitimierung des Regimes unumgänglich sei.

¹¹² Aus der unveröffentlichte Studie von Ferenc Gázsó zitiert Tökes 1991, S.248f.;

Ein solcher Schritt wurde aber erst Mitte der 80er Jahre mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows möglich, weil damit auch der psychologische Druck einer Intervention der UdSSR vom Tisch war. György Dalos konstatiert, daß der Verweis auf die negative oder positive Einstellung seitens der Sowjetunion vor Gorbatschow eine häufig benutzte, willkommene Ausrede der Parteiführung gewesen sei, um Reformbestrebungen unter Hinweis auf die Wünsche der UdSSR zu unterdrücken. Mit Amtsantritt fiel diese Möglichkeit durch den "Gorbatschow - Effekt" mehr und mehr weg, die "Flucht nach vorne" blieb einziger Ausweg für die reformorientierte Partielite.¹¹³

1988 kam mit Karoly Grósz ein Mann an die Spitze der MSZMP, der - anders als Kádár - zu den "democratizers" gezählt werden kann. Der Reformflügel, die "soft liners" in der Ungarischen Arbeiterpartei, verstärkt durch die auf der Parteikonferenz im Mai 1988 in das Politbüro aufgerückten Reformer Poszgay und Nyers, wurden immer stärker und intensivierten den Dialog mit der Opposition. Einem Großteil der Partielite war offensichtlich klar geworden, daß die Probleme Ungarns im alten Stil nicht mehr lösbar waren. Im Sinne der Transitionstheorie wäre das der Punkt, an dem eindeutig die Spaltung der Partei stattgefunden hat. Trotzdem gelang es der Regierungspartei aufgrund der Tatsache, daß in Ungarn nie eine Massenbewegung zustande kam, die Druck von unten ausgeübt hätte, die gesplante Opposition eine zeitlang gegeneinander auszuspielen. Alexander Smolar führt dabei etwa die engen Kontakte des Reformflügels mit der christlich-demokratischen Strömung, dem späteren Demokratischen Forum, an.¹¹⁴

Zwar wurde der "demokratische Umbruchprozeß in Ungarn (...) hauptsächlich von politischen Eliten getragen"¹¹⁵, dennoch gab es Momente, in denen auch der Druck der Massen von unten auf die Eliten wirksam wurde. Ein solches wichtiges Feld der Auseinandersetzungen, wie der ungarische Historiker László Várgá betont, stellten die Diskussionen um die Ereignisse 1956 und um das Begräbnis von Imre Nagy dar. Vor allem ging es dabei um die Frage, ob 1956 eine Konterrevolution oder aber ein Volksaufstand gewesen sei. Eine der treibenden Kräfte der Parteireform, Minister Imre Pozsgay löste mit seiner Terminologie des "Volksaufstandes" eine weitere

¹¹³ Dalos 1991, S.194f.;

¹¹⁴ Smolar 1990, S.71;

¹¹⁵ Várgá 1991, S.180;

Spaltung in der MSZMP aus, wie Várgá vermutet, mit der Absicht, die wieder erstarrten Parteistrukturen aufzubrechen.¹¹⁶

Das ZK-Plenum im Februar 1989 brachte schließlich den Sieg der Reformer über die "hard liner". Das ZK billigte ein Mehrparteiensystem und verzichtete auf seine in der ungarischen Verfassung verankerte Führungsrolle im Staat. Mit diesem Verzicht löste sich gleichzeitig das komplexe Nomenklatura-System auf. Die Dreierverhandlungen zwischen MSZMP, parteinahen Organisationen und der Opposition mündeten schließlich in einer Erklärung, die den Übergang zum Mehrparteiensystem regelte.

Allerdings war damit noch nicht die freiwillige Kapitulation der kommunistischen Partei verbunden. Im nachhinein wurde offensichtlich, daß die alte kommunistische Elite, vor allem auch die "soft liner" in der Partei, sehr wohl an ein politisches Überleben in freien Wahlen glaubte. Diese Haltung wurde unter anderem in den Verhandlungen am "Runden Tisch" - der in Ungarn drei Seiten hatte - oder in der neuen Verfassung von 1989 offensichtlich, in der noch von "Vorügen der Marktwirtschaft" gesprochen wird.¹¹⁷ Nach der Auflösung der MSZMP im Oktober 1989, der Gründung der Sozialistischen Partei und deren Niederlage bei den Wahlen 1990 war das Ende der Herrschaft der alten Elite besiegelt. Die oberste Schicht der politischen Elite der MSZMP - auch die des reformorientierten Teils - war zum Großteil politisch diskreditiert¹¹⁸, die anderen zogen sich zurück, entweder um abzuwarten, oder versuchten ihre Kenntnisse in der Wirtschaft zu nutzen.

Was die Formierung einer "counter elite" betrifft, so war 1985 das Jahr, in dem erstmals die Möglichkeit, relativ unabhängig vom Nomenklatura-System aufgrund von Legitimation durch das Volk Positionen in der politischen Elite einzunehmen, demonstriert wurde. Bei den Wahlen 1985 versuchte die MSZMP, der Staatskrise entgegenzusteuern und das Volk zu mobilisieren, in dem sie den Bürgern die Möglichkeit gab, selbst Kandidaten für die Parlamentswahlen aufzustellen. Überraschend für die Partei wurde dieser Versuch von den Ungarn unerwartet häufig

¹¹⁶ Der ungarische Historiker László Várgá behandelt in einem ausführlichen Aufsatz die zentrale Rolle der Auseinandersetzungen um das Begräbnis Imre Nagy und den Volksaufstand 1956. Die "Geschichte wurde zu einem Feld, auf dem entscheidende Schlachten geschlagen wurden: zwischen der Opposition und Partei wie in der Partei selbst". (Várgá 1991, S.170)

¹¹⁷ Heinrich 1990, S.2ff.;
zum Verlauf der Verhandlungen siehe: Bozóki 1992;

¹¹⁸ Nur 33 Abgeordnete der früheren MSZMP blieben nach den Wahlen von 1990 im Parlament.

angenommen, so daß sich in rund 40% aller Wahlkreise vom Nomenklatura-System nicht kontrollierte Kandidaten aufstellen ließen. Zwar wurden schließlich nur 41 in das ungarische Parlament gewählt, trotzdem war dieser Einbruch in das Nomenklatura-Steuerungssystem von enormer Wichtigkeit. Ursprünglich als Versuch der politischen Elite geplant, die Passivität der Bevölkerung durch geringes und kontrolliertes Mitspracherecht zu brechen, entwickelte die allgemeine Selbstmobilisierung der Bevölkerung eine Dynamik, die den Parteiapparat der MSZMP schockierte und weiter paralyisierte.¹¹⁹ Das Jahr 1985 markierte das erste öffentliche Auftreten einer neuen Generation von politischen Eliten in Ungarn. Diese "hold-over" - Eliten trugen im weiteren wesentlich zur Stabilisierung der Transition bei.

In den folgenden zwei Jahren verlor die Ungarische Arbeiterpartei schließlich alle Hoffnung auf eine Änderung der katastrophalen Lage im Land. Der Reformflügel innerhalb der Partei hatte erkannt, daß nur noch eine Verständigung mit der "counter elite", die sich langsam herausbildete, eine mögliche Lösung bringen könnte. Dabei war die Gruppe der "revolutionary extremist", also ein Teil der "elite not yet in power", in Ungarn wie in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas klein. Damit herrschte ein breiter Konsens zwischen "soft liner" und der "democratic opposition" über die demokratischen Ziele der Transformation.

Einen weiteren wichtigen Einschnitt, der klar machte, daß das Nomenklatur-System der kommunistischen Eliten nicht mehr lange halten kann, stellte die Formierung von Proto-Parteien und Parteien ab 1987 dar¹²⁰. Diese waren gleichzeitig Ausdruck einer sich relativ stark entwickelnden "civil society".

Charakteristisch für die sich langsam herausformende und organisierende Gegen-Elite war ihre Inhomogenität, ihre "confusion and self-destructive elite behavior"¹²¹. Trotz einiger im verborgenen durchgeführten Treffen der Oppositionsgruppierungen wurde über gemeinsame Ziele bzw. über das Vorgehen bei Verhandlungen mit den reformorientierten Kräften des alten Regimes keine Einigung erzielt.

¹¹⁹ Hankiss 1990, S.175;

¹²⁰ 1987 wurde das "Ungarische Demokratisch Forum" gegründet, der "Bund Junger Demokraten", die "Unabhängige Partei der Kleinlandwirte" und der "Bund Freier Demokraten" im Lauf des Jahres 1988.

¹²¹ Tökes 1991, S.253;

Diese Inhomogenität der Opposition in Ungarn ist eine Folge der zeitlichen Länge der Reformversuche im Land. Das hatte vor allem zwei Konsequenzen:

- Zum einen konnte sich keine große "umbrella organisation" als Einheitsverband zivilen Protestes bilden, wie die Solidarnosc in Polen oder das Bürgerforum in der CSFR.¹²² Deshalb brauchte Ungarn auch nach dem vollzogenen Systemwechsel nicht den beschwerlichen Weg zu gehen, den in Polen und der CSFR die ehemaligen Oppositionellen mit dem Zerfall ihrer "umbrella organisation" und ihrer Neuformierung in politischen Parteien durchzumachen hatten.
- Zum anderen war durch den langsamen Verlauf der Reformen und durch die Ausbildung eines Reformflügels innerhalb der MSZMP keine klare Konfrontationsstellung "elite in power" - "elite not yet in power" gegeben. Durch die Übertragung der wirtschaftlichen Führungskompetenzen von der Ungarischen Arbeiterpartei auf die spezialisierte Intelligenzia Mitte der 80er Jahre waren auch viele Intellektuelle schon teilweise in das System eingebunden, so daß zumindest für sie eine Konfrontation mit dem Regime nicht mehr möglich war. In der DDR und der CSFR einigte die Opposition ihr gemeinsames Vorgehen gegen das verhaßte Regime, den gemeinsamen Feind. In Ungarn war das nicht der Fall, weil die klaren Konfrontationslinien fehlten.

Sobald die neue "ruling elite" in Ungarn wichtige Machtpositionen im Staat besetzt hatte, versuchte sie, diese einmal errungene Position für die Zukunft abzusichern und ihre Macht zu stabilisieren. Schon 1991 forderte etwa der Vorsitzende der kleinen Regierungspartei, der "Partei der kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger", Jozsef Torgyan, einen Ausschluß von hauptamtlichen kommunistischen Funktionären aus allen öffentlichen Ämtern, was eine justizielle Säuberung bedeutet hätte. Und ähnlich dem CSFR-Gesetz soll die Dauer mit 5 Jahren beschränkt werden. Auch Imre Mecs vom Bund der Freien Demokraten forderte die Öffnung der Archive, vor allem um Forschung und Überprüfung von Entschädigungsansprüchen zu ermöglichen.¹²³

Das sogenannte Zetenyi-Takacs-Gesetz (nach zwei Abgeordneten vom regierenden Ungarischen Demokratischen Forums benannt) wurde vom Parlament im November

¹²² Szábó 1992, S.38;

¹²³ Profil, 04.11.1991, S. 72;

1991 beschlossen. Es hob die eigentlich auf 15 Jahre festgesetzte Verjährungsfrist im ungarischen Strafrecht für die Zeit von 1944 bis 1990 für bestimmte Delikte auf. Die Straftaten, für die das Gesetz Gültigkeit haben sollte, waren drei: Mord, Veruntreuung und Landesverrat. Bezüglich des dritten Punktes wurden schwere Bedenken laut. Wie sollte man diese Formulierung auslegen? Was versteht man unter Landesverrat? Nach dem abendländischen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit "nulla poena sine lege" können Gerichte nur nach Gesetzen verurteilen, die zur Zeit des Verbrechens gültig waren. Das würde aber hier heißen, daß der Landesverrat am Staat Ungarn so auszulegen wäre, wie aus der sozialistischen Verfassung hervorgeht. Vor allem aufgrund dieser Bedenken weigerte sich der ungarische Präsident, das Gesetz zu unterschreiben und übergab es dem Verfassungsgerichtshof zur Begutachtung. Dieser konstatierte schließlich Anfang 1992, daß das vom ungarischen Parlament beschlossene Gesetz aus zwei Gründen nicht verfassungskonform ist. Zum einen kritisiert er, das Gesetz sei zu unbestimmt, zum anderen ist eine rückwirkende Festsetzung der Verjährungsfrist verfassungswidrig.

Bis heute kam es in Ungarn zu keiner juristischen Regelung, um den breiten Austausch der Administration zu regeln. Nach allgemeiner Einschätzung wird es auch in Zukunft nicht dazu kommen, daß das Zetenyi-Takacs-Gesetz Verfassungsrang erhält, weil dazu eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament benötigen würde. Offensichtlich ist ein solches Instrument in Ungarn nicht mehr notwendig. Alleine mit dem Mittel der Stigmatisierung gelang es der neuen "ruling elite", die "elite no more in power" zumindest für die nahe Zukunft von der politischen Bühne zu verdrängen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich die Ungarische Sozialistische Partei langsam wieder zu einer möglichen Koalitionsoption entwickeln wird.

Gegenüber der neuen "counter elite" bediente sich die neue Elite ebenfalls aller möglichen Mittel. Zum einen wird versucht, durch die Gründung von "Fonds" die Finanzierung der Parteien - v.a. des MDF - nach einem Gang in die Opposition abzusichern. Ein anderes Beispiel einer Stabilisierungsstrategie zeigte sich im sogenannten Medienstreit. Weil sich leitende Personen in den Medien dem Zugriff der MDF entzogen hatten, versuchte die Partei neue, von ihr abhängige Leute auf diese Posten zu hieven. Der Präsident allerdings verweigerte die Zustimmung zu diesen Ernennungen, und die Frage wurde dem Verfassungsgerichtshof übergeben. Schließlich fand die MDF einen anderen Weg, doch noch zum Ziel zu gelangen: die

Finanzierung - und damit die Kontrolle - der Medien wurde der Regierung übertragen.

Die Einordnung Ungarns anhand der oben beschriebenen Kriterien ist eindeutig. In Ungarn existierte - spätestens nach 1956 - eine relativ stark entwickelte "civil society" bzw. durch den entstehenden ideologischen Freiraum eine potente "counter elite". Die "ruling elite" zeigte immer schon eine starke Inhomogenität, die besonders in den 80er Jahren deutlich wurde, als sowohl Wirtschaftstechnokraten als auch Personen aus der Arbeiter- und Bauernschicht in der MSZMP aufstiegen.

b.) Polen

Der Warschauer Zeitgeschichtler Jerzy Holzer verglich die ständigen Versuche der Polen, das kommunistische System zu überwinden, mit Brandungswellen. Nach den vergeblichen Versuchen 1956, 1968, 1970, 1976 und 1980/81 gelang es der letzten Welle 1989, die Wellenbrecher zu überwinden und einen Systemwandel einzuleiten. Warum das gerade Ende der 80er gelang, erklärt Holzer nicht durch die Stärke der antikommunistischen Bewegung, sondern durch die Schwäche der Wellenbrecher aufgrund der globalen Krise des Kommunismus.¹²⁴ Polen agierte schon immer als Vorreiter, der die Grenzen der Toleranz der sowjetischen Herrschaft auszuloten versuchte. Das hängt mit der polnischen Geschichte und der spezifischen politische Kultur¹²⁵ zusammen, die das Land in größerem Ausmaß als in anderen Staaten des Sowjetblocks beeinflusst. Polen hatte über ein Jahrhundert Fremdherrschaft hinter sich, als die von Moskau gelenkten Kommunisten 1947 durch gefälschte Wahlen die Macht übernahmen.

Zuerst versuchte der polnische Revisionismus systeminterne Reformen, dann versuchten die Dissidenten die kommunistische Staatsform durch Verweigerung zu stürzen, was vordergründig nicht gelang. Dennoch reichen in Polen - wie in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas - die Wurzeln einer sich entwickelnden "civil society" in die Zeit des Revisionismus und Dissidententums zurück. Die Erfahrungen von 1956, 1970 und 1976 waren zwar blutig, dennoch etablierte sich in der politischen Kultur "eine gewisse Tradition des Erfolgs des Massendrucks auf das Regime 'von

¹²⁴ Holzer 1989;

¹²⁵ zur politischen Kultur Polens siehe: Holzer 1991;

unten"¹²⁶. Die fortdauernde Wirkung des polnischen Dissens macht die Tatsache deutlich, daß Leute wie Michnik oder Kuron auch Anfang der 90er Jahre noch in der Politik agierten. Revisionismus und Dissidententum bereiteten die "civil society" vor, allerdings brachte erst die Bildung der Solidarnosc den "qualitativen Umschlag"¹²⁷.

Mit der Krise des polnischen Systems in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eröffnete sich eine neue Möglichkeit der oppositionellen Tätigkeit, der Organisation einer "counter elite". Polen hatte durch die lange Fremdherrschaft im 18. und 19. Jahrhundert Erfahrung im Umgang mit fremden Mächten gesammelt, auf die nun zurückgegriffen wurde. Die Strategie, die sich anbot, war die Organisation von unten gegen einen fremden Staat.¹²⁸ Das dazu passende theoretische Konzept lieferten polnische Intellektuelle mit der "civil society". Die Bürgergesellschaft entwickelte sich - historisch gesehen - von unten gegen einen absoluten Staat. Die Reorganisation der "civil society" in Polen sollte konzeptionell ähnlich vor sich gehen. Sie "beinhaltet die Konstituierung einer öffentlichen Sphäre gegenüber der staatlich-offiziellen, die Artikulation, aber auch den Ausgleich von Gruppeninteressen und schließlich die Vermittlung und Institutionalisierung des ausgehandelten Konsenses im Verhältnis zum Staat"¹²⁹. Damit war ein Konzept geschaffen, das eine Selbstorganisation der Gesellschaft gegen einen ungeliebten Staat ermöglichte. Somit war das Konzept einer sich selbst beschränkenden Revolution gefunden, zu deren Zentrum sich die Solidarnosc entwickelte.

Nach dem Arbeiterprotest von 1976 entwickelte sich in Polen erstmals wieder eine Art intellektueller Gegenelite. Damit zusammen hing die Beilegung von Konflikten innerhalb der verschiedenen Oppositionellengruppen. Insgesamt waren die Bedingungen zur Bildung einer "counter elite" in der zweiten Hälfte der 70er Jahre so gut wie nie zuvor. Das relativ liberale Klima ermöglichte die Gründung des "Komitees zur Verteidigung der Arbeit" (KOR), in dem sich die oppositionellen Intellektuellen mit Teilen der Arbeiterschaft verbanden. Dieses Zusammengehen der Dissidenz mit der Arbeiterbewegung war ein im Sowjetblock einzigartiger Vorgang, der in der "Solidarnosc" seinen Höhepunkt fand. Dieses Zusammengehen zu einer einheitlichen "counter elite" prägte die Entwicklung Polens bis in die 80er Jahre. Die "Solidarnosc"

¹²⁶ Mlynar 1983, S.94;

¹²⁷ Germerek 1991;

¹²⁸ In der polnischen politischen Kultur erschien der Staat immer als ein der Gesellschaft diametral entgegengesetztes Konstrukt. Das drückt sich anschaulich in der polnischen Sprache aus, in der "wir" von "oni" ("die dort oben") unterschieden wird.

¹²⁹ Mänicke-Gyöngyösi 1989, S.336;

war einzigartig in den Staaten des Sowjetblocks, sie war die erste nichtreligiöse Massenorganisation in einem kommunistischen Staat, die sich in offene Opposition zur "ruling elite" begab.

Auf der anderen Seite zeigten sich innerhalb der "ruling elite" in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Spaltungstendenzen. Die offiziellen politischen Strukturen waren nicht mehr einheitlich, obwohl die "ruling elite" von oppositionellen Kräften "gesäubert" wurde. Grund dafür war die zunehmende Disfunktionalität des politischen Systems. Bis jetzt war es noch möglich gewesen, über den Konsum eine zumindest passive Loyalität von Seiten der Bevölkerung zu erhalten. Dieser Hauptpfeiler des Systemstabilisierung fiel weg, als 1980 "alle hauptsächlich allgemeinen Faktoren der relativen Stabilisierung dieser Systeme aus den 70er Jahren auf(hörten) zu wirken"¹³⁰. Wie inhomogen die "ruling elite" war, wurde spätestens auf dem außerordentlichen Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Juni 1981 deutlich. Die "soft liner" hatten sich organisiert¹³¹ und versuchten sich auf dem Parteitag durchzusetzen. Das konnte nur mehr durch massiven Druck von Seiten der Sowjetunion, aber auch der CSSR und der DDR verhindert werden.

Rückblickend wird deutlich, daß Anfang der 80er Jahre alle internen Voraussetzungen für die Einleitung einer Transition bestanden: Eine "counter elite" konnte sich im relativ großen politischen Freiraum herausbilden, wobei die Zusammenarbeit von Intellektuellen und Arbeitern ein polnisches Charakteristikum darstellt. Die "ruling elite" war so zersplittert, daß ihre Handlungsfähigkeit geschwächt war. Zwischen den "democratizers" und der "democratic opposition" war es zu weitreichenden Kompromissen gekommen, denen nur noch die Institutionalisierung fehlte. Die Einleitung einer Transition wurde schließlich durch den Druck der Sowjetunion verhindert. Als die Solidarnosc am 12.12.1981 einen politischen Generalstreik und die Abstimmung über eine Systemänderung beschloß, war das großes Risiko. Einerseits war die Solidarnosc-Führung nicht imstande, mit den "soft-liner" eng zusammenzuarbeiten, andererseits unterschätzte sie den Willen der Sowjetunion, keinen Systemwechsel zuzulassen. Die Verkündigung des "Kriegszustandes" durch General Jaruzelski am folgenden Tag beendete die Reformphase. Erst als dieser Druck nach dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 und der offensichtlichen Aufhebung der "Breschnew - Doktrin" wegfiel, wurde eine

¹³⁰ Mlynar 1983, S.95;

¹³¹ z.B. auf der Konferenz der "horizontalen Strukturen" der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 15.April in Torun;

Transition möglich. Wie sehr der externe Faktor Sowjetunion die polnische Geschichte bestimmte, zeigt das Faktum, daß der Versuch eines Systemwandels Ende der 80er Jahre keineswegs der stärkste war. Nur fiel die Unterstützung der "ruling elite" durch die Sowjetunion weg, was - wie es im Nachhinein scheint - eine Transition fast von selbst in die Wege leitete.

Die treibende Kraft der "counter elite" hatte sich bis 1988 grundlegend gewandelt. Aus dem Bündnis von Arbeitern und Intelligenz, das sich auf eine breite Mittelschicht stützen konnte, wurde eine von Intellektuellen dominierte Gruppe. Melanie Tatur spricht vom Funktionswandel der Solidarnosc, der gekennzeichnet war von Demobilisierung und einer Entproletarisierung der Massenbewegung.¹³² Das Konzept der "Solidarnosc" des Jahres 1988 war keineswegs mehr die Vision einer "civil society", es standen ökonomische Interessen im Vordergrund. Zwar waren die Streiks von 1988 Auslöser der Verhandlungen mit der "ruling elite", doch dominierten in der Opposition die Intellektuellen. Das zeigte auch die Schaffung des "Rates der 60" und die Bürgerkomitees Walesas, in denen die Experten der "counter elite" zusammengeschlossen wurden.

Die polnische "ruling elite" wurde von Kriegszustand fast ebenso getroffen wie die "counter elite". Eine langfristige politische Konzeption hatten wohl nur mehr die wenigsten, so deutlich war mit der Interventionsdrohung der UdSSR Ende 1981 geworden, wie sehr Polen von der Sowjetunion aus regiert wurde. In den Termini der Transitionsliteratur bedeutet das, daß "standpatters" in Polen kaum noch vorhanden waren. Groß war die Gruppe der "withdrawers", die im Laufe der 80er Jahre ihre politische Macht in ökonomische Macht transferierten und damit einer Transition des Systems positiv gegenüberstanden. In dieser Situation wurde nach dem Wegfall der Interventionsdrohungen der Sowjetunion die Transition eingeleitet, deren Modalitäten bei den Verhandlungen am Runden Tisch 1989 ausgehandelt wurden.

c.) Slowenien

Die Entwicklung Sloweniens kann nur im Kontext mit den anderen Republiken Jugoslawiens gesehen werden. Zu lange war Slowenien im 20. Jahrhundert mit

¹³² Tatur 1992;

anderen südslawischen Staaten verbunden, als daß es sich in kurzer Zeit davon lösen könnte.¹³³ Im folgenden werden ich zuerst auf die Situation der Eliten in Jugoslawien allgemein, dann auf Slowenien im speziellen eingehen.

Das politische System der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien hing immer schon eng mit der Person Marschall Josip Titos zusammen. Die Konzeption des Staates war notwendigerweise auf die Überwindung der historischen Gegensätze zwischen den Nationen gerichtet. Slowenien und Dalmatien waren Teile der österreichischen Reichshälfte der Monarchie, Kroatien und die Wojwodina gehörten zu Ungarn. Bosnien und Herzegowina waren bis 1878 Teile des Osmanischen Reichs, dann von Österreich-Ungarn annektiert, Serbien und Montenegro waren seit 1878 unabhängig. Obwohl die gemeinsame Sprache der Kroaten und Serben einen integrierender Faktor darstellte, trennen die beiden Nationen Geschichte, Kultur und Religion.

Diese historischen Gegensätze glaubten die Kommunisten nach 1945 mit ihrer Machtergreifung gelöst zu haben. Durch die Verfassung wurde versucht, die desintegrierenden Faktoren durch die Betonung der föderativen Strukturen zurückzudrängen. Vorgesehen waren sechs Republiken: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien und Montenegro. Innerhalb der Republik Serbien wurden zwei autonome Gebiete etabliert, um die Dominanz der serbischen Republik zurückzudrängen: die Wojwodina und der Kosowo. De facto hielt aber nicht die Verfassung, sondern die kommunistische Partei, vor allem aber die charismatische Figur Josip Titos den Staat zusammen. Die Partei war zentristisch organisiert und bildete - wie in allen anderen kommunistischen Ländern - das Entscheidungszentrum.

Der Streit zwischen Josip Tito und Josef Stalin führte 1948 zum Ausschluß der jugoslawischen Führung aus dem Kominformbüro und zur Blockade durch die Sowjetunion. Die Sowjetunion war nicht bereit, ein anderes als ihr kommunistisches Gesellschaftssystem zu akzeptieren. Tito setzte im folgenden das Konzept der "Arbeiterselbstverwaltung" ein, die 1953 die Grundlage der Gesellschaft werden

¹³³ 1918 wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen in der Nachfolge der österreichisch-ungarischen Monarchie gegründet, das 1921 zu Jugoslawien wurde. 1941 wurde das Land aufgeteilt, 1945 mit Josip Tito an der Spitze wieder hergestellt.

soll.¹³⁴ Außenpolitisch versucht Jugoslawien, mit der "Blockfreiheit" einen eigenen Weg des Sozialismus zu gehen. So entstand in Jugoslawien ein kommunistisches System, das mit den Staaten des Sowjetblocks zwar Ähnlichkeiten erkennen ließ, sich aber doch in manchem unterschied.

Der Grad der Freiheiten - und damit auch der Raum zum Wachsen einer "civil society" - war in Jugoslawien seit den 60er Jahren relativ hoch. "(...) the country lived under a relatively mild party dictatorship that guaranteed freedom of movement, the basic forms of private ownership, an effective public administration and service, and a changeable tolerance of the informal political opposition within and outside the Communist party. A relatively high degree of cultural and administrative autonomy for the various federal units made it possible for a period of greater restrictions on the freedom of the press and speech in one republic to be mitigated by a more liberal attitude on these matters adopted in another republic."¹³⁵ Zusätzlich zur innenpolitischen Liberalisierung öffnete sich Jugoslawien den "westlichen" Ländern, was sich in Wanderbewegungen in beiden Richtungen ausdrückte. Viele Jugoslawen fanden in Westeuropa Arbeit, während viele Westeuropäer an den Küsten Jugoslawiens ihren Urlaub verbrachten. Der "Westen" hatte durchaus Interesse, Jugoslawien - ähnlich wie Rumänien - wirtschaftlich zu unterstützen, weil damit das kommunistische "Lager" weiter aufgebrochen werden konnte.

Paul Shoup unterteilt die Geschichte Jugoslawiens in zwei Phasen: die Zeit der Reformen von oben, und die "reform forced on the system from below and outside by economic pressures, popular discontent, and the unworkability of the institutions introduced during the earlier period".¹³⁶ Er nennt das jugoslawische System in der Zeit der Experimente von oben "a free wheeling economic systems which, for all its deficiencies, set as its goal the modernization of Yugoslavian society and economy."¹³⁷ Die wirtschaftlichen Reformen ab 1966 hatten Einfluß auf die jugoslawischen "ruling elites": "A new managerial elite arose to challenge the Party's prominence (many of the new managers were former ex-secret policemen). Competitive elections were introduced. (...) This was also the time when liberals within the Party were in the ascendancy. (...) If we wish to find a parallel to perestroika in the Soviet Union, we

¹³⁴ Fraglich bleibt, ob Tito die Arbeiterselbstverwaltung wirklich für einen Gegenentwurf zum sowjetischen System ansah, oder ob dieses Konzept eine Legitimation der Differenzen zwischen beiden Staaten war.

¹³⁵ Pusic 1992, S.244;

¹³⁶ Shoup 1989, S.130;

¹³⁷ ebenda S.129;

must return to this time, when there was still faith in the power of reform in Yugoslavia."¹³⁸

Die jugoslawische "ruling elite" unterschied sich von ihrer Ausprägung her nicht völlig von den Machthabern in anderen kommunistischen Staaten. Was sie allerdings von anderen kommunistischen Eliten unterschied, war die starke vertikale Differenzierung. Der Faktor Nationalität überlagerte während der gesamten Entwicklung Jugoslawiens die Struktur der "ruling elites". Dem großen Einfluß des Konstrukts Nation wurde schließlich durch die Verfassung von 1974 Rechnung getragen, in der eine Vielzahl von Kompetenzen auf die einzelnen Teilrepubliken übertragen wurde. Die integrierende Wirkung der Überfigur Marschall Titos war aber bis zu seinem Tod so stark, daß ein Auseinandertriften der Teilrepubliken verhindert wurde. Dazu kam, daß Tito und seine "ruling elite" durchaus bereit waren, mit Gewalt gegen nationale und damit desintegrierende Bewegungen vorzugehen. Das zeigte sich deutlich bei den Demonstrationen im Kosowo 1967 und bei der Niederschlagung des sogenannten "Kroatischen Frühlings" 1971.

Mit dem Tod Titos 1980 starb nicht nur die dominante Figur in der jugoslawischen Politik, mit ihm verschwanden auch die Kräfte, die bis dahin die sechs Republiken integriert hatten. Nur die charismatische Figur Josip Titos konnte die Desintegrationskräfte, die schon in den 70er Jahren erstarkten, überdecken. Dazu kam Anfang der 80er Jahre die Wirtschaftskrise, die die letzten Verfechter der Arbeiterselbstverwaltung davon überzeugte, daß das System gescheitert sei. Das alles führte dazu, daß sich die Politik immer weiter auf die Republiken und die nationalen Eliten verlagerte.

Die Unterschiede zwischen der Entwicklung Sloweniens und Serbiens machen das Janusgesicht des Nationalismus deutlich. Der serbischen und der slowenischen "ruling elite" gelang es, den Nationalismus zu instrumentalisieren. Während die serbische Elite zu integrieren versuchte, stellte der Nationalismus für Slowenien ein Mittel dar, sich aus dem kommunistisch dominierten jugoslawischen Staatenbund zu lösen. Der Nationalismus wurde in Slowenien dazu benutzt, die Liberalisierung in der Republik voranzutreiben. "The democratization of politics in Slovenia in recent years (...) would not be possible if Slovenia did not enjoy de facto autonomy within Yugoslavia under the 1974 Constitution. Intellectuals persecuted in one republic have

¹³⁸ ebenda S.130f.;

found refuge in another; and the uncovering of corruption (...) has been facilitated by the ability of newspapers in one republic to report on scandals that do not get into the local press of the republic in which the event occurred."¹³⁹ Der slowenische Separatismus wurde durch die Tatsache erleichtert, daß die Republik über die mit Abstand größten wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt¹⁴⁰.

Auch für die bis dahin relativ konservative slowenische "ruling elite" bildete der Tod Josip Titos einen markanten Einschnitt. Milan Kucan übernahm 1980 an der Spitze einer jungen, reformorientierten Gruppe die Kommunistische Partei Sloweniens. "Hard liners" schien es in der Slowenischen KP kaum mehr gegeben zu haben, es herrschte Konsens über eine notwendige Liberalisierung des Systems.

Ab Mitte der 1980er Jahre zeichnete sich die rasante Entwicklung einer "civil society" ab, darunter ökologische Bewegungen, Frauenrechts- und Friedensbewegungen. Ein sichtbarer Erfolg für diese Gruppen stellte das Verbot von neuen Atomkraftwerken dar, das das Parlament durch Druck von unten im Frühling 1979 erließ. Im Sommer 1988 "Slovenia had developed a strong opposition movement and a true civil society made up of alternative movements, nationally-minded intellectuals, and a powerful youth movement led by the Republic Conference of the Union of Socialist Youth and its magazine, Mladina (...) What has begun as an experiment in 'Socialism on a human scale' has grown into a mass movement for democracy. Only the fear of intervention by the army restrains the opposition from demanding a share of power in Slovenia".¹⁴¹

Das änderte sich bis Ende 1989, als der gelungene Systemwechsel in Polen, Ungarn, der DDR und der CSSR den slowenischen "counter elites" den Weg vorzeichnete. Charakteristisch für Slowenien war die absolute Dominanz der "democratizers" in der alten "ruling elite". Milan Kucan war es, der innerhalb der Jugoslawischen KP eine friedliche Koexistenz der Republiken vertrat. Die "soft liner" der alten Elite nutzten den Wunsch nach nationaler Emanzipation, um sich an der Macht zu halten. Während in Serbien die "hard liner" den Nationalismus instrumentalisierten, machten

¹³⁹ ebenda S.136;

¹⁴⁰ Bei 9 Prozent der gesamtjugoslawischen Bevölkerung erwirtschaftete Slowenien 19 Prozent des gesamtstaatlichen BSP und 20 Prozent der jugoslawischen Industrieproduktion. Während im Kosovo der jährliche Durchschnittsverdienst bei 750 Dollar liegt, kamen die Slowenen auf 5700 Dollar.

siehe dazu ausführlich: Reuter 1991, S.165f.;

¹⁴¹ Shoup 1989, S.141f.;

das gleiche in Slowenien die "soft liner" um Milan Kucan. Auch sie hofften - ähnlich wie die Reformkommunisten in Ungarn und Polen - auf die Honorierung ihrer Haltung zur Demokratisierung. Die Bedingungen für eine Transition waren somit durch das Übergewicht der "democratizers" günstig, einzige Schwierigkeit war die Frage der Lösung aus dem jugoslawischen Staatenbund.

Bei den ersten freien Wahlen gingen die Hoffnungen der "democratizers" nicht auf. Das Bündnis der Oppositionsparteien "DEMOS" errang 55% der Stimmen, während der slowenische Bund der Kommunisten nur 17% erhielt. Dennoch ging Kucans Strategie des Machterhalts zum Teil auf. Er selbst wurde, nachdem er aus seiner Partei austrat, zum Präsidenten Sloweniens gewählt.¹⁴² Die 10 Tage dauernde Intervention der serbisch dominierten jugoslawischen Volksarmee endete mit ihrer militärischen Niederlage. Ab Juli 1991 zog sich die Volksarmee aus Slowenien zurück. Damit war der neue Staat auch de facto souverän, die demokratische Machtergreifung der neuen "counter elite" war abgesichert.

d.) Kroatien

Die kroatische "civil society" war immer schon schwächer entwickelt als in Slowenien. Aber die Registrierung von 40 politische Parteien und Gruppen im Jahre 1989 zeigte, daß es der alten "ruling elite" nicht - wie in Serbien - gelungen war, den Freiraum für die "civil society" fast vollkommen auszulöschen.

Die Gründe dafür lagen in der Apathie der alten "ruling elite". Innerhalb der kroatischen KP konnten sich weder die "hard liner" noch die "soft liner" durchsetzen, was zu einer Lähmung der ganzen Partei führte. Die Reformer in der KP hatten keine eigene Vorstellung über die Zukunft des Landes. Dazu kommt, daß sich die führenden Köpfe der reformistisch orientierten Elite - wie Ante Markovic - nicht in Kroatien, sondern in Belgrad aufhielten. "It needed the years of Milosevic's Bonapartism within the League of Communists of Serbia and the League of Communists of Yugoslavia, the Serbian embargo on trade with Slovenia, and similar very clear moves in a coup d'état for the moderate tendency among the Croat Communists to prevail. Until the meeting of the party's central committee and the vote that took place in December 1989, at which it was decided to hold multi-party

¹⁴² Vreg 1992;

parliamentary elections, it was not entirely clear which side was going to prevail."¹⁴³ Damit setzte sich Ende 1989 schließlich doch die Gruppe der "democratizers" durch, wohl auch aufgrund des slowenischen Vorbilds, und im April/Mai 1990 wurden die ersten freien Wahlen abgehalten.

In Kroatien gelang es vor allem Franjo Tudjman und seiner Kroatischen Demokratischen Union, den Nationalismus für sich zu instrumentalisieren. Vor allem aus diesem Grund - und weil die alte "ruling elite" nichts dagegensetzten hatte - gewann die KDU bei den Wahlen 1990 die absolute Mehrheit der Mandate, die sie auch bei den Wahlen im August 1992 hielt.

Auffallend an der Transition in Kroatien ist das Fehlen von "overhold elites". Es gab keine Reformkommunisten - wie Kucan in Kroatien, Jaruzelski in Polen, Pozsgay in Ungarn -, die einen geregelten Übergang erleichtern konnten. Die neue "ruling elite" konnte sich kaum auf ihre Machtübernahme vorbereiten. "If we compare them with the Polish alternative political elite the new people on the Croatian political scene were more like the moral elite gathered around KOR and Solidarity at the end of the 1970s than the Polish opposition politicians of 1989. In Croatia in 1989 they were journalists, intellectuals, writers, and trade unionists and some of them were former political prisoners and dissidents."¹⁴⁴ Das und die relativ kurze Zeit der Etablierung der oppositionellen Kräfte brachte mit sich, daß die fehlenden Gemeinsamkeiten der diversen oppositionellen Gruppen einen Zusammenschluß erschwerten. Zusammengehalten wird die neue "ruling elite" Kroatiens durch eine Kombination zwischen Antikommunismus und starken nationalistischen Ideen. Diese Kombination bildeten das einzige Bindemittel, um die diversen Interessengruppen zu integrieren und die schwache alte "ruling elite" zu stürzen.

2.2. Der "bruchartige" Elitenwechsel

Ein "bruchartiger" Elitenwechsel trat in den Ländern ein, die zwar eine ausgeprägte "civil society" aufweisen konnten, aber deren alte "ruling elite" bis zuletzt homogen blieb. In diesen Staaten konnten bis zum Systemwechsel kaum Differenzierungen in "hard liner" oder "soft liner" ausgemacht werden, oder aber die "hard liner"

¹⁴³ Pusic 1992, S.254;

¹⁴⁴ ebenda, S.252;

dominierten die "elite in power", sodaß sich eine Reformfraktion kaum artikulieren konnte.

a.) Tschechoslowakei

Führte der Volksaufstand in Ungarn 1956 und seine Niederschlagung zu einer Aufweichung und schrittweisen Liberalisierung, trat nach dem "Prager Frühling" 1968 eine gegenteilige Entwicklung ein. Die Tschechoslowakei gehörte bis in die 80er Jahre zu den repressivsten Staaten unter den Ländern Mittel- und Osteuropas.¹⁴⁵ Trotz der relativ starken Ausprägung des "civil society" vor der kommunistischen Machtübernahme gelang es, mit repressiven Maßnahmen den Gestaltungsraum für vom Staat unabhängige Aktionen klein zu halten. Die ab 1968 von Gustáv Husák verfolgte Linie zog sich bis 1989 durch. Aufbauend auf dem Grundsatz "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" und der Strategie "divide et impere" gelang es der "ruling elite", mit Hilfe der Sowjetunion ihre Macht zu festigen. Innerhalb der "ruling elite" war die Gruppe der "standpatters" nicht dominierend, denn glaubhafte ideologische Rechtfertigungen für die Niederschlagung des Prager Frühlings waren schwer zu finden. Deshalb versuchte die "ruling elite", ihre Legitimationsgrundlage zu verlagern, weg von der ideologischen Komponente hin zur Legitimation durch die Etablierung einer Konsumgesellschaft, ähnlich der Strategie Janos Kádárs in Ungarn. Nach 1968 entwickelte sich der relative Wohlstand in der CSSR zur wichtigsten Legitimationsgrundlage der "ruling elite". Damit gelang es der KPC, "die Bürger in eine apolitische Masse zu verwandeln, die auf politische und öffentliche Aktivitäten verzichtete und sich mit der gegebenen Möglichkeit zufriedengab, sich in der ökonomischen und privaten Sphäre auszuleben."¹⁴⁶ Die Entwicklung einer "civil society" war somit nur sehr begrenzt auf dem Gebiet der Wirtschaft oder des Privaten möglich, Freiraum für die Entstehung einer "counter elite" gab es nur beschränkt.

Obwohl es in der Tschechoslowakei bis in die späten 80er Jahre gefährlicher war, oppositionellen Gruppierungen anzugehören als etwa in Ungarn oder Polen, existierte seit 1968 eine kleine Anzahl von regimekritischen Organisationen. Der Dissens, wie er in anderen Staaten zu beobachten war, verließ allerdings nach der

¹⁴⁵ Über die historische Entwicklung der Tschechoslowakei seit 1918 siehe: Wolchin 1991;

¹⁴⁶ Otáhal 1992, S.3;

Niederschlagung des "Prager Frühlings" zum Großteil das Land. Dennoch waren die Träger des Widerstands durchgehend linksgerichtete Intellektuelle. Dazu gehörte nach 1968 die "Revolutionäre Sozialistische Partei" mit Petr Uhl an der Spitze und die "Sozialistische Bewegung von Bürgern der Sowjetunion". Nach der Zerschlagung der revisionistischen Gruppierungen ging die Opposition über auf dissente Intellektuelle, ein Ablauf, der auch aus anderen Staaten des Sowjetblocks bekannt ist. Diese informell organisierten Intellektuellen, unter denen Václav Havel zu den führenden Repräsentanten gehörte, sahen sich bis 1989 als apolitische Gruppierung. Beispielhaft für die Unterdrückung der "civil society" war die Verfolgung der Musikgruppe "Plastic People of the Universe", deren Musik von der "ruling elite" nicht geduldet wurde. Der Widerstand gegen diesen Eingriff in offensichtlich private Sphären führte zur besseren Koordination der zersprengten oppositionellen Gruppierungen und schließlich zur Formierung der "Charta 77". Gegründet im Anschluß an die KSZE-Schlußakte von Helsinki, entwickelte sie sich trotz massiver Repressionen zur größten und dauerhaftesten Gruppe der "counter elite". Ihre Strategie war zwar nicht ausdrücklich der Aufbau einer "civil society", dennoch gibt es Ähnlichkeiten mit diesem Konzept. Die "Charta 77" deklarierte sich immer als nicht politische Opposition. Damit beanspruchte die Organisation von vornherein nicht, mit der "ruling elite" auf einer Stufe zu stehen. Ähnlich der "Solidarnosc" versuchte die "Charta", "wieder ein bürgerliches Selbstbewußtsein zu konstruieren", wie Václav Havel es formulierte¹⁴⁷, also die Gesellschaft von unten her zu reorganisieren. Trotz dieser "selbstbeschränkenden" Auffassung von Opposition behandelte der Staat die "Charta 77" als staatsfeindlich und setzte ihre Repräsentanten mit allen Mitteln unter Druck.¹⁴⁸

Der Amtsantritt Gorbatschows 1985 änderte zuerst nichts an der Einstellung der "ruling elite" in der CSSR. Erst 1988 zeigte sich die Verbreiterung der Basis der Opposition, die Reorganisation einer "counter elite" und die zunehmend offene Gegnerschaft der Bevölkerung zum Regime. "The last two years of communist rule saw the re-emergence of independent organizations and mass protest in Czechoslovakia on a scale not seen during the rest of the communist period. Independent organizations were still illegal and, in contrast to the situation in the Soviet Union, Poland, and Hungary, participation in their activities still carried substantial risks for most citizens. However, the risks did not stop increasing

¹⁴⁷ Václav Havel, O lidskou identitu; zitiert nach: Otáhal 1992, S.11;

¹⁴⁸ So verbrachte etwa der "Charta 77"-Aktivist Petr Uhl von 1970 bis 1989 neun Jahre im Gefängnis (Horsky 1990, S.15).

numbers of Czechs and Slovaks from joining such groups and participating in mass demonstrations and protests."¹⁴⁹

Eine wesentliche Rolle beim Systemwechsel spielten in der Tschechoslowakei die externen Faktoren. Zum "Gorbatschow-Effekt" kam in der CSSR die Vorbildwirkung der Umbrüche in Ungarn und in Polen. Hautnah erlebten die Prager das Wanken der kommunistische Ordnung, als sich DDR-Bürger in die westdeutsche Botschaft in Prag flüchteten. Doch die tschechoslowakische "ruling elite" war bis zum Schluß nicht bereit, Reformen durchzuführen. Das hing damit zusammen, daß die Führung der KPC schon seit längerer Zeit - ähnlich der "ruling elite" um Honecker - den Kontakt zur Bevölkerung verloren hatte. Innerhalb der "ruling elite" waren bis zum Schluß kaum Anzeichen von Inhomogenität zu erkennen. Aus diesem Grund war der Beginn einer Transition - wie sie das Transitionsmodell vorzeichnet - nicht möglich. Der einzige Weg, Druck auf die "ruling elite" auszuüben, bestand in der Massenmobilisierung. Doch gerade damit taten sich die Aktivisten der "Charta 77" schwer, weil es nicht ihrer traditioneller Vorgangsweise entsprach. "(...) Internal division was growing, much of it crystallized around the problem of public demonstrations. Should the dissident community encourage mass turnouts in commemoration of significant past events (...), or should it avoid possible confrontations with the police and confine itself to public statements and semipublic attempts to establish a dialogue with reform Communists?"¹⁵⁰ Schließlich einigte sich die zersplitterte "counter elite" darauf, Massendemonstrationen zu organisieren. Die alte "ruling elite" war offensichtlich bis zuletzt entschlossen, nicht aufzugeben und die zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen. Nur durch die Massenmobilisierung, die bis zu einer Million Menschen auf den Wenzelsplatz brachte, konnte die kommunistische Elite unter Druck gebracht werden. Denn gegen die Bevölkerung massenweise vorzugehen, das sah kaum jemand innerhalb der KPC als eine mögliche Handlungsoption an, obwohl sich z.B. der Prager Polizeichef Stepán bis zuletzt die Option des Gewalteinsatzes offenhielt. Ausschlaggebend dürfte schließlich auch die Haltung Moskaus gewesen sein, die sich gegen jegliche Gewaltanwendung aussprach. Mit der Gründung des "Obcanské fórum" (Bürgerforum) war es der bis jetzt zersplitterten "counter elite" gelungen, sich zusammenzuschließen. Das war die Voraussetzung für die Einleitung einer "transition" gegen eine relativ homogene "counter elite". Das "Obcanské fórum" bildete nach dem Sturz der alten "ruling elite" das Zentrum der personelle Ressourcen der neuen "ruling elite".

¹⁴⁹ Wolchik 1991, S.151;

¹⁵⁰ Judt 1992, S.98;

Die neue tschechische "ruling elite" versuchte nach dem Sturz der KPC, ihre Macht mit juristischen Mitteln abzusichern. Das sogenannte "Lustrationsgesetz"¹⁵¹ - auch "Entkommunizierungsgesetz" oder "Screening Law" genannt - war das erste und neben dem "Stasi-Unterlagengesetz" der BRD einzige Gesetz in den Staaten des ehemaligen Sowjetblocks, das verschiedene Gruppen der "ruling elite" des anciens regime von bestimmten Funktionen in Staat und Gesellschaft auf eine bestimmte Dauer ausschloß. Es war der Versuch der neuen "elite in power", einen breit angelegten Wechsel in der oberen und mittleren Administration durchzuführen, um sich vor allem gegen die "elite no more in power" abzusichern. Obwohl das Gesetz im Oktober 1991 zum Teil für verfassungswidrig erklärt wurde, besitzt es für die Stabilisierung mit juristischen Mitteln Modellcharakter. Aus diesem Grund wird im folgenden genauer auf die Genesis und die Regelungen in diesem "Lustrationsgesetz" eingegangen.

Bei der Beschreibung der Genesis des tschechoslowakischen Lustrationsgesetzes muß relativ früh angesetzt werden. Das Problem des Austauschs von Personen in der Administration, die mit dem Sicherheitsapparat eng verknüpft waren, stellte sich schon kurz nach der "sanften Revolution". So war es folgerichtig auch die sogenannte "Kommission des 17. Novembers", die die Vorlage für das Lustrationsgesetz ausgearbeitet hat. Ursprünglich war die Kommission nur dazu ins Leben gerufen worden, das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte bei den Massendemonstrationen am 17.11.1989 zu untersuchen.

Im Jahr 1990 herrschte ziemliches Chaos, was die Überprüfung von Parlaments- oder Regierungsmitgliedern betrifft. So gab es in der tschechischen und slowakischen Republik eigene Bestimmungen. Auch die gegenseitigen Beschuldigungen vor dem Wahlkampf im Juli 1990 zeugten von den unklaren Verhältnissen. Legalen Zugang zu den relevanten Akten der Staatssicherheit hatte in dieser Zeit ausschließlich der Innenminister und sein Ministerium. Daß zu dieser Zeit noch Bedienstete des ehemaligen Sicherheitsapparats im Innenministerium arbeiteten, ist bekannt. So sollen allein im Dezember 1989 rund 20.000 Aktenordner der Staatssicherheit vernichtet worden sein¹⁵². Aber wenn auch Akten manipuliert und vernichtet wurden, so dürften sie trotzdem im Vergleich zu anderen Staaten (wie etwa zu Polen oder

¹⁵¹ Lustrum oder Lustration kommt aus dem Lateinischen. Im Römischen Reich bezeichnete man damit die Weihung der sich neu konstituierenden Bürgerschaft.

¹⁵² Neue Zürcher Zeitung, 24.01.1991, S.5;

Ungarn) relativ vollständig sein, weil der Systemwechsel in einem solch kurzen Zeitraum ablief.

Im Jänner 1991 konstituierte das tschechoslowakische Parlament eine Kommission, die alle Parlamentsmitglieder, das Büro des Bundesparlaments und die Mitglieder und Angestellten des Premierministers auf Mitgliedschaft in oder Kollaboration mit der früheren Geheimpolizei überprüfen sollte. Die Ausbeute der Kommission war erheblich. Sie beschuldigte 12 Mitglieder des Bundesparlaments und 14 Minister oder stellvertretende Minister, als Agenten tätig gewesen zu sein oder zumindest mit der Geheimpolizei kollaboriert zu haben. Allerdings trat kein Abgeordneter zurück.¹⁵³ Zu diesem Schritt konnte auch niemand gesetzlich gezwungen werden, weil das Wahlgesetz eine Absetzung von Abgeordneten nicht vorsieht. Auch in den Republikparlamenten kam es zu ähnlichen Vorkommnissen. Aufgrund dieser Mißerfolge wurden Rufe nach einem geordneten, umfassenden Prüfungsverfahren laut, das auch die Möglichkeit eines Prüfungsantrags seitens ungerechtfertigt Beschuldigter vorsieht.¹⁵⁴

Im September 1991 legte die Bundesregierung dem Parlament den Entwurf eines Prüfungsgesetzes vor. Dieser Gesetzesvorschlag sah den Ausschluß von Geheimpolizeiagenten, Kollaborateuren oder kommunistischen Funktionären, die nachweislich die Menschenrechte verletzt hatten, von allen höheren Regierungsämtern vor. Die Parteien des rechten Spektrums, v.a. die Bürgerlich - Demokratische Partei Vaclav Klaus', wandte sich massiv gegen die angebliche Milde dieses Gesetzes. Dazu kam, daß mit dem Moskauer Putschversuch im August 1991 die Angst vor einem neuen restaurativen Umschwung in der Sowjetunion wieder zunahm, und damit das Bedürfnis, durch eine rasche, gründliche Überprüfung der neuen tschechischen Eliten vor solchen Gefahren geschützt zu sein. So kam es am 4. Oktober in der Bundesversammlung dann zur Annahme einer Reihe von Zusatzanträgen, die den ehemals milden Gesetzesentwurf zu einem radikalen Gesetz umwandelten. Präsident Havel war mit diesem Gesetz nicht einverstanden, unterschrieb es aber. Er kritisierte vor allem, daß das Gesetz auf dem Prinzip der Kollektivschuld aufbaue. So auch der Parlamentspräsident Alexander Dubcek, der das Lustrationsgesetz nicht unterschreiben wollte. Das mußte - legal - sein Stellvertreter

¹⁵³ Pehe 1991, S.5;

¹⁵⁴ Die Ereignisse vor dem September 1991, vor dem Vorliegen des Gesetzesentwurfs beschreibt ausführlich Jan Obrman in "Laying the Ghosts of the Past" (Obrman 1991, S.4 ff.)

für ihn erledigen. Dubcek lehnte das Gesetz als unmoralisch ab.¹⁵⁵ Sogar Dubcek selbst wäre - wenn ihn nicht seine parlamentarische Immunität geschützt hätte - unter dieses neue Gesetz gefallen. Der Innsbrucker Politologe und einstige Sekretär des ZK der KPC Zdenek Mlynar schlug in dieselbe Kerbe und sprach vom "Prinzip der kollektiven Schuld und Verantwortung, mit dem ganze Gruppen pauschal zu Menschen zweiter Kategorie gestempelt werden", was "an die Zeit des Stalinismus" erinnere¹⁵⁶.

Das neue Gesetz sah vor, daß Personen, die bestimmte Posten in der CSSR innehatten, auf die Dauer von 5 Jahren von einer Reihe von Staatsfunktionen - sowohl auf Bundes- als auch auf Republiksebene - ausgeschlossen blieben. Explizit unter das Lustrationsgesetz fielen bestimmte Funktionen, deren frühere Ausübung von vornherein ein fünfjähriges Betätigungsverbot mit sich brachte. Darunter fielen z.B. ehemalige Mitglieder der Staatssicherheit (StB), ihre registrierten Agenten, ihre Informationszuträger und Auswerter, Funktionäre der KPC ab der Bezirksebene, alle Mitglieder von Parteipräsidien von der Bezirksebene aufwärts, Politoffiziere, alle Mitglieder der Volksmilizen und ehemalige Studenten der drei sowjetischen Polizeischulen. Unter das fünfjährige Betätigungsverbot fielen auch die Mitglieder des Komitees der Nationalen Front von 1948.

Eine zweite Kategorie bildeten Personen, die laut Gesetz wissentlich mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten. Als formales Kriterium nahm man dafür die Registrierung als vertrauenswürdig oder als "Kandidat für geheime Operationen" seitens der Staatssicherheit. Außerdem mußte in jedem Fall bewiesen werden, daß der Beschuldigte wußte, daß es die Geheimpolizei der CSSR war, mit der er kollaborierte.

Ähnlich genau wie die vom Lustrationsgesetz betroffenen Personen - nämlich durch Auflistung - wurden die Posten, von denen die Betroffenen ausgeschlossen werden, beschrieben. Leute, die aufgrund der oben angeführten Vergangenheit unter das Lustrationsgesetz fallen, sind ausgeschlossen aus der staatlichen Verwaltung sowohl auf Republiks- als auch auf Föderationsebene, aus der Armee ab dem Grad eines Oberst, aus dem Geheimdienst der CSFR, aus der Polizei, dem Büro des Präsidenten, dem Büro der Föderalversammlung und der Republikparlamente, den Gerichtshöfen,

¹⁵⁵ Report on Eastern Europe, 18.10.1991, S.40;

¹⁵⁶ Der Spiegel, 04.11.1991, S. 213 ff.;

aus dem Präsidium der Akademie der Wissenschaften, von den Führungspositionen in Radio, Fernsehen und Nachrichtenagenturen, von Führungspositionen in Universitäten und Hochschulen, von hohen Managementpositionen in staatlichen Betrieben, sowie vom Amt eines Richters und Staatsanwalts. Personen, die diese Funktionen innehatten oder sich um eine solche bewarben, mußten sich an die Leitung ihres Amtes oder ihres Betriebes wenden, und eine Bestätigung darüber beantragen, daß sie nicht für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst gearbeitet hatten. Sie mußten eine beeidete Erklärung beantragen, daß sie weder höhere Parteifunktionäre der KPC, noch Angehörige der Volksmiliz, noch Studenten an einer sowjetischen Polizeihochschule waren. Aber auch der einzelne Bürger hatte nach dem Gesetz das Recht, eine Bescheinigung beim Innenminister anzufordern, die ihm bestätigt, nicht als Informant oder Agent der Staatssicherheit tätig gewesen zu sein.

Die Reaktionen auf das Inkraftsetzen des Gesetzes in der CSFR waren zweigeteilt. Die Betreiber der Verschärfung des Lustrationsgesetzes waren naturgemäß mit dem Resultat zufrieden. Politiker des bürgerlichen Spektrums äußerten sich durchwegs positiv und bezeichneten das Gesetz als wichtige Voraussetzung für die Reinigung des öffentlichen Lebens. Die Bevölkerung stand anfangs dem Lustrationsgesetz eher positiv gegenüber. Sie war wahrscheinlich die treibende Kraft, weil sie in Umfragen das Weiterexistieren der alten Strukturen in der neuen Demokratie als schweres Hindernis betrachtete. Jan Sokol von der Bürgerbewegung behauptete sogar, daß das Parlament handeln mußte, "sonst wäre es hinweggefegt worden"¹⁵⁷. Es ist wahrscheinlich, daß die tägliche Erfahrung der Menschen in der CSFR, daß in den neuen Ämtern wieder die alten Beamten saßen, zu einigem Unmut in der Bevölkerung geführt hat. Der Versuch der neuen "ruling elite", mit juristischen Mitteln ihre Macht zu stabilisieren, erfüllte gleichzeitig die eine Funktion eines sozialen Regulativs. Die Hauptfunktion des Gesetzes war allerdings die Sicherheitsfunktion. Die neue "ruling elite" konnte ihre Macht festigen, indem ihr größter Gegner, nämlich der starre, noch von der alten "ruling elite" installierte Verwaltungsapparat, ausgeschaltet wurde. Andererseits erwarb sich die neue Führung damit Legitimation, die sie dringend nötig hatte. Denn die organäre revolutionäre Legitimation schwand auch in der Tschechoslowakei sehr bald.

Der zweite wichtige Gesetzesakt, der vom Parlament zur Auflösung der alten Herrschaftsstrukturen gesetzt wurde und zum Instrument der Stigmatisierung zu zählen ist, war eine Novelle des Paragraphen 260 des tschecho-slowakischen

¹⁵⁷ Die Zeit, 22.11.1991, S.11;

Strafgesetzbuches. Diese Novelle, die Mitte Dezember 1991 beschlossen wurde, verbietet die Propagierung von Klassenhaß und kommunistischer Ideologie mit einer Stafandrohung zwischen ein und fünf Jahren und setzt sie damit mit faschistische Propaganda gleich.¹⁵⁸

Als Instrumente der Stigmatisierung, die sozial regulativ und legitimierend wirken sollten, können die Gerichtsverhandlungen gegen einzelne ehemalige Spitzenfunktionäre der KPC - etwa gegen Stepan, Kincl, Lorenc, Vykypel - gelten. Diesen Spitzen des Polizeiapparats wird Amtsmißbrauch und die Vernichtung von Akten des Sicherheitsdienstes vorgeworfen. KP-Funktionäre wie Jakes, Bilak, Hoffmann, Lenart oder Mlynar sind zwar des Landesverrats für schuldig erklärt worden, eine strafrechtliche Verfolgung unterbleibt aber, weil die Vergehen von 1968 verjährt sind.

b.) Deutsche Demokratische Republik

Auch wenn für alle Länder Mittel- und Osteuropas spezifische Merkmale geltend gemacht werden können, so muß besonders für DDR eine Sonderstellung reklamiert werden. Entstanden durch die Sicherung der Einflußsphären am Beginn des Kalten Krieges, war die DDR ein neues Gebilde, dem erst die Staatlichkeit übergestülpt werden mußte. Ein Jahr nach dem Fall der Mauer, dem Symbol der Blockkonfrontation, ging die DDR in ihrem westlichen "counterpart", der Bundesrepublik Deutschland, auf. Dieser Verlust der staatlichen Souveränität überlagerte zunehmend den Wechsel der ostdeutschen Eliten. Trotzdem kann der Sonderfall des Elitenwechsel in der DDR mit anderen Staaten verglichen werden.

Als Ende der 60er Jahre das dem Tod Stalins folgende Reformprogramm abgebrochen wurde, richtete sich die "ruling elite" in einem relativ stabilen System ein. In dieser Phase, die Sigrid Meuschel als "real-existierender Sozialismus" von 1971 bis 1989 ansetzt, entwickelte sich die DDR zu einem relativ stabilen "diktatorischen Wohlfahrtsstaat".¹⁵⁹ Die Konsumbefriedigung verschaffte der "ruling elite" Legitimation und Stabilität, nicht mehr die Ideologie. Damit verbunden war eine gewisse Erweiterung des individuellen Spielraums, in dem sich Ansätze einer

¹⁵⁸ Die Presse, 13.12.1991, S.4;

¹⁵⁹ Meuschel 1991, S.38;

"civil society" bilden konnte. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei bildete sich ein System heraus, daß zwar vordergründig die Ideologie pflegte, seine Legitimität aber aus ökonomischen Leistungen ableitete. Als die Wirtschaftskrise Ende der 80er Jahre die Basis dieser Legitimität angriff, konzentrierte sich die "ruling elite" nur mehr auf unflexibles Halten der Macht. Trotz der Tradition der kritiklosen Anpassung an die Sowjetunion machte die Elite um Honecker die Reformbewegung der "perestrojka" und "glasnost" nicht mit, stand ihr sogar skeptisch gegenüber.¹⁶⁰ Es ist zu vermuten, daß die ostdeutsche "ruling elite" auf das Scheitern Gorbatschows in der Sowjetunion spekulierte, und sich somit - gemeinsam mit der CSSR - als letzter Verfechter des Sozialismus verstand. Wie weit sich die Sowjetunion von der alten "ruling elite" der DDR entfernt hatte, zeigte Gorbatschows Rede am 40.Feiertag der Staatsgründung der DDR. Charakteristisch für die "ruling elite" um Honecker in den 80er Jahren war ihre Entfernung von der Realität. Ein Beispiel dafür war Mielkes Rede in der Volkskammer, in der er sein Vorgehen mit "Ich liebe euch doch alle.." rechtfertigte. "(...) Die Machtelite blieb auch in der Ära Honecker eine allenfalls respektierte Minderheit. Die Mehrheit der Bevölkerung stand ihr im Grunde genommen weithin distanziert gegenüber. Die Mächtigen schotteten sich ab und agierten vor allem hinter den verschlossenen Türen der großen Herrschaftsapparate von Partei, Staat und Massenorganisationen, von Armee und Staatssicherheitsdienst."¹⁶¹

Die Opposition in der DDR war - verglichen mit anderen Staaten - ungleich schwächer. Das drückte sich im weitgehenden Fehlen von Revisionismus und Dissens aus.¹⁶² Die DDR-Führung erreichte das durch radikale Ausgrenzung des Dissens, der bis zur massenhaften, forcierten Emigration ging. Deshalb gelang es den ostdeutschen Intellektuellen nie, nach dem Vorbild der Solidarnosc mit der Bevölkerung ein breit angelegtes Bündnis einzugehen, um gegen die kommunistische "ruling elite" zu opponieren. Der Zusammenschluß von Bürgern und Intellektuellen gegen das Regime gelang nur kurz für einige Wochen im Herbst 1989. Die Intellektuellen, die zum Teil noch den demokratischen Sozialismus in der DDR anstrebten, konnten sich kurzfristig an die Spitze der Massenbewegung setzen, wurden aber bald von den neuen Forderungen der Demonstranten "Wir sind ein Volk" an den Rand gedrückt und schließlich von politischen Bühne verdrängt.

¹⁶⁰ Deutlich wurden die Differenzen mit der UdSSR, als in Ostdeutschland 1988 das sowjetische Magazin "Sputnik" verboten wurde, weil es zu reformfreundlich war.

¹⁶¹ Meyer 1991, S.401f.;

¹⁶² Rolf Bahros "Die Alternative" ist wohl das bekannteste Buch dieser Kategorie, das - obwohl 1977 geschrieben - reformkommunistischen Inhalt hatte.

Eine wichtige Rolle bei der kurzfristigen Etablierung der Opposition spielte der Schutz durch die evangelische Kirche, unter dem sich zuerst eine aus literarischer und wissenschaftlicher Intelligenz zusammengesetzte Widerstandsbewegung bildete.¹⁶³ Offensichtlicher Auslöser, der diese kleine Gruppierung zu einer Masse von 500.000 im November 1989 anschwellen ließ, waren der Fortgang der Reformen in der UdSSR, in Ungarn und im Nachbarland Polen sowie Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989. Unterstützung erhielt die sich formierende "counter elite" durch die "Abstimmung mit den Füßen", durch Auswanderungsflut, die nach der Öffnung der ungarischen Grenzen zu Österreich Anfang Mai 1989 einsetzte.¹⁶⁴ Zum ersten Mal wirkte die Emigration nicht als ein Zeichen der Resignation, sondern des Protests. Eine Struktur erhielt die bis dahin lose zusammengehaltene Opposition mit der Gründung des "Neuen Forums" am 9./10.09.1989.

Der alten "ruling elite" gelang es bis zuletzt, nach außen homogen zu bleiben. Erst das Ausscheiden Honeckers, Mittags und Herrmanns aus ihren Funktionen am 18.10 zeigte den Machtkampf innerhalb der SED. In der "ruling elite" hatten bis zu diesem Zeitpunkt die "hard liner" ein deutliches Übergewicht. Nun bestimmte mit Egon Krenz ein "democratizer" die neue Parteilinie, der versuchte, die Macht der SED durch radikale Reformen zu erhalten. Durch Reiseerlaubnis und Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung hoffte er, die "ruling elite" an der Macht halten zu können.

Die "counter elite" der DDR, die sich im Laufe der Massendemonstrationen herausgebildet hatte und von Intellektuellen dominiert wurde, kam kaum dazu, die alte "ruling elite" abzulösen. Schon im Dezember 1989 waren erste Stimmen zu hören, die die Vereinigung beider deutscher Staaten forderten ("Wir sind ein Volk"). Das Ablaufmuster der Transition wurde fortan überlagert von der Vereinigung beider Staaten. Mit den ersten freien Wahlen zur Volkskammer übernahm zwar eine DDR-Elite die Macht, allerdings schon dominiert von westdeutschen Einflüssen. Während das Bündnis '90, Hauptorganisator der Demonstrationen und die eigentliche DDR-"counter elite", 3% erhielt, kam die CDU auf 48% der Stimmen. So kam es zwar in der DDR zum Sturz der alten "ruling elites", aber die nachfolgende Elite war nicht die bereitstehende "counter elite" der DDR. Mit den ersten freien Volkskammerwahlen kam eine auf Westdeutschland ausgerichtete und über

¹⁶³ Deppe/Dubiel/Rödel 1991, S.19;

¹⁶⁴ siehe: Chronik der Fluchtwelle aus der DDR, in: Der Fischer Welt Almanach, Sonderband DDR, S.138ff.;

westdeutsche Parteien gewählte "hold-over" - Elite an die Macht, die die deutsche Einigung stabilisierten. Mit dem Einigungsvertrag wurden Ostdeutschland bundesdeutsche Strukturen der Aufwärtsmobilität übergestülpt. Damit gestaltete sich das Problem der Absetzung alter Eliten leichter als anderswo. Mit dem Wegfall der DDR-Strukturen verschwanden gleichzeitig die meisten Eliteposten der alten "ruling elite". Die später einsetzende "Abwicklung" diente nur mehr zur Absicherung des schon eingeleiteten Elitenwechsels.

Damit lag es in den Händen der gesamtdeutschen "ruling elite", über Stabilisierungsstrategien für den neuen Staat zu entscheiden. Im vereinigten Deutschland trat im Jänner 1992 ein Gesetz in Kraft, das sich begrenzt mit dem Austausch der Administration im Osten Deutschlands beschäftigt. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz¹⁶⁵ erhebt den Anspruch, zwei Aufgaben zu erfüllen: Zum einen regelt es ausführlich den Umgang mit den Akten der ehemaligen Staatssicherheit, es ermöglicht jedem Betroffenen, die Akten einzusehen. Hierbei spielt vor allem der psychologische Effekt eine Rolle. Zum zweiten wird geregelt, welche Informationen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen zugehen, die ehemalige Mitarbeiter der Stasi beschäftigen bzw. auf welche Weise sich die Stellen über das Vorleben ihrer Angestellten informieren können. Die Gesetzesstelle, die dieses regelt, hat vom Ansatz her Ähnlichkeit mit dem Lustrationsgesetz der CSFR von 1991. Der Unterschied dabei ist allerdings, daß in Deutschland der Austausch der Administration von den einzelnen Behörden abhängt, und nicht - wie in der CSRF - bundesgesetzlich einheitlich geregelt ist.

Grundsätzlich soll das StUG die Erfassung, Erschließung, Verwaltung und Verwendung der Stasi-Unterlagen regeln. Vier Ziele des Gesetzes werden im Paragraph 1 genannt:

- dem einzelnen den "Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gespeicherten Informationen zu ermöglichen",
- den "einzelnen davor zu schützen, daß er durch den Umgang mit den (...) zu seiner Person gespeicherten Informationen in seinem Persönlichkeitsrecht eingeschränkt wird",
- die historische, politische und juristische Aufarbeitung soll gesichert werden,

¹⁶⁵ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz-StUG) vom 20. Dezember 1991; zitiert nach: Krone/Kukutz/Leide 1992, S.83ff.;

- und den öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen sollen Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Erfaßt, verwahrt und verwaltet werden die Unterlagen vom sogenannten "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik". Dieser erste Abschnitt bestimmt auch das Recht jedes Einzelnen, Auskunft darüber zu verlangen, "ob in den erschlossenen Unterlagen Informationen zu seiner Person enthalten sind", verbietet gleichzeitig aber auch die Verwendung von personenbezogenen Informationen über Betroffene oder Dritte, wenn sie zum Nachteil der Person verwendet werden könnten.

Im zweiten Abschnitt des StUG regelt die zentrale Erfassung der Unterlagen des MfS und die Pflicht sowohl der öffentlichen als auch der nicht-öffentlichen Stellen, Unterlagen an die Behörde herauszugeben. Art.11 Abs.5 trifft die grundsätzliche Feststellung, daß, wenn "hauptamtliche Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in den öffentlichen Dienst eingestellt oder im öffentlichen Dienst weiterbeschäftigt" werden, ihre Akten an die zuständige personalaktenführende Stelle herauszugeben sind. Paragraph 14 des 2. Abschnitts regelt einen neuralgischen Punkt des Austausches der Administration, den Ablauf der Frist zur Benachteiligung von früheren Stasi-Mitarbeitern. Auf Antrag können die zu einer Person geführten Unterlagen "einschließlich der Hilfsmittel, die dem Auffinden der Unterlagen dienen", anonymisiert werden. Das Gesetz legt dafür als Zeitpunkt 1997 fest, also nach einer Frist von 5 Jahren, ab dem Anträge zur Anonymisierung und Löschung der Daten entgegengenommen werden.

In einem weiteren Abschnitt regelt das Stasi-Unterlagen-Gesetz die "Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen". Es ist Aufgabe des Bundesbeauftragten, Mitteilungen zu machen, Einsicht in die Unterlagen zu gewähren und diese auszuhändigen. Bei Anträgen prüft der Bundesbeauftragte den Verwendungszweck, nicht-öffentliche Stellen müssen eine Berechtigung vorlegen. Ersuchen von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, wenn sie als Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft handeln, werden ungeprüft erfüllt.

In Artikel 20 und 21 befindet sich ein Gesetzesteil, der - ähnlich dem zur gleichen Zeit beschlossenen Lustrationsgesetz in der CSFR - die Überprüfung von Personen auf ihre Beziehung zur Staatssicherheit regelt. Er listet die Dienststellen auf, für die eine Überprüfung vorgesehen ist, so etwa für Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen, Abgeordnete, Personen im öffentlichen Dienst, Notare, Rechtsanwälte, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer,...usw. Eine weitere Personengruppe - Vorstände von politischen Parteien, ehrenamtliche Richter oder Kirchenfunktionäre, Betriebsräte - kann mit ihrer Einwilligung überprüft werden. Vom Gesetzgeber wurde für diese Regelung eine Geltungsfrist von 15 Jahren vorgesehen. Das Gesetz bestimmt, daß "nach Ablauf der Frist die Tatsache einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst dem Mitarbeiter im Rechtsverkehr nicht mehr vorgehalten werden und nicht zu seinem Nachteil verwertet werden (darf)".

Im weiteren regelt der Gesetzgeber die Fälle, in denen der Bundesbeauftragte von sich aus aktiv werden kann, und die zuständigen öffentlich-rechtlichen Stellen von der Tätigkeit einer Person für die Staatssicherheit unterrichten muß. Dies gilt für Beamte, Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare und für Personen im kirchlichen Dienst. Ebenfalls von sich aus aktiv werden muß der Bundesbeauftragte, wenn er Hinweise auf Straftaten oder Gefahren für die öffentliche Sicherheit erhält. Ähnliches gilt auch für die nicht-öffentlichen Stellen, v.a. für politische Parteien und für Betriebe.

Was den Elitenwechsel in der DDR erleichtert, ist das Aufgehen in einem gesamtdeutschen Staat. Damit ist Ostdeutschland ein Sonderfall unter den Staaten Mittel- und Osteuropas, da sich durch die Aufgabe der staatlichen Souveränität der DDR und durch die Vereinigung mit der BRD völlig neue humane Ressourcen eröffneten. Damit fällt auch das Problem weg, das Rousso so formuliert: "Kann man die politischen, wirtschaftlichen und administrativen Eliten in einem Land säubern, ohne dessen inneres Gleichgewicht zu gefährden?" Im Sonderfall Deutschland wurde dieses Problem gelöst, indem die politischen und wirtschaftlichen Spitzenpositionen teilweise mit Westdeutschen besetzt wurden (z.B. Biederkopf als Ministerpräsident von Sachsen oder Lothar Spät als Vorstandsvorsitzender des Zeiss-Unternehmens Jenaoptik in Thüringen).

Ob der schon vollzogene Elitenwechsel allerdings der Verdienst des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist, kann bezweifelt werden. Zum einen, weil das Gesetz erst Ende 1991 in

Kraft getreten ist. Der eigentliche Prozeß des Elitenwechsels ging schon vor Wirksamwerden des Stasi-Unterlagen-Gesetzes über die Bühne. Was per Gesetz jetzt vorgeschrieben wurde, ist eigentlich nur eine rechtliche Fundierung im nachhinein. Zum anderen ist das Gesetz so formuliert, daß es nicht festlegt, wie eine öffentliche oder nicht-öffentliche Stelle auf die Mitteilung, in ihren Reihen befinde sich ein Stasi-Mitarbeiter, reagieren muß. Das steht z.B. im Gegensatz zum Lustrationsgesetz der CSFR, das explizit eine Entlassung des Beschuldigten fordert.

Positiv formuliert ist das Stasi-Unterlagen-Gesetz flexibler. Für öffentlich-rechtliche Stellen kann der Staat durch Verordnungen die Entlassung der Beschuldigten bewirken. Flexibilität wird somit vor allem den nicht-öffentlichen Stellen zugestanden, also vor allem den Parteien und den Betrieben, die bei einer strengeren Gesetzeslage die Mehrzahl ihrer Spezialisten entlassen müßten¹⁶⁶. Es ist meist trotz der in Westdeutschland zur Verfügung stehenden Ersatzeliten nicht möglich, ohne die alten Funktionseliten aus Wirtschaft und Verwaltung auszukommen.

Zusammengefaßt hat das Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht den Elitenwechsel auf breiter Basis gewährleistet, einfach weil es zu spät in Kraft trat. Allerdings kann es als eine gute (und vor allem flexible) Basis für die Gewährleistung der Kontinuität dieses Elitenwechsels gelten. Darüber, daß dieser Wechsel der Administration gelang, sind sich die meisten einig. Jürgen Habermas zieht für Deutschland den Vergleich mit der Entnazifizierung: "Während eine wirkungslose Entnazifizierung die fast ungebrochene personelle Kontinuität des Adenauerregimes mit der Nazizeit nicht hatte verhindern können, sorgen heute die vom Westen (von Westdeutschland, Anm.d.A.) forcierten Abwicklungs- und Überprüfungsverfahren für einen Elitewechsel in öffentlichen Bereichen wie Politik, Verwaltung, Justiz, Erziehungswesen, Universität und so weiter."¹⁶⁷

¹⁶⁶ Lothar Späth bringt es auf den Punkt, indem er sagte, wenn einer von seinen Facharbeitern keine Stasi-Kontakte gehabt hätte, wäre er entweder völlig unqualifiziert und deshalb unwichtig gewesen, oder aber er ließ seine Akten verschwinden. In beiden Fällen würde er so einen Arbeiter entlassen (Deutschland Funk, 03.11.1992).

¹⁶⁷ Habermas 1992, S.83;

2.3. Der eliteninterne Wechsel

Es ist die Voraussetzung für den Machtwechsel von der "ruling elite" zur "counter elite", daß letztere überhaupt existiert. Das hängt mit der Ausprägung der "civil society" bzw. mit dem Grad der autoritären/totalitären Herrschaft zusammen. In den folgenden Staaten konnte sich aus unterschiedlichen Gründen keine "counter elite" ausbilden, deshalb konnte kein Elitenwechsel stattfinden. Was stattfand, war ein Wechsel innerhalb der "ruling elite", ein "eliteninternen" Austausch, der eine andere Subgruppierung der alten Elite an die Macht brachte.

a.) Bulgarien

Es hatte gute Gründe, daß Bulgarien als 16. Sowjetrepublik bezeichnet wurde.¹⁶⁸ Die engen Verbindungen Bulgariens zu Rußland hielten seit 1878 - seit der Befreiung durch Rußland vom Türkischen Reich - an. Eine prorussische und panslawische Einstellung ist in der bulgarischen Bevölkerung immer noch stark verbreitet. Versagte der Kommunismus als Modernisierungsinstrument in vielen Ländern, so gelangen ihm im agrarischen Bulgarien gewisse Erfolge, vor allem was die soziale Mobilität der unterprivilegierten Schichten betrifft. Das trug dazu bei, daß in der ersten Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft die "ruling elite" nicht mit dem Problem ihrer Legitimation zu kämpfen hatte.

Schiwkow übernahm 1962 zum Parteivorsitz der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) noch das Amt des Ministerpräsidenten. Sein Vorgänger, Wulko Tscherwenkow, etablierte in Bulgarien ein stalinistisches System, das dem in der Sowjetunion ebenbürtig war. Doch auch unter Schiwkow kam es zu keiner nennenswerten Liberalisierung der Gesellschaft. Bis Mitte der 80er Jahre existierte so gut wie keine Opposition, geschweige denn eine "counter elite". Daß kein Anzeichen einer sich entwickelnden "civil society" vorhanden war, zeigt der Umstand, daß es nie zu Widerstand von unten in Form von Massenaufständen wie in Ungarn 1956 oder in der CSSR 1968 kam. Wenn Opposition gezeigt wurde, so nur innerhalb der "ruling elite". Die intellektuelle Elite Bulgariens war relativ klein, und sie war strikt in die Führungsstrukturen der BKP eingebettet. Dissens kam auch deshalb kaum vor, da

¹⁶⁸ Schiwkow soll zwei Mal - 1963 und 1964 - versucht haben, den Anschluß Bulgariens an die Sowjetunion durchzusetzen.

"die Allmacht der Bulgarischen Kommunistischen Partei durchaus mit einer interessanten Flexibilität gepaart war, die auf Stimmungen und Veränderungen in gewissem Sinne reagieren konnte"¹⁶⁹. Todor Schiwkow hielt sich mit Erfolg an den Wahlspruch Ludwig XI. "diverser pour régner". Es gelang ihm "to implement a successful policy of dividing or corrupting the intelligentsia while not creating martyrs and saints"¹⁷⁰. Das hatte zur Folge, daß sich weder eine Protestkultur noch eine politische Kultur entwickeln konnte.

Auch in Bulgarien beeinflusste der Amtsantritt Gorbatschows die Innenpolitik. Zum erstenmal traten oppositionelle Gruppierungen 1985 auf, die sich nicht so sehr gegen das kommunistische System, sondern vor allem gegen die allmächtige Herrschaft Todor Schiwkows richteten. Die Hauptträger dieser Oppositionsbewegung waren Intellektuelle aus dem Universitätsmilieu und Journalisten. Die "ruling elite" reagierte - dem Vorbild Sowjetunion zumindest dem Schein nach folgend - mit der "preustroistwoto", der bulgarischen Variante von Gorbatschows "perestroika".¹⁷¹

Ähnlich wie in Rumänien begann der Systemwechsel mit einem Putsch innerhalb der "ruling elite". Georgi Karasimeonov beschreibt den eliteninternen Wechsel und die Beweggründe der Putschisten präzise und schlüssig: "Er (der innerparteiliche Putsch, A.d.A.) wurde von einer Gruppe jüngerer Mitglieder der Parteielite organisiert und geleitet, die sich Schiwkow widersetzte und von Moskau unterstützt wurde. Sie vollzog den Regimewechsel in dem Ehrgeiz, einen der Perestroika Gorbatschows ähnlichen Prozeß einzuleiten und das Land zu einem 'modernen' sozialistischen Staat mit begrenztem Pluralismus und marktwirtschaftlichen Mechanismen zu machen. Ihr Ziel war es, den Wendeprozeß zu steuern, dabei an der Macht zu bleiben und die politische Opposition im Rahmen eines gemäßigten Antikommunismus, der die politischen und insbesondere die materiellen Interessen der Nomenklatura nicht gefährdet, möglichst gut zu kontrollieren."

Während in Polen, der Tschecho-Slowakei und in Ungarn bürgerliche Regierungen an die Macht kamen und sich die DDR schon auf die Vereinigung mit der BRD

¹⁶⁹ Gantschew 1992, S.85;

¹⁷⁰ Todorova 1992, S.162;

¹⁷¹ Die Bulgaren verwendeten statt "preustroistwoto" die russisch-bulgarische Wortschöpfung "perestruwka", was soviel heißt wie "so tun als ob" (Troebst 1990). Andere sagen, die "preustroistwoto" dauerte nur von 10.11. bis 14.12.1990, also vom Sturz Schiwkows bis zu den ersten Demonstrationen gegen den Kommunismus (Todorova 1992, S.163).

vorbereitete, erhielten die zur BSP - zur Bulgarischen Sozialistischen Partei - mutierten Kommunisten im Juni 1990 noch satte 48 Prozent der Stimmen und die Mehrheit im Parlament. Ähnlich wie in Albanien schien die Überlebensstrategie der alten "ruling elite" aufzugehen. Die schwache Opposition hatte kaum Zeit, sich zu formieren und zu profilieren. Erst bei den Wahlen im Oktober 1991 setzte sich die neokonservative "Union der Demokratischen Kräfte" (UDK), eine "umbrella"-Organisation der Mitte-Rechts - Parteien, knapp mit 34% gegen die Bulgarische Sozialistische Partei durch.

In Bulgarien gelang es Teilen der alten "ruling elite" offensichtlich besser als in anderen Staaten, durch frühzeitige aktive Liberalisierung und Demokratisierung die Macht teilweise erhalten zu können. Eines der ersten Gesetze der neuen Regierung unter Filip Dimitrow war die Enteignung der BSP. Damit verlor die BSP zwar ihren finanziellen Vorsprung vor den anderen Parteien, dennoch bleibt sie die einzige im Parlament vertretene Linkspartei mit 450.000 Mitgliedern, hohem Organisationsgrad und großen personellen Reserven.

b.) Rumänien

Rumänien ist aus vielen Gründen ein Sonderfall. Ähnlich wie Albanien und Jugoslawien konnte sich Rumänien nach dem 2. Weltkrieg dem Zugriff der Sowjetunion erfolgreich entziehen, was im Abzug sowjetischer Truppen 1958 seinen Höhepunkt fand. Durch den Widerstand, den die Rumänische Kommunistische Partei den Integrationsbestrebungen der Sowjetunion entgegensetzte, bildete sich ein spezifisch rumänisches politisches System aus. Gherghiu-Dej, der bis 1965 die Innenpolitik dominierte, setzte auf den "Nationalen Kommunismus" als Mittel zur Abgrenzung gegen die UdSSR. Sein Nachfolger Ceausescu setzte den radikalen Kurs der Autarkie fort, begleitet von Personenkult stalinistischer Prägung.¹⁷²

Diese Ziele konnten nur in einer totalitären Gesellschaft durchgesetzt werden, in der die Politik alle anderen Lebensbereiche kontrolliert. Die Dichte des Geheimdienstnetzes der Securitate war so hoch wie sonst nirgendwo, die

¹⁷² Die Autarkie Rumäniens wurde durch eine Vielzahl symbolischer Handlungen betont, z.B. die Anerkennung Israels, die Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, die Nichtteilnahme am Einmarsch in die CSSR, die Ablehnung des RGW, der Beitritt zum IWF,...etc.

Nomenklatura war mit einer halben Million (bei 23 Millionen Einwohnern) so ausgedehnt wie in keinem anderen Land des Sowjetblocks. Diese durch und durch politisierte Gesellschaft ließ keinen Raum für den kleinsten Ansatz einer Entwicklung der "civil society". Die Ausprägung einer "counter elite" war somit in Rumänien von vornherein ausgeschlossen.

In Rumänien war aus diesen Gründen weder ein evolutionärer, "paktierter" Elitenwechsel wie in Ungarn oder Polen noch ein radikaler Wechsel wie in der CSSR und in der DDR möglich. Die Voraussetzung dafür wäre die Existenz zumindest eines Ansatzes einer "counter elite" außerhalb der "ruling elite" gewesen.

Im Dezember 1989 kam es unter dem Eindruck der Umbrüche in der DDR und CSSR zum Volksaufstand, der sofort zu einem konterrevolutionären Staatsstreich umgelenkt wurde. Ob der Volksaufstand spontan begann, und er dann instrumentalisiert wurde, oder ob er von langer Hand vorbereitet war, wird wahrscheinlich unklar bleiben. Die "Front der Nationalen Rettung", die sich geschickt an die Macht gebracht hatten, war eine Gruppierung innerhalb der "ruling elite", die von Ceausescu abgedrängt und marginalisiert wurde. Gemeinsam mit Teilen der Armee und der Securitate wurde der Staatsstreich durchgeführt, der sich vor allem gegen den sich jeden Reformen widersetzenen Ceausescu richtete. "(...) Die Mitglieder des eigentlichen Machtzentrums (der Front, A.d.A.), des Exekutivbüros, waren fast ausnahmslos (ehemalige) Kommunisten, während die nichtkommunistischen Intellektuellen zwar zur Legitimierung der Machtergreifung der "Front" herhalten mußten, vom eigentlichen Machtzentrum aber ausgeschlossen blieben."¹⁷³

Welche Rolle die Hegemonialmacht Sowjetunion beim Staatsstreich spielte, ist - wie so vieles in Rumänien - unklar. Es fällt aber auf, daß die "Front der Nationalen Rettung" ähnliche Konzeptionen vertrat wie Gorbatschow mit der "perestroika". Offensichtlich versuchte ein Teil der "ruling elite", mit dem Staatsstreich ihre eigene Macht abzusichern, indem sie die Ceausescu-treue Gruppe eliminierte und damit Reformen möglich machte. Daß das politische System ursprünglich nicht verändert werden sollte, macht eine Aussage von Ion Illiescu deutlich, der sich Anfang 1990 offen als Interessensvertreter der Nomenklatura deklarierte. Laut Corneliu Bogdan sollte nur die oberste politische Ebene - die der Minister - ausgetauscht werden, der

¹⁷³ Kolar 1992, S.518;

gesamte Apparat sollte aber erhalten bleiben. Die "Front der Nationalen Rettung" wollte somit keineswegs eine tiefgreifenden Veränderung oder gar eine Revolution, sie wollte die Restauration der alten Ordnung. "Die neuen Machthaber hatten sich diesen Volksaufstand - sofern sie ihn nicht sogar provoziert haben - zunutze gemacht, um einen Regierungswechsel von Ceausescus nationalkommunistischem, reformfeindlichem Zentralismus hin zu einem reformistisch-liberalen kommunistischen Regime 'à la Perestroika' herbeizuführen".¹⁷⁴

Von der Beschäftigung mit der Vergangenheit ablenken und soziale Spannungen kanalisieren sollten die Exekution Ceausescus und seiner Frau und die darauf folgenden groß angelegten Enthüllungen über ihn und seine Familie. Darauf kam es im Laufe des Jahre 1991 zu einigen Verhaftungen prominenter Mitglieder der ehemaligen "ruling elite". So verurteilte im März ein Militärgericht 15 führende KP-Funktionäre zu bis zu 66 Monaten Haft. Im Juli wurde der ehemalige Securitate-Chef Iulian Vlad wegen Beihilfe zum Völkermord im Dezember 1989 vom Obersten Militärgericht Rumäniens zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.¹⁷⁵ Anneli Ute Gabanyi vom Münchner Südost-Institut spricht dabei von einem "Anti-Kult als Vergangenheitsverdrängung", von geschickt inszeniertem "kollektiven Exorzismus", daß "hier nicht 40 Jahre kommunistischer Vergangenheit bewältigt, sondern daß ein Popanz aufgebaut werden sollte, der von den wahren Ursachen der nationalen Katastrophe ablenken sollte und der geschickt verbarg, daß die anderen Mitverantwortlichen und die Verfechter des alten Regimes immer noch - oder wieder - am Ruder waren"¹⁷⁶.

c.) Albanien

In der Periode des Stalinismus arbeitete das kommunistische System in seiner eigenen Logik "effektiv" im Sinne der teilweisen Erreichung seiner (vom Zentrum der politische Macht gesteckten) Ziele.¹⁷⁷ Eines dieser Ziele war die Auslöschung der "civil society", zu der das stalinistische System sowohl den Willen als auch die Möglichkeit besaß. Endete diese Phase der Vernichtung in der Sowjetunion und im

¹⁷⁴ Gabanyi 1992, S.23;

Beobachter behaupteten zynisch, daß sich der Name "Front der nationalen Rettung" eher auf die Rettung der alten Elite als auf die Nation bezog.

¹⁷⁵ Fischer Weltalmanach '92, S.135;

¹⁷⁶ Gabanyi 1990, S.68 ff.;

¹⁷⁷ vgl. Mlynár 1983;

kommunistischen Mitteleuropa mit dem Tod Stalins 1953 bzw. mit dem XX.Parteitag der KPdSU 1956, so kam das Ende des Stalinismus in der Tschechoslowakei Mitte der 60er Jahre. In Albanien überlebte ein stalinistisches System gar bis 1990.

Mit dem Tod Enver Hoxhas 1985 ging eine lange Ära zu Ende, die seit 1945 von ihm geprägt worden war. Zuerst orientierte sich Albanien am sowjetisch-stalinistischen System, in dem die Wirtschaft verstaatlicht und die Einparteienherrschaft eingeführt wurden. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und dem Austritt aus dem Warschauer Pakt 1968 näherte sich Albanien der Volksrepublik China an. Doch auch von dieser Abhängigkeit trennte sich das Land Ende der 70er Jahre. Trotz dieser Distanz zur Sowjetunion und zu China unterschied sich das politische System bzw. die Struktur der albanischen Eliten kaum von anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Das eigentliche Machtzentrum lag in der albanischen Partei der Arbeit, der "Partia e Punës", und vor allem beim "ersten Sekretär des Zentralkomitees". Es ist bezeichnend, daß die "ruling elite" Albaniens "Stalins Statthalter" genannt wurden.¹⁷⁸ Kein Land des Sowjetblocks wurde so brutal regiert wie Albanien. Von der Ausbildung einer "civil society" kann nicht einmal in Ansätzen gesprochen werden, denn unkontrollierten Freiraum ließ die albanische Partei der Arbeit niemandem. Das albanische System ähnelte bis Ende der 80er Jahre dem totalitären Überwachungsstaat Sowjetunion unter Stalin. In manchen Dingen wurde die UdSSR sogar noch übertroffen, etwa in dem Bestreben, einen rein atheistischen Staat zu schaffen.¹⁷⁹ Die Zahl der politischen Gefangenen soll in die Zehntausende gegangen sein, Todesstrafe, Verbannung und Zwangsarbeit im Konzentrationslager in Spac waren übliche Mittel der Bestrafung politisch Andersdenkender.

Ramiz Alia, der Enver Hoxha 1985 nachfolgte, änderte zuerst wenig an Hoxhas Führungsstil. Auch er pflegte den Personenkult und zeigte kaum Bereitschaft zu Reformen. Aber auch Albanien konnte sich nicht dem Einfluß des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa entziehen. Zwar wirkte sich der "Gorbatschow - Effekt", die Aufhebung der "Breschnew - Doktrin", aufgrund der Eigenständigkeit des Landes kaum auf Albanien aus. Doch zeigten sich nach den ereignisreichen Monaten Ende 1989 doch erste Anzeichen einer Änderung. Offensichtlich fühlten sich die Gegner des Regimes nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ungarn, Polen, der CSSR, der DDR, Rumäniens und den Auflösungserscheinungen im an Albanien

¹⁷⁸ in: Die Weltwoche, 28.01.1993;

¹⁷⁹ In der albanischen Verfassung von 1967 wird erklärt, daß der Staat keinerlei Religion anerkannt bzw. die atheistische Weltanschauung fördert. Diese Aussage kam dem Verbot jeglicher religiösen Betätigung gleich.

grenzenden Jugoslawien ermutigt. Zentrum des Widerstandes gegen die herrschende Elite waren die Universitäten. Die ersten Unruhen in Shkodra Anfang 1990 wurden brutal niedergeschlagen, was 4 Menschen das Leben kostete. Zu dieser Zeit war die "ruling elite" offensichtlich nicht bereit, Konzessionen zu machen, die "hard liner" bestimmten das Vorgehen.

Im Laufe des Jahres 1990 änderte sich die Lage grundlegend. Zum einen gelang es Oppositionellen, sich in einer Partei zusammenzuschließen und so effektiver dem Regime Widerstand entgegenzusetzen zu können. Auf der Seite der "ruling elite" kam es offensichtlich zu einem Meinungsumschwung. Obwohl über die Vorgänge innerhalb der albanischen Partei der Arbeit kaum Informationen vorhanden sind, kann vermutet werden, daß sich eine Gruppe von "soft liners" unter der Führung des Hoxha-Nachfolgers Ramiz Alia in der Partei durchsetzte. Mitte 1990 waren erste Anzeichen einer Änderung der Haltung in der "Partia e Punës" zu erkennen (z.B. trat Albanien im Juni 1990 der KSZE bei). Seit dieser Zeit steuerte die "ruling elite" einen zögernden, aber unumkehrbaren politischen und wirtschaftlichen Reformkurs. Diese "Machtübernahme" durch die "soft liner", die eine begrenzte Liberalisierung anstrebten, war aber keineswegs der Beginn der Kapitulation der "Partia e Punës". Vielmehr sind die Parallelen mit Gorbatschows "perestroika" auffallend, die ursprünglich als ein Konzept zur Rettung der kommunistischen Macht gedacht war. Ramiz Alias "Bereitschaft zur Öffnung Albaniens, sein taktisches politisches Geschick gegenüber den stalinistischen "Betonköpfen" seiner Partei, die Zusagen und Versprechungen angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, seine Zustimmung zur Bildung eines Mehrparteiensystems und die Wiederherstellung der Religionsfreiheit haben ihm dazu verholfen, eine große Popularität in der Bevölkerung zu erreichen und die Führung des Landes in seinen Händen zu halten"¹⁸⁰. Der eingeschlagene Reformkurs war somit kein Weg zur Aufgabe der Macht der "ruling elite", sondern vielmehr der Versuch, nicht wie die anderen Staaten Mittel- und Osteuropas einfach hinweggefegt zu werden.

Doch bis dieser Reformkurs eingeschlagen wurde, kam es innerhalb der "ruling elite" zu wahrscheinlich heftigen Auseinandersetzungen über die Zukunft des Landes. Parteichef Alia schlug sich auf die Seite der Reformer, was den Ausgang der Kraftprobe entscheidend beeinflusste. Dazu kam der Druck von unten. Im Juni 1990 stürmten Albaner die Botschaften in Tirana, Anfang Dezember wurden aus Protestkundgebungen Massendemonstrationen. Schließlich wurden auf dem 13.

¹⁸⁰ Bata 1992, S.32;

Plenum der "Partia e Punes" fünf von elf Politbüromitglieder - die Gruppe der "hard liner", aus der Partei ausgeschlossen. Das bedeutete die endgültige Dominanz der "soft liner" in der Partei. Beschlossen wurden im folgenden die Zulassung von anderen politischen Parteien und Neuwahlen des Parlaments. Daß sich innerhalb des kurzen Zeitraumes bis zu den Wahlen keine andere politische Gruppe profilieren konnte, war wohl Kalkül. "Um diesen radikalen Schritt vor den "hardlinern" seiner Partei zu rechtfertigen, hob Alia hervor, daß die Zulassung anderer politischer Parteien ein Teil der von der Kommunistischen Partei eingeleiteten demokratischen Veränderungen sei."¹⁸¹

Die Opposition formierte sich am Beginn vor allem in der "Demokratischen Partei", später auch in anderen Parteien und Organisationen. Die "Demokratische Partei" war am Beginn eine Bewegung, die von Studenten, Professoren und anderen Intellektuellen am 14.Dezember gegründet wurde. "Protagonists were the students and teachers, later on the movement rapidly spread among the working people of Tirana and the entire country"¹⁸².

Die Rechnung der zur "Sozialistischen Partei Albanien" mutierten "Partei der Arbeit" ging kurzfristig auf. Bei den ersten Wahlen errang sie 67% der Stimmen, die größte Oppositionspartei - die "Demokratische Partei" - nur 30%. Dennoch war die einmal eingeleitete Demokratisierung nicht mehr aufzuhalten. Ein Jahr später, bei den Parlamentswahlen im März 1992, errang die "Demokratische Partei" 62% der Stimmen und verwies die "Sozialistische Partei" mit 25% auf Rang zwei.¹⁸³

Die neue "ruling elite" ging schnell daran, ihre Macht zu stabilisieren. Peter Meier, Korrespondent der dpa in Tirana, spricht von "politischen Säuberungen, die sie (die "Demokratische Partei" A.d.A.) nach ihrem Wahlsieg im März 1992 vorgenommen hatten. Tausende Albaner hatten ihre Jobs in der staatlichen Verwaltung verloren und waren durch DP-Anhänger ersetzt worden, die weniger nach Qualifikation als politischer Loyalität ausgewählt wurden. Korruption und Nepotismus machten sich breit und trugen mit zur wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung bei. (...) Innenminister Kopliku wurde schließlich beschuldigt, fundamentale Menschenrechte

¹⁸¹ ebenda, S.33;

¹⁸² laut einer Selbstdarstellung der "Demokratischen Partei", in: Short History of the Democratic Party of Albania, Kopien der DP, die Anfang 1993 in Tirana an ausländische Journalisten verteilt wurden;

¹⁸³ Zanga 1992, S.12;

zu verletzen und Anhänger der Sozialisten unter fadenscheinigen Vorwänden verhaften zu lassen."¹⁸⁴ Offensichtlich ging die neue "ruling elite" Albaniens mit der Absicherung ihrer Macht zu weit. Unter der Herrschaft Hoxhas konnten sich nicht einmal Ansätze einer "civil society" bilden, damit konnte sich keine "counter elite" etablieren, die nach pluralistischen Wahlen in der Lage gewesen wäre, die alte "ruling elite" zu ersetzen. Albanien ist ein Beispiel dafür, daß die Ersetzung der alten Administration mit der neuen Elite loyalen Leuten nur bis einem bestimmten Grad erfolgreich sein kann. Fällt der Wechsel innerhalb der Administration zu radikal aus, kommt es zu funktionalen Störungen innerhalb der staatlichen Verwaltung.

d.) Serbien

Nach dem Tod Titos 1980 begann in Serbien die Abrechnung mit ihm und seinem Konzept des Föderalismus. "Seit 1981 vereinigt der Kampf gegen die Verfassung von 1974 in Serbien ansonsten gegensätzliche ideologische Positionen. Es formierte sich eine breite Front aus den bürgerlichen Nationalisten, deren Ideologe der Schriftsteller Cosic¹⁸⁵ ist, den neofaschistischen Tschetniks um Seselj sowie den Neostalinisten in Armee und Sicherheitsapparat, das heißt aus nahezu der gesamten intellektuellen und bürokratischen Elite."¹⁸⁶ Als 1981 Studenten im Kosovo auf die Straße gingen, um gegen die Diskriminierung der Albaner im Kosovo zu demonstrieren, griff der Staat mit massiver Gewalt ein und verhängte den Ausnahmezustand. Dabei wurde auch den serbischen Eliten klar, daß der Föderalismus - sowohl der jugoslawische als auch der serbische - die größte Gefahr für ihre eigene Machtposition darstellte. Der Umgang mit dem autonomen Status des Kosovos bzw. der Wojwodina entwickelte sich damit zu einem Fall mit Symbolcharakter.

Die Frage des Föderalismus bzw. der beiden autonomen Provinzen in Serbien führte zu einem entscheidenden Machtkampf innerhalb der "ruling elite", der Kommunistischen Partei Serbiens. Auf der einen Seite standen die "soft liners", die - dem Vorbild Gorbatschows folgend - einen Kurs der Liberalisierung einschlagen wollten, um ihre Herrschaft auf eine breitere Legitimationsbasis stellen zu können. Dieser Gruppe stand ein anderer Teil gegenüber, der den Weg einer Liberalisierung à la Gorbatschow für zu riskant hielt. Die Gruppe der "hard liner" dagegen setzte auf

¹⁸⁴ Meldung der apa, 14.04.1993;

¹⁸⁵ Cosic wurde später unter Milosevic Ministerpräsident, im Juni 1993 von Milosevic zum "Vaterlandsverräter" gebrandmarkt und entlassen.

¹⁸⁶ Furkes 1991, S.71;

das Konzept eines "Panserbismus", eines serbischen Nationalismus zur Absicherung ihrer Interessen. "Anfang 1985 begannen führende Funktionäre (...) den als Hardliner auftretenden Milosevic, damals unbekanntes Mitglied des ZK und Direktor der Belgrader Bank, für die Kandidatur des ZK-Präsidentenschaft aufzubauen."¹⁸⁷ Milosevic hatte damals schon den Ruf, Gegner eines Pluralismus' zu sein, der die "ruling elite" Serbiens in Gefahr bringen könnte.

Im Mai 1986 konnten sich die "hard liner" durchsetzen, indem sie Milosevic zum Vorsitzenden des serbischen ZK machten. Die Dominanz der "hard liner" wurde im folgenden Jahr abgesichert. Auf der 8.Sitzung des ZK im September 1987 und in Folge dieser Sitzung wurden die prominentesten Kritiker des nationalen Kurses - Pavlovic, Bogdanovic und Stambolic - aus dem ZK ausgeschlossen. Das bedeutete eine Weichenstellung innerhalb Jugoslawiens, die bis heute die Ereignisse auf dem Balkan bestimmt. Denn mit der Dominanz der "hard liner" innerhalb der "ruling elite", der Gleichschaltung der Medien und der darauf folgenden Massenmobilisierung über nationale Gefühle war ein Konflikt mit den anderen Staaten Jugoslawiens - vor allem mit Slowenien und Kroatien - unausweichlich.

Dazu kommt, daß die "civil society" nach der Machtübernahme der "hard liner" keine Chancen zur Entwicklung bekam. Durch die autoritären Maßnahmen der Führung Milosevic' wurde eine Formierung einer "civil society", wie sie etwa in Slowenien stattfand, unterbunden. Es entwickelte sich lediglich eine nationale Opposition um Vuk Draskovic, die "Serbische Erneuerungsbewegung", die sich allerdings im Grad der Instrumentalisierung des Nationalismus kaum von Milosevic unterscheidet.

Der "ruling elite" Serbiens wurde spätestens mit dem Niedergang der kommunistischen Herrschaft in Polen und Ungarn klar, daß sie mit re-agieren auf die Reformforderungen nicht lange an der Macht bleiben würden. Deshalb ergriffen die dominierenden "hard liners" um Milosevic die Initiative. Vesna Pusic formuliert es zutreffend, wenn sie sagt, daß der Reformprozeß von den National-Kommunisten "gekidnapped" wurde. Gerade diese Verbindung von Elementen des Kommunismus mit der Mobilisierungsstrategie des Nationalismus machte in der Folge die Entwicklung in Serbien aus. "The national Communists came to power there by means of a sort of palace coup with the aid of "mobocracy". Following the example, shown on television, of the mass demonstrations in the capitals of Central Europe,

¹⁸⁷ ebenda, S.75;

by means of which the ordinary people had destroyed the totalitarian Communist regimes and had demanded democracy, the national Communists organized mass meetings."¹⁸⁸ Die "mobocracy" wurde von der "ruling elite" gezielt eingesetzt, um ihre Macht abzusichern. Mit den organisierten Massenveranstaltungen wurde die politische Führung in den autonomen Provinzen Kosowo und Wojwodina unter ihre Kontrolle gebracht. Die Anwendung der gleichen Strategie in Montenegro Anfang 1989 zeigte bereits, daß sich der propagierte serbische Hegemonialismus nicht auf das Gebiet der früheren Serbischen Republik beschränkt. Die Fortführung dieses Konzeptes mit militärischen Mitteln gegen Slowenien, Kroatien und schließlich gegen Bosnien-Herzegowina war nur die Konsequenz der neuen Legitimationsversuche der "ruling elite" um Milosevics. Die Auflösung Jugoslawiens und der blutige Bürgerkrieg ließen schließlich nur mehr den Nationalismus als einzig mögliche Mobilisierungsstrategie für die serbische Führung übrig.

Wenn es in Serbien keinen Wechsel der Eliten gab, so doch einen Wechsel innerhalb der "ruling elite". Mitte der 80er Jahre errangen die "hard liner" Dominanz innerhalb der "elite in power". Doch damit war das Problem ihres stetigen Legitimationsverlustes nicht gelöst. Die "ruling elite" bediente sich des alten Konzeptes des serbischen Hegemonialismus, um sich an der Macht zu halten. Mit Hilfe einer wirksamen Massenmobilisierung über das Konstrukt des Nationalismus - die bis zum Krieg geht - schuf die alte Elite eine offensichtlich effektive Symbiose zwischen den alten kommunistischen Strukturen und einem serbischen Nationalismus. Damit konnte sowohl die "counter elite" als auch die "soft liners" marginalisiert werden, die Entwicklung einer "civil society" wurde von vornherein verhindert.

3. Modell einer Typologie

Die Einordnung der oben beschriebenen Staaten in ein Typologie nach den Determinaten "Stärke der counter elite" und "Homogenität der ruling elite" führt zu drei Typen des Elitenwechsels: zum "paktierten", zum "bruchartigen" Elitenwechsel und zum eliteninternen Wechsel. Jeder der drei Gruppen sind bestimmte Charakteristika zueigen, die ihren Einfluß auch in der "postkommunistischen" Zeit nicht verloren haben. Natürlich darf der Elitenwechsel etwa in Ungarn und Polen nicht gleichgesetzt werden, dennoch besitzen die Länder einer Gruppe bestimmte

¹⁸⁸ Pusic 1992, S.246f.;

gemeinsame Charakteristika, die andere Staaten nicht aufweisen. Im folgenden Abschnitt werden die drei Typen miteinander verglichen, ihre Unterschiede und Ähnlichkeiten herauspräpariert bzw. die Unterschiede innerhalb der Gruppen aufgezeigt.

3.1. Elitenwechsel und "eliteninterner" Wechsel

Aufgrund des Modells des Elitenwechsel kann die anfangs gestellte Frage beantwortet werden, in welchen Ländern ein Wechsel der Eliten stattgefunden hat und in welchen nicht bzw. ob die neuen Eliten identisch mit den alten sind.

In den Staaten, in denen ein "paktierter" bzw. "bruchartiger" Elitenwechsel stattgefunden hat, ist die obere Spitze der politischen Hierarchie, in unserem Sinn die politische Elite, nicht ident mit den alten kommunistischen Eliten. In diesen Staaten sind meist Mitte-Rechts-Regierungen mit Personen an der Macht, die sich in der kommunistischen Ära kaum bis überhaupt nicht mit Politik beschäftigt haben bzw. denen es verboten wurde. Dafür stehen Namen wie Vaclav Havel, Jiri Dienstbier in der CSFR, Arpád Göncz, József Antall in Ungarn oder Lech Wa. esa in Polen.

In diesen Staaten herrscht sowohl eine institutionelle als auch personelle Diskontinuität zwischen alten und neuen "ruling elites". Das bezieht sich allerdings nur auf die politischen Eliten. Vielen Machthabern der alten "ruling elite" gelang es, ihre einstige politische Macht in wirtschaftliche Macht zu transferieren, indem sie durch ihr "know-how" und ihre Kontakte aus der Privatisierung der Staatsbetriebe enorme Gewinne zogen. Das gelang vor allem in Staaten wie Polen oder Ungarn, die einen langen Transitionsprozeß durchmachten.¹⁸⁹

In jenen Ländern, in denen die "civil society" bzw. die "counter elite" schwach ausgeprägt bis nicht vorhanden war, war ein Elitenwechsel von vornherein ausgeschlossen. In diesen Staaten wurde zwar zum Teil ein Systemwechsel eingeleitet, aber die Elite konnte nicht ausgetauscht werden, weil keine "counter elite" bereit stand, die Macht zu übernehmen. In diesen Ländern kam es zur Machtergreifung einer Subgruppierung innerhalb der "ruling elite", zum

¹⁸⁹ Interessant wären Untersuchungen über die Machttransformation der alten Eliten von der Politik in die Ökonomie.

"eliteninternen" Wechsel, meist verbunden mit der Eliminierung einer anderen, bis dahin dominanten Subgruppe.

In Rumänien etwa putschte ein Teil der Partei, der Armee und der Securitate gegen die Herrschaft der Gruppierung um Ceausescu. Diese Leute waren keineswegs eine "counter elite", sondern von Ceausescu an den Rand gedrängte Teile der "ruling elite". Bezeichnend war, daß sich ein großer Teil der Nomenklatura nach dem Staatsstreich auf die Seite der Putschisten schlug, die zwar einen reformorientierten Kurs einschlugen, keineswegs aber ihre Macht aufgeben wollten. Auch in Bulgarien begann der Systemwechsel als ein innerparteilicher Putsch. Reformorientierte Kommunisten innerhalb der "ruling elite" stürzten das erstarrte Regime um Schiwkow, um durch Erneuerungen im Staat ihre Macht abzusichern. Daß die reformistischen Bestrebungen sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien im Laufe der Zeit an Eigendynamik gewannen und in einer Liberalisierung bzw. begrenzten Demokratisierung endeten, ändert nichts daran, daß ein Wechsel der "ruling elites" nicht möglich ist, weil die "counter elite" nicht existiert. Albanien war 1989 noch im Stadium des Stalinismus, als die alte "ruling elite" einen Machtwechsel ermöglichte. Die nach den zweiten freien Wahlen 1992 dominierende "Demokratische Partei" besteht vor allem aus ehemaligen Kommunisten, die sich von der "Partei der Arbeit" distanziert haben. Sali Berisha etwa, als "Demokrat" gefeierter albanischer Staatspräsident und Führer der "Demokratischen Partei", war Universitätsprofessor, Funktionär im Gesundheitswesen, Mitglied der "Partei der Arbeit" und Leibarzt von Enver Hoxha. Serbien unterscheidet sich von den Ländern dieser Gruppe bezüglich des Wechsels der Eliten am auffälligsten. Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß durch die von Kriegen begleitete Auflösung der Jugoslawischen Volksrepublik der Faktor Nationalität den Elitenwechsel überlagerte. Die serbische "ruling elite" war aber auch die erste, die Mitte der 80er Jahre die Gefahr des Machtverlusts deutlich erkannte und reagierte. Die Transitionsliteratur kennt das Paradoxon, daß autoritäre Regime die "beste" Zeit zur Liberalisierung - die Zeit, in der ihre Legitimation durch wirtschaftliche Erfolge hoch ist - meist verpassen.¹⁹⁰ Die serbische "ruling elite" hat diese Zeit zwar auch nicht genutzt, aber dennoch als erster kommunistischer Staat (nach der Sowjetunion unter Gorbatschow) dem Machtverlust aktiv gegengesteuert. Nach dem Sieg der "hard liner" innerhalb der Elite und der Ausschaltung der "liberalizers" und "democratizers" wurde eine bis jetzt erfolgreiche Strategie des Machterhalts eingeleitet, die sich der Massenmobilisierung über das Konstrukt des Nationalismus bedient. Damit konnte verhindert werden, daß sich - wie in Rumänien

¹⁹⁰ O'Donnell/Schmitter 1986, S.16f;

und Bulgarien - der innerparteiliche Putsch zur Liberalisierung bzw. Demokratisierung entwickelt.

Die Unterscheidung zwischen Staaten mit "paktiertem" bzw. "bruchartigen" und Staaten mit "eliteninternen" Wechsel hat für die Ära des "Postkommunismus" Folgen. Denn mit der Unmöglichkeit, die alte Elite abzulösen, wird der Versuch eines Systemwandels schwieriger, institutionelle Diskontinuität läßt sich - zumindest kurzfristig - schwer mit personeller Kontinuität verbinden.

Auffallend ist die geographische Lage der Staaten beider Gruppen. Ungarn, Polen, Tschechien, die Slowakei, die frühere DDR, Slowenien und Kroatien - die Länder mit vollzogenem Elitenwechsel - liegen im Westen des vormals kommunistischen Einflußbereichs. Bulgarien, Rumänien, Serbien und Albanien dagegen im Südosten. Ohne die Nachfolgestaaten der Sowjetunion genauer untersuchen zu wollen, würden diese - vielleicht mit Ausnahme der baltischen Staaten¹⁹¹ - in die Kategorie des "eliteninternen" Wechsels fallen. Die Gründe für die geographisch unterschiedliche Ausprägung der "civil society" und der "counter elite" sind vielfältig und einer genaueren Untersuchung wert.

3.2. "paktierter" und "bruchartiger" Elitenwechsel

In jenen Ländern, in denen sich eine "civil society" zumindest ansatzweise ausbilden konnte, entschied der Zustand der "ruling elite" über die Form des Elitenwechsels. War die "ruling elite" von vornherein inhomogen, so kam es zu einem "bargaining"-Prozeß, zum "paktierten" Elitenwechsel wie in Ungarn, Polen, Slowenien und Kroatien. Konnte die "ruling elite" bis zuletzt zumindest relativ homogen bleiben, so setzte der Elitenwechsel "bruchartig" ein. Der Unterschied zwischen den beiden Typen besteht vor allem in der Geschwindigkeit des Elitenwechsels, dem Einfluß externer Faktoren, der Stärke der Massenmobilisierung und den Methoden zur Stabilisierung der neuen "ruling elite".

¹⁹¹ In Estland, Lettland und Litauen wurde - ähnlich wie in Kroatien und Slowenien - der Nationalismus zur Liberalisierung und schließlich zur Loslösung von der UdSSR instrumentalisiert.

a.) Geschwindigkeit

Die Unterschiede in der Geschwindigkeit des Machtwechsels von der "ruling elite" zur "counter elite" waren wohl für jeden Beobachter die auffälligsten. Viel zitiert wurde die Formulierung eines deutschen Journalisten, der die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Transition auf eine griffige Formel brachte: Dauerte der Umbruch in Polen - wenn der Beginn mit 1980 festgelegt wird - 10 Jahre, schafften die Ungarn das gleiche in 10 Monaten, der Zusammenbruch in der DDR dauerte nur mehr 10 Wochen, in der CSSR 10 Tage, und in Rumänien war der Umbruch eine Sache von 10 Stunden. Wenn diese Formel auch nicht genau stimmt und die qualitativen Unterschiede beim Systemwechsel überdeckt, so wird doch deutlich, daß sich die Dynamik der Ereignisse "in einer historischen Logik exponentieller Beschleunigung vollzog"¹⁹².

Diese Unterschiede in der Geschwindigkeit erklären viele Ausprägungen des politischen Systems in der postkommunistischen Zeit. In den Ländern mit "paktiertem" Elitenwechsel konnte eine Frontstellung zwischen "ruling elite" und "counter elite" gar nicht in der klaren Form, wie sie in der CSSR und in der DDR zu beobachten war, entstehen. Es existierte eine ausgeprägte "hold-over" - Elite, die aus reformwilligen Kommunisten und kooperativen Oppositionellen bestand. In Ungarn paktierten Grósz, Poszgay und Nyers mit Imre Kónya und István Kukorelli, in Polen stabilisierten Jaruzelski und Walesa die Übergangsperiode. In der CSSR bzw. CSFR und der DDR dagegen wurde der Machtwechsel von der kommunistischen "ruling elite" zur neuen Elite rasant durchgeführt. Das führte zu einer exakt ziehbaren Trennlinie zwischen alter und neuer politischer Elite.

b.) Externe Faktoren: "Gorbatschow -" und "Domino - Effekt"

Von starken externen Faktoren war sowohl der "paktierte" als auch der "bruchartige" Elitenwechsel bestimmt. Vergleicht man die Transitionen in Lateinamerika bzw. Südeuropa mit Mittel- und Osteuropa, so ist das einer der herausragendsten Unterschiede. In Mittel- und Osteuropa determinierte die Änderung der Außenpolitik unter Michail Gorbatschow zumindest den Zeitpunkt der Einleitung, wenn nicht den Ablauf der Transition und damit des Elitenwechsels.

¹⁹² Deppe/Dubiel/Rödel 1991, S.7;

Als Breschnew formulierte, was später nach ihm die "Breschnew - Doktrin" genannt wurde, war klar, daß die Sowjetunion den Staaten Mittel- und Osteuropas nicht erlauben würde, einen Systemwechsel einzuleiten. Die Doktrin, verkündet nach der gewaltsamen Unterdrückung des "Prager Frühlings" 1968, diente zur ideologischen Rechtfertigung der beschränkten Souveränität dieser Staaten, die spätestens seit 1956 praktiziert wurde. Mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows und dem von ihm eingeleiteten Reformprogramm änderte sich das zusehens. Seit 1988 wurde offensichtlich, daß Gorbatschow und seine neue Elite an Reformen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sehr interessiert waren. Er machte deutlich, daß die "Brüderländer" ihre internen Probleme selbst lösen müßten, und daß die Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität seine Gültigkeit verloren hatte.¹⁹³

Der "Gorbatschow - Effekt", die veränderte außenpolitische Doktrin der Sowjetunion wirkte sich auf alle Staaten Mittel- und Osteuropas aus, direkt auf die Staaten des Sowjetblocks, indirekt auf Jugoslawien und Albanien, indem sie den Reformern innerhalb der "ruling elites" Argumente für Veränderungen lieferte. Über die aktive Rolle, die der sowjetische KGB bei den Umbrüchen in der CSSR, in der DDR und in Rumänien gespielt hat, wurde viel spekuliert, genaue Informationen gibt es darüber aber nicht. Klar erscheint, daß der sowjetische Geheimdienst den "Revolutionen" zumindest nicht negativ gegenüberstand. Auch auf politischer Ebene setzte Gorbatschow Zeichen zur Reform, etwa als er im März 1989 mit Ministerpräsident Németh die bevorstehende Einführung eines Mehrparteiensystems in Ungarn besprach. Auch Gorbatschow hegte die falsche Hoffnung, daß sich eine initiative, reformorientierte KP in einem pluralistischen Parteiensystem halten könne. Die Rolle Gorbatschows beim Sturz der reaktionären Kommunisten in der CSSR, der DDR und Bulgariens ist unklar, vieles deutet aber darauf hin, daß die neue Führung in Moskau nicht nur passiv dem Zusammenbruch ihres äußeren Imperiums zusah.

Als sich in Ungarn, Polen und den westlichen Staaten Jugoslawiens ein Systemwechsel abzuzeichnen schien, und klar wurde, daß die Sowjetunion nicht militärisch intervenieren würde, hatte das nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die anderen Staaten. Es trat ein, was unter umgekehrten Vorzeichen in der "Domino-Theorie" beschrieben wurde, die "Kommunistifizierung" im Schneeballprinzip. Nur fielen Ende der 80er Jahre die Dominosteine in Mittel- und

¹⁹³ Deutlich formulierte es Gorbatschow auf dem XIX. Parteitag der KPdSU Mitte 1988, als er von der Freiheit der Völker und Staaten bei der Wahl ihres Gesellschaftssystems sprach.

Osteuropa zur "Entkommunistifizierung". Vorbildfunktion übten vor allem Ungarn und Polen aus, Länder, die von jeher schon den vorhandenen Freiraum im Sowjetblock auszuloten versuchten. Die Auswirkungen auf die DDR und die CSSR waren enorm. Als im September 1989 Ungarn die Grenzen zu Österreich abzubauen begann, kam es zur ersten Massenflucht von DDR-Bürgern in die BRD. Im Oktober erzwangen hunderte in den BRD-Botschaften in Prag und Warschau ihre Ausreise. Wichtiger als die Fluchtbewegung nach "Westen" war der psychologische Einfluß der sich abzeichnenden Transition. Wenn der Systemwechsel in Ungarn und Polen ohne Intervention der UdSSR erfolgte, so war dasselbe auch in der DDR und der CSSR möglich. Eine wichtige Rolle spielten dabei die modernen Kommunikationsmittel, vor allem das Fernsehen, das der Opposition in beiden Ländern half, die Bevölkerung zu mobilisieren.¹⁹⁴

Wirkte auf die anderen Staaten als bestimmender externe Faktor der "Gorbatschow - Effekt", so kam für die CSSR und die DDR die Vorbildwirkung Ungarns und Polens, der "Domino - Effekt", hinzu. Der "paktierte" Elitenwechsel war aus diesem Grund eher eine organische Entwicklung als der "bruchartige" Elitewechsel, der stärker von externen Faktoren bestimmt wurde.

c.) Massenmobilisierung

Der "bruchartige" Elitenwechsel kann mit den Transitionsmodellen schlecht erklärt werden. Der Grund liegt darin, daß in der CSSR bzw. in der DDR überwiegend die externen Faktoren die innenpolitische Entwicklung bestimmten. Die direkte Einmischung Michail Gorbatschows¹⁹⁵ und die Vorbildwirkung der anderen Staaten führten in der DDR und in der CSSR zu einer rasanten Transition, die aber eines starken Drucks von unten bedurfte. Sowohl in der DDR als auch in der Tschechoslowakei dominierten die "hard liner" innerhalb der "ruling elite" bis zuletzt. Eine Transition, wie sie in Ungarn und Polen eingeleitet wurde, war somit unmöglich. Das erkannte die Opposition, und wählte den Weg der Massenmobilisierung zum Sturz der "ruling elite". Erfolgreich konnte diese Strategie aber nur deshalb sein, weil

¹⁹⁴ Das beste Beispiel für die Rolle der Medien im Umbruch stellt die "live" im Fernsehen übertragene "Revolution" in Rumänien dar.

¹⁹⁵ Am deutlichsten wurde die aktive Rolle Gorbatschows beim Umbruch, als er am 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR ziemlich direkt Reformen forderte. Sein Satz "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" wird wohl in die Sprichwörter-Lexika der Zukunft eingehen.

die alte Elite nicht bereit war, mit äußersten Mitteln gegen die Oppositionsbewegung vorzugehen. Die vereinzelt, zögernden Polizeiaktionen hatten eher den Effekt, daß die Opposition "großgeprügelt" wurde. Gerade in der CSSR war nicht klar, ob die Staatssicherheit noch auf der Seite der alten Elite stand, einige Anzeichen sprechen dagegen. Der alten Führung kam offensichtlich der Wille abhandeln, sich mit Gewalt durchzusetzen, die Mittel waren vorhanden. Dazu kommt in der DDR, daß die Riege um Honecker seit Jahren abgehoben von der politischen Wirklichkeit lebte und somit die Oppositionsbewegung unterschätzte.¹⁹⁶

Auch in Polen und Ungarn kam es zu Massenmobilisierungen, diese hatten aber nur unterstützenden Effekt, sie waren nicht der entscheidende Faktor zur Einleitung des Systemwechsels. In Polen war die Situation 1980/81 noch anders. Die Solidarnosc war durch die Symbiose von Arbeiterbewegung und Bürgerrechtsbewegung zu einer Massenorganisation geworden, deren Stärke in der Mobilisierung von Tausenden Arbeitern lag. Im Laufe der 80er Jahre änderte sich die Funktion der Solidarnosc völlig. Von einer Massenbewegung wurde sie zu einer von Intellektuellen geführten Organisation. Folgerichtig wurde die Einleitung der Transition Ende der 80er Jahre von der "counter elite" - den Spitzen der Solidarnosc - und der alten "ruling elite" paktiert. Die Option der Massenmobilisierung blieb dabei nur mehr als Druckmittel bei den Verhandlungen am "Runden Tisch" aktuell. In Ungarn war es ähnlich, auch hier kam dem Druck von der Straße nur unterstützende Wirkung zu. Als zur neuerlichen Beisetzung von Imre Nagy über 600.000 Menschen kamen, hatte die MSZMP schon das Mehrparteiensystem gebilligt und ihren Führungsanspruch aus der Verfassung gestrichen.

Der Grad der Massenmobilisierung bestimmte das Bild des Elitenwechsels nach außen. Wird die Entwicklung in der DDR und der CSSR durchgehend als "Revolution" bezeichnet, so sind für die Staaten mit "paktiertem" Elitenwechsel eher die Begriffe "Umbruch" oder "Systemwechsel" gebräuchlich. Auch bei Typologien wird meist die "Revolution von unten" - das heißt mit Massenmobilisierung - von der "Revolution von oben" unterschieden.

¹⁹⁶ bezeichnend dafür etwa der Spruch Honeckers: "Den Kommunismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf";

d.) Stabilisierungsstrategien

Die Stabilisierungsstrategien der neuen "ruling elites" nach abgeschlossenem Elitenwechsel hängen eng mit dem Faktor Geschwindigkeit zusammen. In Staaten wie Polen, Ungarn, Kroatien und Slowenien, in denen ein "paktierter" Elitenwechsel stattfand, können die Stabilisierungsstrategien gegenüber der "elite no more in power" nicht in dem Maß eingesetzt werden, wie in Ländern mit "bruchartigem" Elitenwechsel.

Die Konfrontationslinien zwischen alter und neuer Elite waren nur in der DDR und in der CSSR/CSFR so klar, daß juristische Mittel zur Stabilisierung eingesetzt werden konnten. Doch sowohl das äußerst weitreichende Lustrationsgesetz der CSFR als auch das ungarische Gesetz wurden als verfassungswidrig aufgehoben. Allein in Deutschland existiert im Rahmen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes eine Regelung, die den Austausch der Administration juristisch festlegt. Aber auch dieses Gesetz löste den Wechsel der Administration nicht aus, sondern garantierte nur die Kontinuität dieses schon in Gang gekommenen Prozesses. In Ländern wie Ungarn, Polen oder Slowenien läuft der Austausch der Administration aufgrund eines breiten Konsenses des überwiegenden Teils der Bevölkerung und der neuen "ruling elite".

Das Instrument der Stigmatisierung wurde in der CSFR und in Ostdeutschland eingesetzt, aber auch in Staaten mit "paktiertem" Elitenwechsel. Das führte dazu, daß kaum einer der reformorientierten Politiker des anciens regime den Systemwechsel politisch überlebte. Sie agieren heute - wenn sie sich nicht zurückgezogen haben - selten anders als in Führungspositionen ihrer stark geschrumpften, stigmatisierten Parteien. Einzig Brazauskas in Litauen ist es gelungen, erneut an die Macht zu kommen. Brazauskas nützte das Bedürfnis der Litauer nach Verlangsamung der Reformen und seine guten Verbindungen zu Moskau, die das ökonomisch schwache Litauen dringend benötigt. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß ein solcher "Litauen-Effekt" in den Staaten Mittel- und Osteuropas eintritt. Zum einen ist kein Land wirtschaftlich so stark von Rußland abhängig, zum anderen zeigen die Stigmatisierungsstrategien gegenüber der "elite no more in power" Wirkung.

IV. ZUSAMMENFASSUNG

Als Analyseinstrument und zur Typologisierung des Elitenwechsels wurden der "civil society" - Ansatz und die Erkenntnisse aus der Transitionsliteratur eingesetzt. Es hat sich gezeigt, daß sich beide Ansätze ergänzen, weil die Transitionsmodelle elitenkonzentriert arbeiten, während die Beobachtung der "civil society" eines Staates den Grad der Vernetzung einer Gesellschaft anzeigt.

Die Frage, ob und wie in den Staaten Mittel- und Osteuropas der Wechsel politischer Eliten stattfand, kann für jedes Land einzeln beantwortet werden. Die postkommunistischen politischen Eliten sind - dort wo eine "counter elite" vorhanden war - nicht identisch mit den kommunistischen Eliten. Das trifft sowohl auf den "paktierten" als auch auf den "bruchartigen" Elitenwechsel zu. In Bulgarien, Rumänien, Albanien und Serbien dagegen existierte aus unterschiedlichen Gründen keine "counter elite", die darauf vorbereitet war, die kommunistische Elite an der Macht abzulösen. In diesen Staaten konnte aufgrund der Voraussetzungen nur ein "eliteninterner" Wechsel, die Machtergreifung einer Subgruppierung der "ruling elite", vor sich gehen.

Die Typologisierung in drei Gruppen, in den "paktierten", den "bruchartigen" Elitenwechsel und den "eliteninternen" Wechsel bedeutet keine Gleichsetzung. Die Unterschiede in der Art des Elitenwechsels haben sich jedoch als kleiner erwiesen, als sie am Anfang erschienen. Ein Problem bei der Analyse stellen jene Länder dar, die parallel zum Elitenwechsel eine staatliche Desintegration durchmachten, wie die Tschechoslowakei, Jugoslawien oder die Sowjetunion. Dieser Prozeß überlagert den Machtwechsel derart, daß es vor allem darum geht, welche Gruppierung der Elite den Nationalismus als erste für sich instrumentalisieren kann.

Verblüfft hat der Umstand, daß der kommunistische Parteiapparat in den meisten Staaten kaum Widerstand gegen das "opening" einer Systemtransition geleistet hat. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie reichen von der ideologischen Desillusionierung bis zur sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise in den 80er Jahren. Ein anderer Grund war - zumindest für die Staaten des "paktierten" Elitenwechsels - die Inhomogenität der Partei.

In dieser Arbeit wurde ausschließlich der Wechsel der politischen Elite untersucht. Interessant wäre, den Elitenwechsel in anderen Bereichen zu untersuchen, vor allem in Hinblick auf Wechselwirkungen mit der Wirtschaftselite. Es ist zu vermuten, daß es vielen Funktionären aus der alten "elite in power" gelang, ihre politische Macht in wirtschaftliche Macht zu transferieren. Solche Veränderungen in der inneren Zusammensetzung der Eliten während der Transitionsphase müßten anhand von "case-studies" durchgeführt werden. Zu untersuchen wäre außerdem, ob im Rahmen des Elitenwechsels ein Generationswechsel stattgefunden hat.

Aus der Transitionsliteratur ist bekannt, daß die ersten Transitionsversuche kaum Chancen haben, ein demokratisches System zu etablieren. Einen Grund stellt die übertriebene Verwendung der Stabilisierungsmechanismen gegenüber der "elite no more in power" und der "elite not yet in power" dar. Die tief verankerten autoritären/totalitären Strukturen werden nicht abgelegt, sondern von der neuen "elite in power" zum Teil bewußt erhalten und genutzt. Obwohl diese Erfahrungen vor allem in Lateinamerika gesammelt wurden, wäre auch für manche Staaten Mittel- und Osteuropas - für eine begrenzte Dauer - die Etablierung einer "democradura"¹⁹⁷, einer Mischform aus Demokratie und Diktatur denkbar. Längerfristig wird es darum gehen, die Deformationen aus der Zeit des Kommunismus zu überwinden, die Ära des "Postkommunismus" mit all seinen Problemen zu bewältigen. Vladimir Jiránek drückt es so aus: "Vierzig Jahre haben wir im Kommunismus gelebt. Jetzt würde mich interessieren, wie lange wir im Postkommunismus leben werden."¹⁹⁸

¹⁹⁷ Gastvorlesung von Phillippe C. Schmitter am Institut für Höhere Studien Wien, 23.06.1993;

¹⁹⁸ zitiert nach: Siklova 1993, S.17;

Literaturverzeichnis

- Ágh**, Attila: Transition to Democracy in East-Central Europe: a Comparative View, in: Szoboszlai, Gyorgy (Hg.): Democracy and political Transformation, Theories and East-Central European Realities, S. 103 ff, Budapest 1991 (Agh 1991)
- Alexandrow**, Valentin: Staatsicherheit und politischer Wandel in Bulgarien, in: Politische Studien, Nr.302, November/Dezember 1991 (Alexandrow 1991);
- Amalrik**, Andrej A.: Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben, Zürich 1970 (Amalrik 1970);
- Ansbach**, Tatjana / **Weyrauch**, Martina: Schuldig bei Verdacht ? Erste Erfahrungen mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/92, S.302ff (Ansbach/Weyrauch 1992)
- Arato**, Andrew: Revolution, civil society und Demokratie, in: Transit 1990/1, Europäische Revue, Osteuropa - Übergänge zur Demokratie ?, Frankfurt/Main 1990 (Arato 1990);
- Ash**, Timothy Garton: Après le déluge, nous, in: Transit, Heft 1, 1990 (Ash 1990);
- Ash**, Timothy Garton: Solidarnosc. Eine Sache der Vergangenheit, in: Transit, Heft 2, Sommer 1991 (Ash 1991);
- Ash**, Timothy Gordon: Eastern Europe: The Year of Truth, in: The New York Review of Books, 15.02.1991 (Ash 1991)
- Bata**, Jozsef: Albaniens Weg zur Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu: "Das Parlament", 27.03.1992 (Bata 1992);
- Batt**, Judy: East Central Europe from Reform to Transformation, London 1991 (Batt 1991);
- Bayer**, Jozsef: Vom latenten Pluralismus zur Demokratie, in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991, S.151 ff. (Bayer 1991);
- Beglinger**, Martin: Stalins Statthalter hinterließen ihnen ein Ruinenfeld, in: Die Weltwoche, 28.01.1993 (Beglinger 1993);
- Benedict**, Hans: Revolution!, Wien 1990 (Benedict 1990);
- Berecz**, Janos: Wende, Reform und Erneuerung in Ungarn, in: Zukunft 4/89 (Berecz 1989);
- Beyme**, Klaus v.: Der Begriff der politischen Klasse - Eine neue Dimension der Elitenforschung, in: Politische Vierteljahresschriften, März 1992, Heft 1 (Beyme 1992);
- Beyme**, Klaus v.: Die vergleichende Politikwissenschaft und der Paradigmawechsel in der politischen Theorie, in: PVS 1990/3 (Beyme 1990)
- Blanke**, Thomas / Erd, Rainer (Hg.): DDR - Ein Staat vergeht, September 1990 (Blanke/Erd 1990)

- Blazyca**, George / **Rapacki**, Ryszard: Poland into the 1990s, Economy and Society in Transition, London 1991 (Blazyca/Rapacki 1991);
- Bokor**, Ágnes: Die öffentliche Meinung im Zuge des Systemwandels in Ungarn, in: Journal für Sozialforschung, 1991/1, S.51ff. (Bokor 1991);
- Bova**, Russell: Political Dynamics of the Post-Communist Transition, A Comparative Perspective, in: World Politics 44, October 1991 (Bova 1991);
- Bozóki**, András: Catching the Fleeting Moment, The Transition in Eastern Europe through Western Eyes, in: The New Hungarian Quarterly, No.128, Winter 1992 (Bozóki 1992);
- Bozóki**, András: Democracy Across the Negotiating Table, in: The New Hungarian Quarterly, No.125, Spring 1992 (Bozóki 1992);
- Bruszt**, László / **Stark**, David: Remaking the Political Field in Hungary: From the Politics of Confrontation to the Politics of Competition, in: Banac, Ivan (Hg.): East Europe in Revolution, Ithaca/London 1992 (Bruszt/Stark 1992);
- Brzezinski**, Zbigniew: Das gescheiterte Experiment, Der Untergang des kommunistischen Systems, Wien 1989 (Brzezinski 1989);
- Carrère d'Encausse**, Hélène: L'Empire éclaté, Flammarion 1978 (Carrère d'Encausse 1978);
- Crome**, Erhard: Osteuropaforschung und politikwissenschaftlicher Vergleich, in: Osteuropa 8/92, S.713ff. (Crome 1992);
- Dahl**, Robert A.: Transition to Democracy, in: Szoboszlai, György: Democracy and Political Transformation, Budapest 1991 (Dahl 1991)
- Dahrendorf**, Ralf: Die gefährdete Civil Society, in: Michalski, Krzysztof: Europa und die Civil Society, Castelgandolfo - Gespräche 1989, Stuttgart 1991 (Dahrendorf 1991);
- Dahrendorf**, Ralf: Müssen Revolutionen scheitern?, in: Transit, Hef 3, Winter 1991/92, S.8ff. (Dahrendorf 1991/92);
- Dalos**, György: Über die Verwirklichung von Träumen, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Dalos 1991);
- Datculescu**, Petre: Der Mythos des Rumänischen Sonderfalls im Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus: eine vergleichend Perspektive; Vortrag auf der internationalen Tagung der Paul Lazarsfeld - Gesellschaft "Vom Totalitarismus zum Pluralismus", 28-29 April 1993, Wien (Datculescu 1993);
- Deppe**, Rainer / **Dubiel**, Helmut / **Rödel**, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Deppe/Dubiel/Rödel 1991)
- Dietz**, Barbara: Zukunftsperspektiven der Sowjetunion, München 1984 (Dietz 1984);
- Djilas**, Milovan: Die neue Klasse, München 1957;
- Dohnanyi**, Klaus v.: Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre, München 1990 (Dohnanyi 1990);

- Fehr**, Helmut: Solidarnosc und die Bürgerkomitees im neuen politischen Kräftefeld Polens, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Fehr 1991);
- Fényi**, Tibor: Parteienlandschaft in Ungarn, in: Europäische Rundschau 92/3 (Fényi 1992);
- Frentzel-Zagórska**, Janina / **Zagórski**, Krzysztof: East European Intellectuals on the Road of Dissent: The Old Prophecy of a New Class Re-examined, in: Politics & Society, Vol.17, Nr.1, March 1989 (Frentzel-Zagórska/Zagórska 1989);
- Fricke**, Karl Wilhelm: Die Staatssicherheit der früheren DDR und ihre Hinterlassenschaft, in: Aussenpolitik, 2/92, S.153ff. (Fricke 1992)
- Fukuyama**, Francis: Das Ende der Geschichte, in: Europäische Rundschau, Nr.4/89 (Fukuyama 1989);
- Furet**, Francois: Das Rätsel eines Zerfalls, in: Schweizer Monatshefte, Februar 1991, Heft 2, S.114ff. (Furet 1991);
- Furkes**, Josip / Schlarp, Karl-Heinz (Hg.): Jugoslawien: ein Staat zerfällt, Reinbek bei Hamburg 1991 (Furkes/Schlarp 1991);
- Futaky**, István (Hg.): Ungarn - ein kommunistisches Wunderland, Hamburg 1983 (Futaky 1983)
- Gabanyi**, Anelli Ute: Die unvollendete Revolution, München 1990 (Gabanyi 1990)
- Gabanyi**, Anelli Ute: Rumänien zwischen Revolution und Restauration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 27.03.1992 (Gabanyi 1992);
- Gantschew**, P.: Bulgarien - eine Rückkehr nach Europa, in: Berliner Debatte Initial, 4/92 (Gantschew 1992);
- Germerek**, Bronislaw: Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft, in: Michalski, Krzysztof: Europa und die Civil Society, Castelgandolfo - Gespräche 1989, Stuttgart 1991 (Germerek 1991);
- Glatz**, Ferenc: Reform und Systemwechsel in Ungarn 1989-1991, Referat auf der Tagung "Vom Totalitarismus zum Pluralismus", Paul Lazarsfeld Gesellschaft, Wien 1993, 28.-29.April (Glatz 1993);
- Gripp**, Richard C.: The Political System of Communism, London 1973 (Gripp 1973)
- Groth**, Klaus-Martin: Das Stasi-Unterlagen-Gesetz, in: Kritische Justiz, 2/1991, Baden-Baden 1991 (Groth 1991)
- Habermas**, Jürgen: Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion, Was bedeutet "Aufarbeitung der Vergangenheit" heute?, in: Die Zeit, 03.04.1992 (Habermas 1992);
- Habermas**, Jürgen: Die nachholende Revolution, Frankfurt/Main 1990 (Habermas 1990)
- Hanák**, Péter (Hg.): Die Geschichte Ungarns, Budapest/Essen 1988 (Hanák 1988);

- Hankiss**, Elemér: Zwischen zwei Welten, Wertewandel in Ungarn, in: Transit, Heft 1, 1990 (Hankiss 1990);
- Harre**, Elke: "Modernisierungsblockaden" im Osten - Turbulenzen im Westen?, Konferenzbericht zur 3. Sozialwissenschaftlichen Transformations-Konferenz des BISS, in: Berliner Debatte 3/1992 (Harre 1992);
- Heinrich**, Hans-Georg: Der Umbruch in Osteuropa - Wandlungsmuster und Einflußfaktoren, in: Der Fall des eisernen Vorhangs, Materialien zur politischen Bildung, Österreichisches Institut für politische Bildung, S.2ff., Mattersburg 1990 (Heinrich 1990)
- Heltai**, Peter András/**Rau**, Zbigniew: From Nationalism to Civil Society and Tolerance, in: Rau, Zbigniew (Hg.): The Reemergence of the Civil Society in Eastern Europe and the Soviet Union, Boulder/San Francisco/Oxford 1991, S.129ff. (Heltai/Rau 1991);
- Hénard**, Jacqueline: Die Tschechoslowakei im Jahre eins, in: FAZ, 28.07.1990 (Hénard 1990);
- Henke**, Klaus-Dieter / **Woller**, Hans: Politische Säuberung in Europa, Frankfurt/Main 1991 (Henke/Woller 1991)
- Hirsch**, Helga: Die bösen Geister der Vergangenheit, in: Die Zeit vom 22.11.1991, S. 10 f. (Hirsch 1991)
- Holzer**, Jerzy: "...daß dieses System sogar aus Opfern Mittäter macht.", Interview, in: Wiener Blätter, 09/92 (Holzer 1992);
- Holzer**, Jerzy: Die politische Kultur Polens: Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Politik, Dezember 1991, Heft 4 (Holzer 1991);
- Holzer**, Jerzy: Polen spürt die siebte Welle, Die lange Vorgeschichte des Warschauer Kompromisses, in: Die Zeit, 14.April 1989 (Holzer 1990);
- Höpken**, Wolfgang: Die Unfähigkeit zusammenzuleben, in: Furkes, Josip / Schlarp, Karl-Heinz (Hg.): Jugoslawien: ein Staat zerfällt, Reinbek bei Hamburg 1991 (Höpken 1991);
- Horsky**, Vladimír: Die samtene Revolution in der Tschechoslowakei, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Horsky 1991);
- Horsky**, Vladimír: Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei 1989, Zur Frage der systemimmanenten Instabilität kommunistischer Herrschaft, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 14-1990 (Horsky 1990);
- Huntington**, Samuel P.: The Third Wave, Democratization in the late twentieth century, Norman/London 1991 (Huntington 1991);
- Józsa**, Gyula: Von der Implosion des politbürokratischen Systems in Ungarn zum Rechtsstaat und zum Parteienpluralismus, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 23-1992 (Józsa 1992);
- Judt**, Tony R.: Metamorphosis: The Democratic Revoltion in Czechoslovakia, in: Banac, Ivan (Hg.): East Europe in Revolution, Ithaca/London 1992 (Judt 1992);

- Jung**, Matthias: Drei Jahre SED- und Stasi-Aufarbeitung, Die Bedeutung in der öffentlichen Meinung, in: Politische Studien, Heft 324, Juli/August 1992, S.75ff. (Jung 1992)
- Kabus**, Sylvia: Brief und Siegel, in: Blanke, Thomas / Erd, Rainer (Hg.): DDR - Ein Staat vergeht, September 1990 (Kabus 1990)
- Karasimeonov**, Georgi: Vom Kommunismus zur Demokratie in Bulgarien, in: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 27.03.1992 (Karasimeonov 1992);
- Kitschelt**, Herbert: The Formation of Party Systems in East Central Europe, in: Politics & Society, Volume 20, Number 1, March 1992 (Kitschelt 1992);
- Kleger**, Heinz: Die Rückkehr der Bürgergesellschaft, in: Widerspruch Nr.24, Zürich 1992 (unkorrigierte Druckfahne) (Kleger 1992);
- Klessmann**, Christoph: Das Problem der doppelten "Vergangenheitsbewältigung", in: Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, 12/1991, S. 1099 ff. (Klessmann 1991)
- Kolar**, Othmar: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rumänien seit dem Dezember 1989, in: Österreichische Osthefte, Jg.34, Wien 1992, Heft 4 (Kolar 1992);
- Konrád**, György: Antipolitik, Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt/Main 1984 (Konrád 1984)
- Konrád**, György: Herrschaft und Geduld, in: Die Presse vom 22.11.1991, S. 8 (Konrad 1991)
- Konrád**, György: Wir schauspielern alle in ein und demselben Stück, Der ungarische Weg, in: Futaky, István (Hg.): Ungarn-ein kommunistisches Wunderland, Hamburg 1983 (Konrád 1983)
- Köster-Hetzendorf**, Maren: Bulgariens Machthaber - in Opposition, in: Die Presse vom 28.11.1991, S. 3 (Köster-Hetzendorf 1991)
- Kozik**, Zenobiusz: Das entstehende Parteiensystem in Polen, in: Berliner Debatte, 4/1992 (Kozik 1992);
- Kroh**, Ferdinand: Seilschaften: Machterhaltungsstrategien der früheren ostdeutschen Machteliten, in: Außenpolitik II/92, S.144ff. (Kroth 1992)
- Krone**, Tina / **Kukutz**, Irena / **Leide**, Henry: Wenn wir unsere Akten lesen, Handbuch zum Umgang mit den Stasi-Akten, Berlin 1992 (Krone/Kukutz/Leide 1992)
- Kühnhardt**, Ludger: Akt vier des Dramas ist völlig offen, Die neue europäische Revolution, in: Rheinischer Merkur, 01.01.1993, S.3 (Kühnhardt 1993);
- Kundera**, Milan: Un occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale, in: Le Debat, Nr.27, nov.1983 (Kundera 1983);
- Kuntze**, Peter: Ein Gespenst geht am Stock, in: Süddeutsche Zeitung, 16./17./18.07.1989 (Kuntze 1989);

- Lauber**, Volkmar: Ostmitteleuropas schwieriger Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie, in: SWS-Rundschau, Heft 1/92, S.3ff. (Lauber 1992)
- Lendvai**, Paul: Das eigenwillige Ungarn, Innenansichten eines Grenzgängers, Zürich 1986 (Lendvai 1986);
- Lewin**, Moshe: Gorbatschows neue Politik, Frankfurt 1988 (Lewin 1988);
- López-Pintor**, Rafael: Mass and Elite Perspectives in the Process of Transition to Democracy, in: Baloyra, Enrique A. (Hg.): Comparing New Democracies, Boulder/London 1987 (López-Pintor 1987);
- Maislinger**, Andreas: Vergangenheitsbewältigung, in: Jüdische Rundschau Maccabi, 26.11.1992 (Maislinger 1992);
- Mangott**, Gerhard: Parteienbildung und Parteiensystem in Ost-Mittelosteuropa im Vergleich, in: Gerlich, Peter / Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. (Hg.), Regimewechsel, Demokratisierung und politische Kultur in Ost- Mitteleuropa, Wien/Köln/Graz 1992 (Mangott 1992);
- Mánicke-Gyöngyösi**, Krisztina: Sind Lebensstile politisierbar? Zu den Chancen einer "zivilen" Gesellschaft in Ost- und Ostmitteleuropa, in: Rytlewski, Ralf: Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 20/1989, Opladen 1989 (Mánicke-Gyöngyösi 1989);
- Mánicke-Gyöngyösi**, Krisztina: Bürgerbewegungen, Parteien und "zivile" Gesellschaft in Ungarn, in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991, S.221 ff. (Mánicke-Gyöngyösi 1991);
- Marmullaku**, Ramadan: Albania and Albanians: From Totalitarism towards Pluralism; Vortrag auf der internationalen Tagung der Paul Lazarsfeld - Gesellschaft "Vom Totalitarismus zum Pluralismus", 28-29 April 1993, Wien (Marmullaku 1993);
- Marody**, Mira: Staat und Gesellschaft in Polen, in: Berliner Debatte, 4/1992, S.49ff. (Marody 1992);
- Martos**, Peter: Vergangenheitsbewältigung - anderswo, in: Die Presse vom 25.11.1991 (Martos 1991)
- Mayer**, Gregor: Frühe Sünden, in: Profil vom 04.11.1991, S. 72 (Mayer 1991)
- Meier**, Peter: Albanien in der Krise: Kabinettsumbildung gegen Unzufriedenheit, apa-Meldung, 14.04.1993 (Meier 1993);
- Meuschel**, Siegrid: Wandel durch Auflehnung, in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Meuschel 1991);
- Meyer**, Gerd: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991 (Meyer 1991)
- Meyer**, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 05.03.1993 (Meyer 1993);
- Michalski**, Krzysztof: Europa und die Civil Society, Vorwort, Castelgandolfo - Gespräche 1989, Stuttgart 1991 (Michalski 1991);

- Michnik**, Adam: Zwei Versionen eines posttotalitären Europas, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Michnik 1991);
- Mitter**, Armin / **Wolle**, Stephan (Hg.): Ich liebe euch doch alle!, Berlin 1990 (Mitter/Wolle 1990);
- Mlynar**, Zdenek: Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock, Köln 1983 (Mlynar 1983);
- O'Donnell**, Guillermo / **Schmitter** Phillippe C.: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore 1986 (O'Donnell/Schmitter 1986);
- Obrman**, Jan: Laying the Ghosts of the Past, in: Report on Eastern Europe, 14.Juni 1991, S. 5 ff. (Obrman 1991)
- Offe**, Claus: Bestrafung, Disqualifizierung, Entschädigung? Strategien rechtlicher "Vergangenheitsbewältigung" in nachkommunistischen Gesellschaften, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, 1992 (Offe 1992);
- Offe**, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: Merkur, Heft 4, April 1991, S.279ff. (Offe 1991)
- Oplatka**, Andreas: Ungarns Spielraum zwischen Ost und West, in: Europäische Rundschau 1989 (Oplatka 1989);
- Opp**, Karl-Dieter: DDR'89, Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, aus: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2, 1991, Jg.43 (Opp 1991);
- Ort**, Alexandr: Die Tschechoslowakei auf dem Weg zur Demokratie, in: Initial, Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs, Nr. 5, 1991 (Ort 1991)
- Otáhal**, Milan: Der rauhe Weg zur "samtenen Revolution, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 25-1992 (Otáhal 1992);
- Pehe**, Jiri: Parlament Passes Controversial Law on Vetting Officials, in: Report on Eastern Europe, 25. Oktober 1991, S. 4 ff.
- Petschnig**, Mária Zita: Das ungarische "Wunder", in: Europäische Rundschau 1989 (Petschnig 1989);
- Pitassio**, Armando: Reform Politics in Bulgaria, in: Telos, Nr.79, Spring 1989 (Pitassio 1989);
- Plasser**, Fritz / **Ullram**, Peter A.: Perspektiven der Demokratisierung in Ost-Mitteleuropa, in: Gerlich, Peter / Plasser, Fritz / Ullram, Peter A. (Hg.), Regimewechsel, Demokratisierung und politische Kultur in Ost- Mitteleuropa, Wien/Köln/Graz 1992 (Plasser/Ullram 1992);
- Prosch**, Bernhard / **Abraham**, Martin: Die Revolution in der DDR, Eine strukturell-individualistische Erklärungsskizze, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2, 1991, Jg.43 (Prosch/Abraham 1991);

- Przeworski**, Adam: Spiel mit Einsatz, Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: Transit, Heft 1, 1990, S.190ff. (Przeworski 1990)
- Pusic**, Vesna: A Country by Any Other Name: Transition and Stability in Croatia and Yugoslavia, in: East European Politics and Societies, Volume 6, No.3, Fall 1992 (Pusic 1992);
- Rau**, Zbigniew (Hg.): The Reemergence of the Civil Society in Eastern Europe and the Soviet Union, Boulder/San Franzisko/Oxford 1991 (Rau 1991);
- Reich**, Jens: Intelligenz und Klassenherrschaft in Osteuropa vor und nach 1989, in: Außenpolitik 4/92 (Reich 1992);
- Reuter**, Jens: Der teure Traum der Autonomie, in: Furkes, Josip / Schlarp, Karl-Heinz (Hg.): Jugoslawien: ein Staat zerfällt, Reinbek bei Hamburg 1991 (Reuter 1991);
- Rouso**, Henry: "Säuberungen" gestern und heute, in: Transit, Europäische Revue, Heft 2, Frankfurt/Main 1991 (Rouso 1991a)
- Rouso**, Henry: L'Épuration, Die politische Säuberung in Frankreich, in: Henke, Klaus-Dieter / Woller, Hans, Politische Säuberung in Europa, München 1991 (Rouso 1991b)
- Rutland**, Peter: The Search for Stability: Ideology, Discipline, and the Cohesion of the Soviet Elite, in: Studies in Comparative Communism, Vol.XXIV, No.1, März 1991 (Rutland 1991)
- Schlarp**, Karl-Heinz: Ein Staat aus zwei Welten, in: Furkes, Josip / Schlarp, Karl-Heinz (Hg.): Jugoslawien: ein Staat zerfällt, Reinbek bei Hamburg 1991 (Schlarp 1991);
- Schlögel**, Karl: Dissens in der Sowjetunion, in: Dietz, Barbara: Zukunftsperspektiven der Sowjetunion, München 1984 (Schlögel 1984);
- Schmidt-Häuer**, Christian: Michail Gorbatschow, München 1985 (Schmidt-Häuer 1985);
- Schneider**, Eberhard: Die sowjetische Elite, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1981/21 (Schneider 1991)
- Schneider**, Jens: Ein Volk träumt vom Auswandern, in: Süddeutsche Zeitung, 02.03.1993 (Schneider 1993);
- Schöpflin**, George: Konservative Politik und konservative Faktoren in den postkommunistischen Gesellschaften, in: Transit, Heft 4, Sommer 1992 (Schöpflin 1992);
- Schöpflin**, George: The Condition of Post-Communism, in: The New Hungarian Quarterly, No.122, Volume 32, Summer 1991 (Schöpflin 1991);
- Schöpflin**, George: Ungarn in der Krise: Veränderung, Zusammenbruch oder Reform, in: Europäische Rundschau 1989 (Schöpflin 1989);
- Senghaas**, Dieter: Vom Nutzen und Elend der Nationalismen im Leben von Völkern, in: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 24.06.1992, S.23ff (Senghaas 1992);

- Shils**, Edward: Was ist eine Civil Society, in: Michalski, Krzysztof: Europa und die Civil Society, Castelgandolfo - Gespräche 1989, Stuttgart 1991 (Shils 1991);
- Shoup**, Paul: Crisis and Reform in Yugoslavia, in: Telos, Nr.79, Spring 1989 (Shoup 1989);
- Siklova**, Jirina: Der Übergang von der samtene Revolution bis zur Teilung der CSFR, Vortrag auf der internationalen Tagung der Paul Lazarsfeld - Gesellschaft "Vom Totalitarismus zum Pluralismus", 28-29 April 1993, Wien (Siklova 1993);
- Simecka**, Martin M.: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan,...Zur Rolle der Intellektuellen in der CSFR, in: Der Standard, 09.06.1992 (Simecka 1992);
- Simon**, Gerhard / **Simon**, Nadja: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993 (Simon/Simon 1993);
- Skilling**, H.Gordon/**Wilson**, Paul: Civic Freedom in Central Europe, Houndsmill/London/Hongkong 1991 (Skilling/Wilson 1991);
- Smolar**, Aleksander: Durch die Wüste, Die Dilemmas des Übergangs, in: Transit, Heft 1, S.65ff., 1990 (Smolar 1990)
- Stammen**, Theo: Die Rolle der Intellektuellen im Prozeß des osteuropäischen Systemwandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 05.03.1993 (Stammen 1993);
- Staniszkis**, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Staniszkis 1991);
- Stephan**, Lydia: Verräter und Verratene, in: Vogel, Bernhard (Hg.): Die Politische Meinung, Nr. 260, Juli 1991 (Stephan 1991)
- Sterbling**, Anton: Demokratisierungsprobleme in Südeuropa, in: Südosteuropa 6/1991 (Sterbling 1991);
- Sterbling**, Anton: Überlegungen zur Schlüsselbedeutung der Intelligenz in Südosteuropa, in: Südost-Europa, Heft 1, 1993 (Sterbling 1993);
- Strauss**, Wolfgang: Bürgerrechtler in der UdSSR, Freiburg/Basel/Wien 1979 (Strauss 1979);
- Sturdza**, Mihai: The Files of the State Security Police, in: Report on Eastern Europe, 13.09.1991, S. 22 ff. (Sturdza 1991)
- Szabó**, Máté: Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa: Vergleich zwischen Ungarn, Polen und der DDR, in: Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaften, 1991/3 (Szabo 1991);
- Szabó**, Máté: Probleme der Demokratisierung in Ungarn, in: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", 31.01.1992, S.36ff. (Szabó 1992)
- Szabó**, Máté: Soziale Bewegungen, Mobilisierung und Demokratisierung in Ungarn, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991 (Szabó 1991);

- Tatur**, Melanie: Solidarnosc: Form- und Funktionswandel einer sozialen Bewegung, in: 1999, 3/92 (Tatur 1992);
- Tatur**, Melanie: Zur Dialektik der "civil society" in Polen, in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991, S.234 ff. (Tatur 1991);
- Taylor**, Charles: Die Beschwörung der Civil Society, in: Michalski, Krzysztof: Europa und die Civil Society, Castelgandolfo - Gespräche 1989, Stuttgart 1991 (Taylor 1991);
- Tiberghien**, Anne: L'image de l'armée dans les romans de Roth, Broch, Lernet-Holenia, Diplomarbeit am Institut d'Etudes Politiques de Grenoble, 1992 (Tiberghien 1992);
- Todorova**, Maria N.: Improbable Maverick or Typical Conformist? Seven Thoughts on the New Bulgaria, in: Banac, Ivan (Hg.): East Europe in Revolution, Ithaca/London 1992 (Todorova 1992);
- Tökes**, Rudolf L.: Hungary's New Political Elites: Adaptation and Change, 1989 - 1990, in: Szoboszlai, György: Democracy and Political Transformation, Budapest 1991 (Tökes 1991)
- Treciakowski**, Witold: Problems of Transformation in Poland, in: East-West Report, Bank Austria, 9/1992 (Treciakowski 1992)
- Troebst**, Stefan: Warten auf preustrojtstvo: Staat und Gesellschaft in Bulgarien am Ende der achtziger Jahre, in: Baske, Siegfried (Hg.): Perestroika, Berlin 1990 (Troebst 1990);
- Urban**, Otto: Einheit ist ein guter Grund zur Trennung, Das unvermeidliche Ende der Tschechoslowakei aus der Sicht eines tschechischen Historikers, in: Presse, 6.Juni 1992 (Urban 1992);
- Varga**, Gyula: Auf dem Weg - aber wohin?, in: Südosteuropa, 7-8/1991, S.380ff. (Varga 1991);
- Varga**, László: Geschichte in der Gegenwart - Das Ende der kollektiven Verdrängung und der demokratische Umbruch in Ungarn, in: Henke, Klaus-Dieter / Woller, Hans: Politische Säuberung in Europa, S.167ff., Frankfurt/Main 1991 (Varga 1991)
- Vinton**, Louisa: Poland Government Crisis Ends, Budget Crisis Begins, in: RFE/RL Research Report, 17.01.1992, S. 14 ff (Vinton 1992)
- Voslensky**, Michael: Erziehung, sozialer Aufstieg und Elitebildung im sozialistischen Staat, in: Gumpel, Werner (Hg): Symposium, Das Leben in den kommunistischen Staaten - Zum alltäglichen Sozialismus, S.135ff., Köln 1984 (Voslensky 1984)
- Voslensky**, Michael: Nomenklatura, München 1987 (Voslensky 1987)
- Vreg**, France: Geburtswehen einer Nation, Systemwechsel und politisch-kulturelle Trends in Slowenien, in: Gerlich, Peter / Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. (Hg.), Regimewechsel, Demokratisierung und politische Kultur in Ost- Mitteleuropa, Wien/Köln/Graz 1992 (Vreg 1992);

- Wernicke**, Christian: Blick in den Abgrund des Verrats, in: Die Zeit, 10/01.1992, S.2 (Wernicke 1992)
- Wielgohs**, Jan: Transformation: Woher-Wohin?, Bericht vom Arbeitskreis "Transformation in Osteuropa" der Jahreskonferenz der Britischen Soziologischen Assoziation, in: Berliner Debatte, 4/1992 (Wielgohs 1992);
- Winters**, Peter Jochen: Zur Verfolgung von SED-Unrecht, Plädoyer für eine zentrale Ermittlungsstelle, in: Deutschland Archiv, 4/92, S.337ff. (Winters 1992)
- Wolchik**, Sharon L.: Czechoslovakia in Transition: Politics, economics and society, London/New York 1991 (Wolchik 1991);
- Zagajewski**, Adam: Polen, Staat im Schatten der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1981 (Zagajewski 1981);
- Zanga**, Louis: Daunting Tasks for Albania's New Government, in: RFE/RL Research Report, 22.05.1992 (Zanga 1992);
- Zernack**, Klaus: Osteuropa, Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977 (Zernack 1977);